

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljahr 2.50 RM, monatlich 1.10 RM, wöchentlich 26 Pf. frei im Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1.10 RM pro Monat. Eingetragene in die Post-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 RM, für das übrige Ausland 3 RM pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Ercheint täglich außer Montags.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Samstag, den 19. Januar 1908.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Vom Schlachtfeld der Arbeit.

Opfer fallen hier: weder Lamm noch Stier, aber Menschenopfer unerhört.

9141 (8928)* Tote und 130 625 (132 193) Schwerverwundete, insgesamt also 139 726 (141 121) auf dem Schlachtfeld der Arbeit Seelenebene oder Schwerverwundete in dem einen Jahre 1906 — so lautet das von uns bereits in der Freitagnummer erwähnte amtliche Bulletin, das in Gestalt einer Nachweisung über die Rechnungsergebnisse der Berufsgenossenschaften für das Jahr 1906 dem Reichstag vorgelegt ist. Diese Zahlen umfassen nur die Unfälle, für welche im Jahre 1906 zum ersten Male eine Entschädigung gezahlt ist. Die Zahl der Unfälle, die überhaupt im Jahre 1906 zur Meldung gelangten, ist eine weit höhere. Die Gesamtziffer der im Jahre 1906 angemeldeten Unfälle beträgt 645 583 (609 160).

Grauenvolle Zahlen, die eine berechtigte Anklage gegen die herrschende Gesellschaftsordnung erheben, welche Leben und Gesundheit der Arbeiter mißachtet. Die furchtbaren Verluste an Menschenleben, Menschengesundheit und Menschenglück sind zum übergrößten Teile keineswegs notwendige Folgen der Beschäftigungsarten, sondern beruhen auf den Mängeln der vom Kampf für den Unternehmerprofit beherrschten Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtspflege. Die angemeldeten Unfälle übersteigen erheblich die gesamte Friedenspräsenzstärke. Die Zahl der auf dem Schlachtfeld der Arbeit so schwer Verwundeten, daß auch die widerwillige Rechtspflege hat anerkennen müssen, daß die Folgen des Unfalls auf eine längere Zeit als 13 Wochen sich erstrecken, überragt um mehrere Tausend den Gesamtverlust, den die deutsche Armee im deutsch-französischen Kriege an Toten und Verwundeten aufzuweisen hatte (187 886).

Außeisichtlichen würden derartige entsetzliche Zahlen die herrschende Klasse zur endlichen Erfüllung ihrer Pflicht zur Herabminderung der Unfälle auf das menschenwürdige Maß, wenn die Getöteten und Verwundeten nicht Arbeiter, sondern Unternehmer wären. Da es sich aber eben um Leben und Gesundheit von Arbeitern handelt, deren Gleichberechtigung als Mensch die herrschende Klasse nach allen Richtungen hin bekämpft, so läßt die herrschende Klasse fast alle Forderungen nach Schutz für Leben und Gesundheit der Arbeiter unerfüllt.

Die frevelhafte Gleichgültigkeit gegen Leben und Gesundheit der Arbeiter hängt mit der Gesellschaftsordnung selbst zusammen, die der arbeitenden Bevölkerung die elementarsten Rechte vorenthält. Die herrschende Klasse, welche im Besitz der Produktionsmittel ist, achtet den Arbeiter lediglich als Arbeitsmaschine, dessen Verunglückung der Besitzer menschlich fernsteht.

Die Zahl der angemeldeten Unfälle ist nach den eingangs erwähnten Ziffern also um 36 423 gegen das Vorjahr gestiegen. Verringert hat sich — das erste Mal seit dem Bestehen der Unfallgesetzgebung — die Zahl der jährlich festgestellten Entschädigungen. Freilich nur um 1395. Leider berechtigt dies Herabgehen der Ziffer insbesondere gegenüber der großen Steigerung der gemeldeten Unfälle durchaus nicht auf eine Verminderung der Unfälle zu schließen. Sie erklärt sich durch die so häufig beklagte Verlangsamung und Verschlechterung der Rechtspflege. Es wird bekanntlich in wachsendem Maße der Unfall auf andere Ursachen als den Betrieb zurückgeführt: der Begriff des „Vams in Betriebe“ ist in den letzten Jahren immer mehr eingeeengt und die Rechtspflege neigt in wachsendem Maße dahin, die Folgen des Unfalls nicht als urächliche Folgen des Betriebsunfalls zuzugeben, sondern auf Veranlassung (z. B. bei Bruch- und Lungenlähmung) und auf andere Gründe (Herbenleiden, Alkoholgenuss usw.) zurückzuführen. Diese Konstruktion ist freilich bei den durch den Unfall Getöteten nicht möglich. Daher mag es sich erklären, daß die Zahl der auf dem Schlachtfeld der Arbeit Getöteten, für die das Sterbegeld und die Entschädigung für die Hinterbliebenen im Jahre 1906 festgesetzt ist, nicht gesunken, sondern leider gestiegen ist.

Wie hoch ist die Zahl derer, für die nach den Rechnungsergebnissen der Berufsgenossenschaften seit 1886 erstmalig eine Entschädigung gezahlt ist? Das vergangenheitsliche die nachstehende Tabelle, die aber den amtlichen Nachweisen fehlt. Unsere Tabelle bezieht sich auf alle in gewerblichen und landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften (ohne die Versicherungsanstalten der Baugewerks-, Tiefbau- und Seebereitschaftsgenossenschaften, für die die Anzahl der versicherten Personen nicht feststeht) sowie in staatlichen und kommunalen Aufsichtsbehörden (ausschließlich der Baubetriebe) versicherten Personen.**)

*) Die in Klammern beigefügten Zahlen beziehen sich auf das Jahr 1905.

**) Zu dieser Berechnung mag hervorgehoben werden, daß wir die in den amtlichen Nachweisen angegebene Zahl der durchschnittlich Versicherten zur Grundlage der letzten Spalte gemacht haben, während bei früheren Berechnungen eine schätzungsweise eingeschätzte, etwas höhere Zahl vom Reichsversicherungsamt für die Berechnung, wie viele Unfälle auf je 1000 Versicherte fallen, genommen wurde.

Zahl der verletzten Personen, für welche im Rechnungsjahre erstmalig Entschädigungen festgestellt worden sind:

im Rechnungsjahr	überhaupt	absolut				auf 1000 versicherte Personen
		und zwar hatten die Verletzungen zur Folge				
		Tod	dauernde Erwerbsunfähigkeit völlige	vorübergehende Erwerbsunfähigkeit teilweise	vorübergehende Erwerbsunfähigkeit	
1886	10 540	2 716	1 778	8 961	2 085	2,83
1887	17 102	3 270	3 166	8 462	2 204	4,15
1888	21 057	3 645	2 203	11 023	4 186	2,04
1889	31 019	5 185	2 892	16 337	6 615	2,32
1890	41 420	5 958	2 681	22 615	10 166	3,04
1891	50 507	6 346	2 561	27 788	13 812	2,80
1892	54 827	6 811	2 640	30 589	15 807	3,04
1893	61 874	6 245	2 487	36 236	16 906	3,41
1894	68 677	6 250	1 732	38 952	21 728	3,78
1895	74 467	6 835	1 668	40 527	25 687	4,05
1896	85 272	6 989	1 524	44 378	32 386	4,84
1897	91 171	7 287	1 452	46 489	35 943	5,08
1898	96 794	7 848	1 109	47 764	40 053	5,30
1899	104 811	7 999	1 207	51 240	44 275	5,63
1900	106 447	8 449	1 366	51 111	45 212	5,68
1901	116 089	8 359	1 416	54 340	51 974	6,15
1902	119 901	7 842	1 306	55 264	55 399	6,28
1903	127 947	8 286	1 517	58 129	60 066	6,51
1904	136 126	8 552	1 578	62 563	63 433	6,85
1905	139 787	8 757	1 476	63 530	66 024	7,24
1906	188 283	8 970	1 454	60 814	67 045	7,00
86/06	1 662 098	141 049	39 403	832 087	681 259	

Die Gesamtzahl der im Jahre 1906 versicherten Personen betrug 20 726 713 (20 242 512), und zwar waren in den 66 gewerblichen Berufsgenossenschaften 8 625 000 (8 195 732), in den 48 landwirtschaftlichen Genossenschaften 11 890 711 (11 890 711) und in den Ausführungsbehörden 912 642 (857 709) Personen versichert. Die Zahl der in den landwirtschaftlichen Betrieben beschäftigten Personen ist vom Reichsversicherungsamt wie früher schätzungsweise auf Grund der Berufszählung von 1895 eingestellt. Auf rund 1 1/2 Millionen schätzt das Reichsversicherungsamt die Zahl der Personen, die doppelt gezählt sind, weil sie in landwirtschaftlichen und in gewerblichen Betrieben beschäftigt sind. Diese Zahl der landwirtschaftlichen Arbeiter ist im Gegensatz zu den in industriellen Betrieben beschäftigten also eine willkürliche, der Wahrheit nicht entsprechende. Bei Berücksichtigung der wirklichen Zahl dürfte eine erheblich geringere Zahl landwirtschaftlicher Arbeiter einzusetzen sein: die Ergebnisse der im vergangenen Jahre vorgenommenen Berufszählung werden ja hoffentlich bald Aufklärung schaffen. Da demnach nicht die Zahl der wirklich in der Landwirtschaft Arbeitenden, sondern wahrscheinlich eine höhere in den Nachweisen in die Erscheinung tritt, so wird die große Zunahme der Unfälle in den landwirtschaftlichen Betrieben etwas verdeckt. Sie ist ungeheuer: zum ersten Male im Jahre 1906 ist (in Relativität zu den Berufszählungszahlen von 1895) eine Verminderung der Unfallzahlen im Landwirtschaftsgewerbe eingetreten. Während die gewerblichen Berufsgenossenschaften eine Zunahme von 2867 Unfällen gegen 1905 aufweisen (71 227 im Jahre 1906, 68 360 im vorhergehenden Jahre), zeigen die landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften eine Abnahme von 4448 Unfällen gegen das Jahr 1905. Es läßt sich leider, weil die Zahl der wirklich beschäftigten Arbeiter von den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften nicht angegeben ist, nicht positiv behaupten, daß die Verhältnisse auf dem Lande nach der Richtung der erschreckenden Zahl von Unfällen sich, wenn auch nur sehr wenig, gebessert haben. Es mag sein, daß der endliche Erlass von Unfallverhütungsvorschriften für landwirtschaftliche Betriebe einen Rückgang herbeigeführt hat. Mag auch sein, daß nach derselben Richtung die endliche Einstellung von technischen Aufsichtsbeamten gewirkt hat: während 1904 nur fünf landwirtschaftliche Berufsgenossenschaften Aufsichtsbeamte hatten, weisen im Jahre 1906 14 Berufsgenossenschaften technische Aufsichtsbeamte auf (Königreich Sachsen 6, Anhalt 3, die acht bayerischen, die für die Provinz Sachsen und Posen, sowie die für Meiningen und Lothringen je 1). Bei der Unvollständigkeit, ja Viederlichkeit, mit der ländliche Berufsgenossenschaften ihre Berichte fertigen — wir haben kürzlich dieselben besprochen — ist ein sicherer Rückschluß unmöglich. Die Tatsache, daß die Rentenquetscherei und die Verheimlichung von Unfällen auf dem Lande weit stärker wie in industriellen Betrieben in Übung ist, läßt für den wenn auch vielleicht nicht relativen, so doch absoluten Rückgang der Unfälle im Landwirtschaftsbetriebe auch die Erklärung zu, daß ein Rückgang nicht der Unfälle, sondern lediglich der Feststellungen der Unfälle erfolgt ist. Hier kommt noch die Zunahme der ausländischen Arbeiter in der Landwirtschaft in Betracht. Fühlt sich schon der gesunde Ausländer in Deutschland rechtlos, wie mag es da erst dem durch Unfall Verletzten ergehen! Er ist froh, Deutschland verlassen zu können, selbst wenn er nicht befürchtet, gar als „lästiger“ Ausländer ausgewiesen zu werden, weil er einen Unfall erlitten hat.

Nachstehende Tabelle zeigt, welche enorme Zahl von Unglücksfällen die landwirtschaftlichen Betriebe treffen. Es betrug in der Landwirtschaft die Zahl der verletzten Personen, für welche im Rechnungsjahre erstmalig Entschädigungen festgestellt worden sind:

Zahl der verletzten Personen, für welche im Rechnungsjahre erstmalig Entschädigungen festgestellt worden sind:

im Rechnungsjahr	überhaupt	absolut				auf 1000 versicherte Personen
		und zwar hatten die Verletzungen zur Folge				
		Tod	dauernde Erwerbsunfähigkeit völlige	vorübergehende Erwerbsunfähigkeit teilweise	vorübergehende Erwerbsunfähigkeit	
1888	808	354	43	180	231	0,14
1889	6 631	1 363	260	2 663	2 330	0,92
1890	12 573	1 877	438	5 404	4 854	1,51
1891	19 359	2 153	644	8 878	7 689	1,58
1892	23 231	2 026	785	11 012	9 408	1,81
1893	27 553	2 142	770	14 890	9 742	2,24
1894	32 491	2 261	500	17 185	12 485	2,64
1895	37 383	2 218	571	19 529	15 070	3,04
1896	42 034	2 363	623	22 222	17 726	3,84
1897	45 438	2 474	544	23 280	19 160	4,06
1898	47 683	2 598	332	28 366	21 387	4,26
1899	51 287	2 608	440	25 313	22 926	4,58
1900	50 311	2 662	511	24 181	22 937	4,50
1901	55 983	2 751	568	25 954	26 710	5,00
1902	57 934	2 672	541	26 408	28 318	5,18
1903	62 037	2 893	604	28 379	30 521	5,58
1904	66 008	2 948	668	31 428	30 959	5,90
1905	66 835	2 907	610	32 009	30 809	5,94
1906	61 887	2 872	503	28 580	29 842	5,53
88/06	768 215	44 142	10 104	370 845	343 129	

Eine solche Abhilfe ist möglich durch Beseitigung der Hauptursachen der Unfälle. Und das sind: die Länge der Arbeitszeit, der Mangel eines gesetzlichen Schutzes der Arbeiterorganisationen, die Alfordarbeit, Mangel an Schulung, insbesondere ungelerner Arbeiter, die Heranziehung schulfreier Ausländer, unzureichender Erlass und Inhalt von Unfallverhütungsvorschriften, vor allem die Verfassung des Reichs der Arbeiterorganisationen, Unfallverhütungsvorschriften festzusetzen und zu überwachen. Nicht zu vergessen ist endlich die Beseitigung des ausnahmerechtlichen Charakters der Unfallgesetzgebung, der dem Verletzten, weil er als Arbeiter verletzt ist, ein Drittel der Schadenersatthöhe und mehr nimmt und ihn auf die schmale Unfallrente beschränkt. Diese die Opfer der Arbeit schwer schädigende Vorschrift wirkt wie die Organisation der Berufsgenossenschaften sowie das fast völlige Versagen der Strafrechtspflege gegenüber fahrlässig handelnden Unternehmern fast wie eine Prämie zur Herbeiführung von Unglücksfällen.

In 21 Jahren 141 049 Arbeiterleben auf dem Schlachtfeld der Arbeit, 1 662 098 schwer Verwundete — das sind Zahlen, die das Gewissen der bürgerlichen Parteien aufrütteln und sie veranlassen sollten, endlich die eben kurz skizzierten zur Verminderung der ungeheuren Opfer an Menschenleben, Menschengesundheit und Menschenglück gestellten Forderungen der Arbeiterklasse zu erfüllen.

Zentrums-Wahlrechtsbewegung.

Die baldige Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Landtagswahlrechts im Polizeistaat Preußen ist gesichert; denn, so behauptet mit der ihr eigenen Einsicht die katholische „Wirt. Volksgg.“ — ein Blatt, in das der Abfall vom Redaktionsstisch der „Germania“ hineingeklopft wird — „die Bewegung für die Einführung des Reichstagswahlrechts nimmt auch in den Kreisen unserer Parteifreunde zu. Nachdem die Zentrumsfraktion im vorigen Jahre einstimmig den Antrag auf Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen gestellt hat, ist in den Reihen des Zentrums klarer Tisch geschaffen. Wir wollen das Reichstagswahlrecht, und unsere parlamentarische Vertretung im Abgeordnetenhaus tritt geschlossen für diese Forderung ein.“

Also endlich will das Zentrum des Landtages „gesteuert“ für die Übertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen eintreten! Eine schöne Versicherung — nur sind bekanntlich entsprechend seiner jesuitischen Moral beim Zentrum „Versprechen“ und „Halten“ zwei Dinge, die sich sehr selten beisammen finden. Seit mehr als dreißig Jahren hat es von der Notwendigkeit der Ersetzung des preussischen Dreiklassenwahlrechts durch ein allgemeines, gleiches und geheimes Landtagswahlrecht gesprochen und in kritischen Zeiten, wenn es galt, die unteren Volksschichten für seine kirchlichen Zwecke auszunutzen, sogar in Volksversammlungen und Parlamenten große Aktionen angekündigt — aber über dieses Stadium des Anfüchtens ist das Zentrum nicht hinausgelangt. Eine energische Agitation für die Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen hat sich die Führerschaft des Zentrums nie geleistet, noch hat es während der Zeit, da es mit den wohlwollendsten schönen Seelen der protestantischen Junker den Regierungsblock bildete, jemals etwas Ernstliches für die Übertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen unternommen. Höher als das politische Recht der katholischen Arbeiter stand ihm allezeit trotz seiner Verachtung der irdischen Schätze die Rückkehr der Jesuiten und das Verlangen der katholischen Adligen und Großbauern nach hohen Korn- und Viehpreisen.

Wie sehr bisher die Führer des Zentrums für die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Landtagswahlrechts ihre Kräfte eingesetzt haben, zeigt am besten ihr Verhalten im Reichs- und Landtage bei jenen Gelegenheiten, wo Venderungen

des bisherigen Wahlrechts in Frage standen. Als z. B. am 30. April 1900 über die Gemeindevahlreform im preussischen Abgeordnetenhause verhandelt wurde, sagte der Zentrumsführer Dr. Wagem:

„Ursprünglich hatte zweifellos das Dreiklassenwahlrecht den gesunden sozialen Gedanken, daß in der ersten Klasse der reine Besitz, der Großbesitz, maßgebend sein sollte, in der zweiten Klasse der Mittelstand, dessen Existenz auf Besitz in Verbindung mit Arbeit basiert, und in der dritten Klasse die breite Volksmasse die Entscheidung haben sollte, die wesentlich von dem Ertrage ihrer Arbeit lebt. Dieser ursprünglich soziale Gedanke war schon in den Zuständen von 1851 nicht mehr vorhanden. Der Mittelstand . . . war durch das Ueberwuchern des reinen Besitzes, des Großkapitals, hinabgedrängt in die dritte Klasse, wo er . . . völlig einflusslos geworden war. . . Der Ausgangspunkt war also für uns, dem Mittelstande bei dieser Reform eine bessere Stellung zu geben.“

Ferner sagte derselbe Abgeordnete am 23. Januar 1904 bei der Beratung des preussischen Staatshaushaltsetats für das Jahr 1904:

„Es kann ja, wie die Dinge liegen, niemand daran denken, daß ohne weiteres das Reichstagswahlrecht an die Stelle des preussischen Wahlrechts gesetzt werde, einerseits, weil keine Aussicht ist, daß dieses hohe Haus, nach Lage der Mehrheitsverhältnisse das annehmen würde, und auch die preussische Staatsregierung dem niemals zustimmen würde, andererseits aber, weil doch das bestehende Reichstagswahlrecht auch als das reine Ideal nicht anerkannt werden kann, und es doch, wie es sich gezeigt hat, Mißstände mit sich bringen kann, Mißbräuchen einen gewissen Raum gibt, von denen wir nicht wünschen können, daß sie ausgebeutet werden.“

Am 7. Februar 1906 kam im Reichstag ein vom Genossen Ulbricht gestellter Antrag zur Verhandlung, in welchem gefordert wurde, dem Artikel 3 der Reichsverfassung den Zusatz hinzuzufügen, daß in jedem Bundesstaate eine auf Grund des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts gewählte Vertretung bestehen müsse. Die Zentrumsfraktion verzichtete sich hinter allerlei lächerlichen Kompetenzbedingungen und Ausflüchten und beschränkte ihre ganze Wahlrechtsaktion auf die Abgabe einer Erklärung durch den Grafen v. Sompf, in der es hieß:

„Eine Frage von so großer Bedeutung und Tragweite kann, wie die Erfahrung aller Zeiten lehrt, eine befriedigende Lösung nur finden, wenn sie in Zeiten der Ruhe und des Friedens in Angriff genommen wird.“

Jedenfalls eine höchst sonderbare Wichsamkeit für die Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen.

Gegenüber dieser eigenartigen Zentrumswahlrechtsbewegung und der nicht minder eigenartigen Abstimmung der Zentrumsfraktion im preussischen Abgeordnetenhause vom 10. Januar d. J. nimmt es sich geradezu komisch an, wenn die „Westdeutsche Arbeiter-Zeitung“ (M.-Gladbach) aus Anlaß der Wahlrechtsdebatte im preussischen Abgeordnetenhause sagt: „Das preussische Wahlrecht bleibt weiter bestehen und es ist vorderhand nicht die geringste Reform dieses Wahlrechts zu erwarten. . . Was einmal werden wird, davon kann man eine Vorstellung bekommen, wenn man den letzten Teil der Wilsofschen Erklärung durchdenkt. Der „Einfluß des Mittelstandes auf das Wahlergebnis“ soll aufrecht erhalten werden. Vom Arbeiterstand, der in Preußen sozusagen auch noch da ist, ist nicht die Rede — und gerade er ist der rechtlose Teil bei dem Dreiklassenwahlrecht.“

Dann heißt es weiter: „Wenn die Staatsregierung nicht will, dann muß das Volk wollen. Was nicht der politischen Klugheit eines Staatsmannes entspricht, das muß das Volk sich eben erkreiten. Nun ist es in Preußen allerdings nicht einerlei, in welchen Formen sich der Wahlrechtskampf bewegt. Die Sozialdemokraten haben wieder Protestversammlungen abgehalten und sind dabei auf die Straße gegangen. Streikdemonstrationen sind keine geeigneten Mittel, in Preußen Reformen anzubahnen, im Gegenteil: sie ängstigen die Epigonen und verstärken die Reaktion. Nun bleibt ja vorderhand noch an der ruhigen Auffklärung der preussischen Wähler über ihre Rechte oder besser: ihre Rechtlosigkeit, über die Bedeutung der Sache noch soviel zu tun, daß man vollauf genug hat, erst diese Arbeit zu leisten. Diese große Klasse der Landtagswähler befindet sich noch in einer derartig kumpfen Einsichtlosigkeit besessen, daß es da eine Herkulesarbeit zu überwinden gibt. Der Kampf um die Reform des Dreiklassenwahlrechts muß also innerhalb der Wählermassen weiter gehen.“

Das Bekenntnis, daß das Zentrum bisher zur Beseitigung der „kumpfen Einsichtlosigkeit“ der katholischen Landtagswähler nichts getan hat, ist richtig; die Hoffnung, daß es jetzt das Unterlassene nachholen wird, nach seinen bisherigen Leistungen auf diesem Gebiete aber recht wenig glaubhaft. Maßgebend für die Politik der Zentrumsfraktion ist eben nicht das Interesse der katholischen Arbeiterschaft, sondern das Interesse des hohen Klerus und der katholischen Agrarier. Sie bestimmen den Kurs. —

Zur politischen Lage in Baden

wird uns geschrieben:

Ganz abgesehen von der trostlosen Situation, in der sie sich im allgemeinen im ganzen Reiche befinden, haben die Nationalliberalen des „badischen Vaterlandes“ noch ein ganz spezielles Pech mit den Reichswahlen, die sie seit der letzten allgemeinen Landtagswahl im Oktober 1905 durchzukämpfen hatten. Schon kurze Wochen nachher mußten sie sich in bezug auf Bückingen-Land zu einer Neuwahl stellen infolge des Todes ihres Abgeordneten Reimann, und die Folge war ein schwerer Konflikt mit dem Freisinn, der ebenfalls Anspruch auf den Kreis erhob und mit der Kündigung der Wählergemeinschaft drohte, falls man ihm das Mandat nicht überlasse. Es kam mit Mühe und Not zu einer Einigung auf die Person des nationalliberalen Landgerichtsrates Obkircher, den ein verschlagener Leid der Schwarzen bei den allgemeinen Wahlen aus der zweiten Kammer hinausexperimentiert hatte. Nicht lange sollte jedoch der Friede dauern: infolge seiner Beförderung zum Landgerichtsdirektor mußte sich Obkircher zu einer Neuwahl stellen, bei der die Rechte mit dem Freisinn mit größerer Heftigkeit als neue erkannte. Die Wähler riefen vom Freisinn schimpfenden Herrn Obkircher einen „aufgetriebenen Kennenabgeordneten“, der für den Kreis nicht das mindeste getan habe, gaben schließlich aber doch wieder klein bei, so daß Obkircher wieder in die zweite Kammer zurückkehren konnte.

Noch mehr Kummer bereitete den badischen Nationalliberalen der vor 3 Wochen erfolgte Tod des Oberschulrates Dr. Wegboldt, des langjährigen Direktors des Wissenschaftlichen Schöpfheim-Schönau. Dr. W. war dort im Oktober 1905 mit 2700 gegen 1500 Stimmen und 800 sozialistische Stimmen im ersten Wahlgang gewählt worden, hatte also nur etwa 100 Stimmen über das absolute Mehr gehabt. Seitdem haben die Schwarzen in dem Bezirk starke Fortschritte gemacht, und nun tat ihr Führer Wader den Nationalliberalen auch noch den Schmerz an, daß er sich zu der Kandidatur mit den Bündlern auf eine gemeinsame

protestantische Kandidatur einigte, die nicht nur sämtliche Zentrumstimmen erhalten, sondern auch zahlreiche bisher liberale Bauern des protestantischen Wählerkreises an sich ziehen wird. Da zudem der nationalliberale Kandidat im Kreise weit weniger bekannt ist als sein verstorbenen Vorgänger, ist die Gefahr zum mindesten einer Stichwahl für die Nationalliberalen sehr groß.

Noch schlimmer aber ist für sie der Gedanke, in dieser Stichwahl auf die Hilfe der — Sozialdemokraten angewiesen zu sein, derselben Partei, gegen die seit den Kaffernparteiwahlen des Januar 1907 die wilsofschen Elemente des badischen Nationalliberalismus, insbesondere Herr Bassermaun und sein Anhang, mit allen Mitteln hegen, um die Parteigruppierung in Baden in dasselbe Schema zu bringen, wie es zurzeit im Reiche maßgebend ist. Es ist für die Charakterfestigkeit und Manneswürde unserer Liberalen bezeichnend, daß sie seit der Aussicht auf eine Stichwahl in dem gefährdeten Schöpfheimer Bezirk der Sozialdemokratie gegenüber plötzlich wieder auffallend milde Töne anschlagen, ja daß kürzlich sogar der seither als entschieden rechts stehend bekannte Führer der Mannheimer Kathausliberalen, Rechtsanwalt König, in einer Rede im nationalliberalen Verein ausdrücklich feststellte, daß die badischen Liberalen die sozialistische Unterstützung haben müssen, wenn sie nicht total zusammenbrechen sollen, und daß es auch ein Fehler sei, von uns als einer republikanischen Partei die Erfüllung von allerhand monarchischen Repräsentationspflichten zu verlangen, wie es im Streit um das Präsidium der zweiten Kammer und bei der Ständelungsdepeche an den Hof nach dem Tode des Großherzogs der Fall war.

So ist die Sozialdemokratie in Baden wieder einmal eine stark umworbene Partei, deren Wohlwollen hoch im Preise steht. Doch die jüngsten Ereignisse in Baden wie auch im Reiche auf ihre Stellung zum bürgerlichen Liberalismus nicht ohne Einfluß geblieben sind, und daß, wenn sie in Schöpfheim-Schönau die Liberalen gegen das Zentrum herauszuheben soll, zum mindesten zureichende Garantien für eine entschiedene fortschrittliche Haltung des Kammerliberalismus in einer Reihe wichtiger politischer Fragen geboten werden müssen, das dürfte jeder vernünftig Denkende nur als eine Selbstverständlichkeit betrachten.

Das marokkanische Abenteuer.

Paris, 17. Januar. (Fig. Ver.)

Die „Basis von Algier“! In der rührenden Eintrachtigkeit dieses „Prinzips“ segelt man gleichmütig — auf den Konflikt los. Die Abmachungen der Konferenz enthalten zwei Hauptelemente: Erstens die vereinbarten Bestimmungen selbst und zweitens ihre Anwendung im Reiche des Sultans Abdul Aziz. Aber der fortschreitende Sieg der kassidischen Erhebung reißt die zwei Elemente gewaltsam auseinander. Besteht die „Basis von Algier“ noch, wenn Muley Hafid Herr des Landes ist? Soll die französische Regierung abwarten, bis die souveränen Marokkaner ihre Angelegenheiten selbst geordnet haben und vom Sieger nur die Anerkennung der Konferenzbeschlüsse fordern? Bichon selbst hat sich in seinem Interview mit dem „Matin“ auf diesen Standpunkt gestellt, aber der „Temps“, das Organ der Cäsarienschen Clique, sieht darin eine Abdankung. Abdul Aziz sei der in Algier anerkannte Sultan, dem gegenüber Frankreich seine „Rechte“ geltend zu machen habe. Die logische Folgerung daraus zu ziehen und die militärische Intervention Frankreichs zugunsten Abdul Aziz zu fordern, waart allerdings auch der „Temps“ nicht. Aber er fährt während gegen die Anhänger einer vorsichtigen, allen Konflikten vorzuziehenden Marokkopolitik los. Zu diesen gehören nun nicht nur die Sozialisten allein, sondern auch sehr gemäßigte Leute, wie der Bourgeoisillonon Leroy-Beaulieu. Besonders scharfe Worte sind dem gleichfalls gemäßigten „Journal des Debats“ zugesandt, das allerdings gewagt hat, den „Temps“ unterhält der Begünstigung der Abenteuerpolitik zu beschuldigen.

In der heutigen Kammer Sitzung hat Bichon die Verlegung der Jaurès Interpellation durchgesetzt. Das bedeutet, daß das Bourgeoisparlament der Regierung freie Hand läßt, das Land vor ein fait accompli der aggressiven Politik zu stellen. Bichon erklärte, General Amode habe nur Rebellen gezüchtigt. „Rebellen“ kann es aber doch nur gegen eine legitime Staatsgewalt geben, also nicht gegen die Souveränität Marokkos anerkennde Republik, die auch als Polizeimandat — Ausland bleibt. Aber sollte Herr Bichon da auch nur ein unrichtiges Wort herausgerufen sein, das eine Welle der Welt jähwärtlich glauben, daß der heilige Vormarsch des Amadeschen Korps noch immer keinen anderen Zweck als — die Bestrafung der Plünderer von Casablanca habe. Tatsächlich hat im Kampf von Seit das französische Korps mit der Kavallerie Muley Hafid im Kampf gestanden. Der „heilige Krieg“ ist also kein ungewisses, dekoratives Programm des Präsidenten, er ist blutige Wirklichkeit. Der große afrikanische Krieg, vor dem die Sozialisten vergebens gewarnt haben, ist da. Wohin wird er die Republik, wohin Europa führen?

Audere Tagesmeldungen verstärken den Eindruck, den unser Pariser Korrespondent in seiner obigen Zuschrift kundgibt, daß die französische Regierung einen Feldzug gegen Muley Hafid unternehmen und die Kammer vor eine vollendete Tatsache stellen will. Die Madrider Presse spricht z. B. allgemein ihre Verwunderung aus über das Ergebnis der Reise Bichons. Sie stellt es als ein völliges Glasio der französischen Pläne hin — Bichon habe Spanien für eine militärische Besetzung — das Objekt wird nicht näher bezeichnet — gewinnen wollen. Der Pariser Korrespondent der Brüsseler „Ctoile Belge“ meldet seinem Blatte, die französische Regierung habe angesichts der Ereignisse, die in Marokko eintreten könnten, beschlossen, weitere Truppenverstärkungen nach Casablanca zu entsenden. Mit den Seifensabriggengesellschaften in Marseille seien Verhandlungen geführt worden. Zehn Dampfer würden bereit gehalten, die wahrscheinlich binnen kurzer Zeit von der Regierung zum Truppentransport geschifft werden würden.

Offenbar wird von der deutschen Regierung die Situation argwöhnisch betrachtet. Die offiziöse „Süddeutsche Reichs-Korrespondenz“ spricht sich in bemerkenswerter Schärfe gegen jedes bewaffnete Eingreifen Frankreichs zugunsten Abdul Aziz gegen Muley Hafid aus.

Muley Hafid will sich noch immer die Tür zu einer Verständigung mit Frankreich offen halten. Einer seiner Vertrauten erklärte dem Tangerer Korrespondenten der „Köln. Zig.“, Muley Hafid sei durchaus fremdenfreundlich und beabsichtige selbstverständlich alle Verträge einschließlich der Algier-Akte zu achten. Nur wegen des Zeitpunktes der Einführung der Polizei werde er Vorbehalte machen müssen wie übrigens auch Abdul Aziz. Er habe jede Gelegenheit benützt, um dies den Mächten schriftlich und mündlich anzukündigen. Durch das fortgesetzte weitere Ein-

bringen französischer Truppen in das Innere sei Muley Hafid indes gezwungen gewesen, den heiligen Krieg zu erklären.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 18. Januar 1908.

Die Dreiklassenmach vor dem Forum des Reichstages.

Voraussichtlich kommt die Interpellation der sozialdemokratischen Fraktion über die Wahlrechtsfrage am Mittwoch, den 22., im Reichstage zur Verhandlung. —

Die Vergarbeiter und die Parteien.

Aus dem Reichstage. Die weitere Fortsetzung der Debatte über die Interpellation wegen der Zustände im Vergewesen führte zu einer Volemik über die Stellung der Parteien zu den Beschwerden der Vergarbeiter. Nachdem der Freisinnige Gothein und der Vole Drexler die Forderungen der Vergarbeiter unterstützt hatten, versuchte der Zentrumsabgeordnete Giesberts nachzuweisen, daß die Anträge Gues auf das Zentrum wegen seiner Mithilfe beim Vergewesen im preussischen Abgeordnetenhause ungerechtfertigt seien. Er fragte darüber, daß von sozialdemokratischer Seite die Harmonie zwischen den Vergarbeitern verschiedener Richtung durchbrochen wurde. Gegenüber den Vertretern der Unternehmerinteressen betonte er, daß die Arbeiter bei der Regelung des Knappschaftsstatus es keineswegs auf eine Nachprobe abgesehen hätten.

In letzterem Punkte gab ihm Genosse Sachse recht. Was aber die Stellung zum Zentrum anbetrifft, so führte er treffend aus: Wir haben nicht ein Bündnis mit der Zentrumsfraktion geschlossen, sondern die Vergarbeiter der verschiedenen Richtungen haben gemeinsame Sache in der Durchsetzung einiger sie alle gemeinsam betreffenden Forderungen gemacht. Es wäre doch noch schöner, wenn der Sozialdemokratie deshalb, weil die Arbeiter in irgend einer Frage gemeinsam vorgehen, die Versündigungen der Zentrumsfraktion gegen das nützliche gemeinsame Interesse aller Vergarbeiter nicht kennzeichnen dürfte. Sachse konnte sich denn auch mit Zug und Recht darauf berufen, daß katholische Arbeiter, selbst politische Anhänger der Zentrumsfraktion, die Zustimmung des Zentrums zur preussischen Vergewesnovelle verurteilt haben.

Diesen Fleck wäscht denn auch kein Gerede der Giesberts und Schifers von der Zentrumsfraktion ab, trotzdem sie die ganze Sitzung mit den immer wiederholten Versuchen, ihre Partei reinzuwaschen, verträdelten. Vier Stunden lang wurde so debattiert, dann ging die Vergarbeiterdebatte und mit ihr die Sitzung zu Ende! —

Scharfmacherei im Junkerparlament.

Mit einem kräftigen Psi beantworteten am Sonnabend die Polen die Verlobung des Reulats der Abstimmung über die Enteignungsvorlage, die — wie vorausgesehen — in dritter Lesung von der konservativ-freikonservativ-nationalliberalen Mehrheit ohne Rücksicht auf die Bestimmungen der Verfassung angenommen wurde. Zwar hatten selbst die Freunde der Vorlage starke Bedenken, aber „im Interesse des Staatswohles“ stellten sie diese Bedenken zurück. Wozu das Schicksalwort vom Staatswohl nicht alles herhalten muß! Im Interesse des „Staatswohles“ verzweifelt Fürst Bismarck dem preussischen Volke sein höchstes Recht, im Interesse des „Staatswohles“ betrachten die Junker Ausnahmemaße gegen die polnischen Staatsbürger.

Nun hat das Herrenhaus das Wort. Auch dies hohe Parlament wird natürlich im Interesse des „Staatswohles“ sich zum Mitschuldigen an dem schändlichen Verfassungsverstoß machen.

Nach Erledigung der Polenvorlage begann das Haus die zweite Lesung des Etats mit dem Etat der Landwirtschaftlichen Verwaltung. Die Debatte drehte sich in wesentlichen um die Frage der Bestrafung des Kontraktbruchs und der Gewährung des Koalitionsrechtes an ländliche Arbeiter. Die Konservativen und freikonservativen Scharfmacher forderten wieder einmal die Bestrafung des Kontraktbruchs und wandten sich energisch dagegen, daß den ländlichen Arbeitern das Koalitionsrecht gewährt werde, weil — wie der Abg. Kewoldt (ff.) bemerkte — durch Verleihung dieses Rechtes nur der Sozialdemokratie die Bahn gebahnt werden würde.

Die Haltung der Regierung ist so, wie man sie von einer Regierung, die sich in erster Linie als Sachwalterin der Junkerclique fühlt, erwarten muß. Der Landwirtschaftsminister erklärte rund heraus, daß die Regierung nicht die Absicht habe, der Frage der Verleihung des Koalitionsrechtes an ländliche Arbeiter näher zu treten. Wenn sie von der Eindringung eines neuen Kontraktbruchs gefestigt Abstand nimmt, so nicht, weil sie sich von der Ungerechtigkeit eines solchen Gesetzes oder davon überzeugen hätte, daß diese Frage gar nicht vor den Landtag gehört, sondern einzig und allein aus Furcht, sie könnte sich eine neue Stomage zuziehen. Außerdem aber glaubt sie, in dem am 1. Februar auf dem Verwaltungswege einzuführenden Legitimationszwang ein geeignetes Mittel zur Erreichung ihres Zieles zu haben. . . .

Gegen die Bestrafung des Kontraktbruchs sprach sich Abg. Ghyling (ff. V.) aus, der im übrigen den Legitimationszwang, allerdings unter der Bedingung, daß er nicht zu streng gehandhabt würde, das Wort redete. Herr Ghyling steht also auf demselben Standpunkt wie sein Freund Goldschmidt, der sich kürzlich gleichfalls für diese, die gesamte Arbeiterschaft schmerzlich schädigende Maßnahme erklärt hat. Öffentlich werden die Arbeiter diesen Freisinnleuten bei der nächsten Wahl die richtige Antwort erteilen. —

Jaurès über den preussischen Wahlrechtskampf.

Paris, 15. Januar. (Fig. Ver.)

In der „Humanité“ schreibt Jaurès:

„Mit tiefer Freude und heiser Sympathie verfolgen die Sozialisten aller Länder den Wahlrechtskampf der preussischen Sozialdemokratie. Wir wissen nicht, welche Formen der Kampf noch annehmen wird. Die Proletarier Preußens haben allein über ihre Taktik zu entscheiden und sie werden sie nach den Ereignissen selbst bestimmen; aber das eine ist sicher, daß der Kampf diesmal in entscheidender Weise begonnen ist, und daß es trotz der Drohungen des Ministers des Innern und trotz der ungeheuren Polizeimacht, über die der preussische Staat gebietet, unmöglich sein wird, die Proletarier in dem vom Massenwahlrecht geschaffenen politischen Helotenum zu erhalten. Das Recht, das die preussischen Arbeiter anstreben, ist zu ungeschicklich, zu offensichtlich, als daß der Sieg ihnen nicht sicher sein sollte. Je mehr die herrschende Gewalt widersteht, um so schwerer wird ihre Niederlage sein.“

Die Liberalen und verängstigten Radikalen, die da über die vollstümliche Form der Kundgebungen feuschen, sind

sehr sonderbare Leute. Sie haben ein Mittel, die Straßen- und Gehwege überflüssig zu machen. Sie brauchen nur ihre politische Macht auszunützen, um die Demokratie zu verwirklichen. Das allgemeine Wahlrecht steht auf ihrem Programm; sie mögen es also dem Volk geben. Der Kanzler ist in ihrer Hand. Wenn sie ihn mit dem Bloßbruch bedrohen, so ist er außerstande, weiter zu regieren, und die Demokratie wird aus dieser Krise siegreich hervorgehen, sei es, daß Wilhams Nachfolge eine Regierung der gewaltsamen Reaktion übernimmt, die keinen Bestand haben kann, sei es, daß sich das Reich endlich im Sinne des modernen politischen Rechts entwickelt.

Jaurès weist dann noch auf die Taktik der Gesellschaftsrechtler aller Länder hin, die ebendam über die Ohnmacht des deutschen Proletariats höhnten und jetzt, von der Gefahr bedroht, daß die letzte Burg der Feudalität in Europa fallen könnte, laut wünschen, daß der Kaiser mit dem Säbel dreinfahre: „Möglicher Verfall einer ehemals revolutionären und großherzigen Bourgeoisie. Aber wahrlich, ein neues Europa kündigt sich an.“

Man sieht, daß sich Jaurès ideologische Betrachtungsweise, namentlich in der Bewertung der politischen Macht des Feudalismus, den er allzusehr nach Analogie der französischen Radikalsocialisten beurteilt, von der deutschen Wirklichkeit ziemlich entfernt; aber die Worte unseres französischen Genossen über die verängstigten Radikalen mögen sich insbesondere die Herren vom „Berliner Tageblatt“, die sich so gerne als Gönner des Jauréschen Intellektuellen-Optimismus aufspielen, zu Gemüte führen.

Der Schutz an der Friedrichsgracht.

Ein Teilnehmer des Demonstrationzuges, der zufällig als Augen- und Ohrenzeuge den ominösen Schutz an der Friedrichsgracht wahrgenommen hat, macht uns über seine Wahrnehmungen eine sehr beachtenswerte Mitteilung.

Unser Gewährsmann befand sich in dem Zuge der Demonstranten, welcher durch Schutzleute in der Richtung von der Straubentbrücke in die Friedrichsgracht zurückgedrängt wurde. Der Betreffende befand sich ziemlich am Ende des Zuges und konnte deshalb, als die Schutzleute auf die vorderen Reihen des Zuges einbrachen, über die Grünstraßenbrücke in die Waldstraße gelangen. Dort blühte er durch eine Lücke in dem Bauzaun, der sich längs des Spreearmes vor dem Bau der Untergrundbahn hinzieht. Unser Gewährsmann konnte von seinem Standort aus die Vorgänge, die sich an der Friedrichsgracht abspielten, sehr gut beobachten. Er sah, daß der Zug der Demonstranten bereits ein gutes Stück zurückgedrängt war. Hinter dem Rücken der den Zug zurückdringenden Säugmännlein war die Friedrichsgracht bis zur Straubentbrücke hin völlig menschenleer, jedenfalls war sie von Demonstranten vollständig „geäubert“. An der Straubentbrücke standen einzelne Menschen, Straßenspatzen, die mit der Demonstration nichts zu tun hatten und dem Treiben der Schutzleute zusahen. Plötzlich hörte unser Gewährsmann den Schuß, gleichzeitig sah er den Feuerstrahl und die Rauchwolke aus der Schußwaffe aufsteigen. Er konnte hiernach genau feststellen, daß der Schütze unweit der Straubentbrücke stand, also an einer Stelle der Friedrichsgracht, die von Demonstranten bereits „geäubert“ war. Die Richtung des Schusses ging schräg über das Wasser nach einer Stelle, wo sich niemand befand. Ob der Schütze Uniform oder Zivilkleider trug, konnte unser Gewährsmann nicht unterscheiden. Er nahm an, ein Polizeibeamter habe einen Klammerschuß abgegeben. Es ist nur ein Schuß gehört worden, nicht mehrere.

Durch diese ganz bestimmte Angabe sind also die Behauptungen widerlegt, daß der rätselhafte Schuß aus einem Hause oder aus der Menge der Demonstranten abgegeben worden ist.

Offizielle Drohungen.

Die „Nordd. Allgem. Ztg.“ zieht wieder einmal die Schnupfenzettel in langen Ausführungen, die ganz auf die „12 000 Janhagen“-Weiß des preussischen Polizeiministers gestimmt sind. Aus dem Geschwätz ist nur eine einzige Stelle bemerkenswert. Das Kanzlerblatt schreibt:

„Es ist nicht zweifelhaft, daß bei etwaigen Wiederholungen des von der Sozialdemokratie inszenierten Straßenzuges weit weniger Schonung (!) walten wird, als bei den ersten Versuchen. Diejenigen, die es angeht, mögen sich das merken!“

Da das Blatt in weiteren Kreisen nicht gelesen wird, wollen wir dafür Sorge tragen, daß die menschenfreundlichen Absichten der Regierung des Dreiklassenrechts bekannt werden. Im übrigen: Sozialdemokraten lassen sich weder provozieren noch einschüchtern!

Eine studentische Sympathiebezeugung für die Wahlrechtsdemonstration.

Die am letzten Donnerstag in den Germania-Prachtzügen abgehaltene Versammlung der Berliner freien Studentenschaft gestattete sich zu einer begeisterten Kundgebung für das gleiche Wahlrecht. Herr v. Gerlach sprach zunächst über die Geschichte des preussischen Wahlrechts; die Diskussion aber beschäftigte sich nur mit der aktuellen Frage des preussischen Wahlrechtskampfes. Alle Redner aus den Kreisen der Studierenden sprachen sich für die Erziehung des gleichen Wahlrechts aus. Von den Liberalen sei in dieser Hinsicht nichts mehr zu erwarten. Ihr Verhalten gegenüber der Erklärung des Ministerpräsidenten fand die allerentschiedenste Verurteilung. Der Preiskurs habe sich durch sein wackeliges Verhalten um den letzten Rest von Vertrauen und Ansehen gebracht. Der Arbeiterschaft dagegen, die nicht zurückgeschreckt sei, die Volksrechte auch vor dem Polizeisäbel zu verteidigen, dürfe man die Anerkennung nicht vorenthalten.

Eine im Sinne dieser Ausführungen gehaltene Resolution wurde aus formellen Gründen zur Abstimmung nicht zugelassen, wogegen die Versammlung lebhaft protestierte. Herr v. Gerlach fand in seinen Schlussausführungen die kräftigsten Töne gegen die liberalen Fraktionspolitiker, denen jeder politische Instinkt fehle. Ein längeres Verweilen im Block sei ausgeschlossen, doch dürfe die Lösung nicht nur lauten: Heraus aus dem Block! sondern auch: Hinweg mit Wilow! Die Regierung muß nachgeben, wenn eine einheitliche mächtige Volkserhebung unabweisbar zum Ausdruck bringt: Wir dulden keine Regierung, die nicht dem Volke Gerechtigkeit anteil werden läßt. (Lebhafter, anhaltender Beifall und Handklatschen.)

Die Vereinigung der freien Studentenschaft verfolgt die Aufgabe, das politische Leben zu studieren und läßt zu diesem Zweck eine Anzahl Vorträge durch Vertreter aller politischen Richtungen halten; ausgeschlossen ist durch den Rektor der Universität gegen den Willen der Vereinigung nur die Sozialdemokratie. Gen. Bernstein, der über das Wesen der materialistischen Geschichtsauffassung demnächst sprechen sollte, wird zu den Vereinen vortragen laut Verbot des Rektors nicht zugelassen, weil dort Sozialdemokraten als Referenten nicht auftreten dürfen! Der Rektor unserer Berliner Universität ist also in dieser Beziehung eugherziger als die preussische Polizei, die selbst unter dem Ausnahmegezet die wissenschaftlichen Werke der Sozialdemokratie unbehelligt ließ. Das Sozialistengezet ist lange schon gefallen, aber noch immer darf in Berlin kein Sozialist vor Studenten referieren.

Vier Verhaftungen sind auch in Tilfit bei der Wahlrechtsdemonstration am Sonntag von der Tilfiter Polizei, die ihrer Berliner Kollegin an Schnelligkeit nicht nachstehen wollte, vorgenommen.

Es etwa 800 Versammlungsbesucher den Referenten, Genossen Hofer, nach Schluß der Versammlung nach dem Bahnhof begleiteten, wurden unterwegs in den belebten Straßen der Stadt unter anderem vor der Wohnung des Oberbürgermeisters mehrere Hochrufe auf das freie Wahlrecht ausgebracht. Das machte die Polizisten nervös. Mit blanker Waffe versuchten sie, die Massen auseinanderzutreiben. Aber immer wieder fanden sich diese zusammen. Da griff man sich einen bekannten Genossen heraus und verhaftete ihn.

Genosse Hofer, der in Begleitung von zwei Genossen nach dem Bahnhof ging, konnte nicht verhindern, daß eine Anzahl Demonstranten ihm folgte. Sie wollten ihren Reichstagskandidaten begleiten. Am Bahnhof angekommen, sah Genosse Hofer, daß es noch viel zu früh zur Abfahrt war. Deshalb kehrte er mit den beiden in seiner Nähe gebliebenen Genossen zurück, um bis zur Abfahrt des Zuges ein Restaurant aufzusuchen. Plötzlich wurde er und die beiden anderen Genossen ohne jede Veranlassung verhaftet; und trotzdem er nicht nur in Tilfit, sondern im ganzen Landreise als einer der größten Güterbesitzer bekannt ist und sich legitimieren konnte, wurde er auf Anordnung des Kommissars in Einzelhaft genommen. Erst nach 2 1/2 Stunden wurde er mit den beiden Genossen wieder in Freiheit gesetzt. Wegen diese ganz ungerechtfertigte Verhaftung und Inhaftierung ist Beschwerde erhoben.

Also doch Hundedemut!

Der „Vorwärts“ berichtete über die Rede, die ein katholischer Arbeitervereinspräsident in Allenstein gehalten hatte. Darin wurde als Haupttugend des katholischen Arbeiters Demut, Bescheidenheit und Anspruchslosigkeit gepriesen. Rüstigkeit und Faulheit als großes Laster und der Streik als Hochmut von Gott und Aufsehung wider das Sittengesetz verurteilt. Ein christliches Gewerkschaftsblatt, der „Deutsche Metallarbeiter“ nannte das „Erziehung zur slavischen Hundedemut“, und die „Germania“ meinte, die Rede des Herrn Präses sei „wenig glücklich“ und „sehr geeignet, Arbeiter in das Lager der Sozialdemokratie zu treiben, als im christlichen Lager zu halten, wozu auch grundsätzlich manches darin nicht anzusehen ist“.

Gegen diese Auffassung der „Germania“ wendet sich die „Trierische Landeszeitung“ mit folgenden Worten: „Danach darf also ein Pfarrer vor seinen Pfarrkindern im katholischen Arbeiterverein nicht mehr die im Christentum allerorten geltenden Grundsätze über Demut und Bescheidenheit, Arbeitsamkeit und Mäßigkeit besprechen und den Arbeitern ans Herz legen. Denn ist es weit gekommen... Man bedenke: Pfarrer Lehmann sprach in einem katholischen Arbeiterverein. Wenn nicht einmal dort die katholischen Grundsätze ausgesprochen und vertreten werden dürfen ohne die Kritik herauszufordern, dann sieht es wahrhaftig mit der Emanzipation der katholischen Arbeiterschaft traurig aus.“

Die „Trierische Landeszeitung“ vertritt in der Gewerkschaftsfrage den Standpunkt des Bischofs Rorum, der Gegner der christlichen Gewerkschaften ist und in seiner Diözese dafür umso eifriger die Berliner Richtung mit ihren Hochabteilungen fördert. Interessant ist nun das eine: Nach dem Trierer Zentrumsblatt entspricht das, was der Allensteiner Pfarrer sagte, den „im Christentum allerorten geltenden Grundsätzen“; nach dem christlichen Metallarbeiterblatt dagegen kommt die Rede auf eine „Erziehung zur slavischen Hundedemut“ hinaus. Wie würden die Christlichen schreiben, wenn ein sozialdemokratisches Blatt in derselben Weise über eine Rede urteilte, worin nach zentralistischer Anschauung die „im Christentum allerorten geltenden Grundsätze“ behandelt werden!

Deutsche Pioniere.

Dem Organ für offiziöse Abschmackfellen, der „Nordd. Allgem. Zeitung“, passierte dieser Tage das Maßver, auf derselben Seite, wo es den „Vorwärts“ in gewohnter Weise anzurempeln versuchte, auch einmal der Wahrheit die Ehre zu geben. Freilich muß die Wahrheit im Heuilein Untergrund suchen. Amwerthin ist die Stelle — sie befindet sich in der Schilderung einer „Expédition nach Chile“ — erwähnenswert:

„Bei schlechtem Wetter lagen in letztem Raum, dessen einziger Schmutz eine Art des Regenhagens-Distrikts bildet, auf der sorgsam alle Schiffsfälle der letzten Wochen verzeichnet sind, einige leere Landeute und Inobeln. Erinken, trunken, viel trunken, und Inobeln, Inobeln, noch mehr Inobeln, das sind hier die Freuden arbeitsfreier Stunden. Aber bei patriotischen und Vereinskassen feiert man sich gegenseitig als Pioniere deutscher Kultur, und Stolz schwellt die Männerbrust.“

Abends versammelte sich am Deck eine lärmende Gesellschaft. In den Salons tranken angehende deutsche Kaufleute den unvermeidlichen Sekt mit dem ebenso unvermeidlichen Stimmgedröhn. Sie sprachen von sinkendem Kurs, von steigenden Geschäften, von der Geschicklichkeit, aus dem Aboptivaterland möglichst viel herauszuschlagen bei möglichst geringer Gegenleistung.

Und für diese „Pioniere deutscher Kultur“ müssen die rechtlosen Profiteure die Milliarden für unsere herrliche Flotte aufbringen!

Erhöhung der Postbeamtengehälter.

Dem Vorstande des Verbandes mittlerer Post- und Telegraphenbeamten ist, wie die „Rhein-Westfälische Zeitung“ zu berichten weiß, aus zuverlässiger Quelle die Mitteilung zugegangen, daß die Verordnungen über die Gehaltserhöhungen für die mittleren Post- und Telegraphenbeamten mit folgendem Ergebnis zu Ende geführt worden sind: Assistenten (bisher 1500, 1800, 2000, 2200, 2400, 2600, 2800, 3000) 1650, 1900, 2150, 2400, 2650, 2900, 3100, 3300; Sekretäre (bisher 1700, 2000, 2300, 2600, 2900, 3100, 3300, 3500) 1800, 2150, 2500, 2850, 3200, 3550, 3900. Da die Aufzählung in Zeiträumen von je drei Jahren erfolgt, erreichen die Assistenten das Höchstgehalt wie bisher in 21 Jahren, die Sekretäre (bisher in 21 Jahren) in 15 Jahren. Weiter wird noch gemeldet, daß das Weisgehalt der Obersekretäre und Postmeister, die aus den Sekretären hervorgehen, von 4200 M. auf 4500 M. erhöht wird.

Auch ein Volksvertreter.

Eine merkwürdige Auffassung von den Pflichten eines Volksvertreters scheint der konservative Abgeordnete Schlüter, Bürgermeister in Sommerfeld, zu haben. Als die dortigen Zigarrenarbeiter zu Mittwoch dieser Woche eine Versammlung einberiefen, um gegen die geplante steuerliche Belastung des Tabaks zu protestieren, hielten sie sich für verpflichtet, auch den Vertreter des Reiches und Bürgermeister ihrer Stadt dazu einzuladen. Sie taten das in einer durchaus höflichen Form, erhielten darauf von dem Herrn Volksvertreter eine Antwort, die für den in den konservativen Kreisen herrschenden Geist kennzeichnend ist. Hier ist der Wortlaut:

Geehrter Herr! Auf Ihre Zuschrift vom gestrigen Tage erwidere ich ergebend, daß ich stets bemüht bin, den Wünschen meiner Wähler nachzukommen. Sie und Ihre Freunde haben mich wohl nicht gewählt.

Schachlungsboll

Schlüter, R. d. R.

Also Herr Schlüter saßt seine Aufgabe als Volksvertreter so auf, daß er nur die Wünsche derer vertritt, die ihn gewählt haben. Wenn er angenommen hätte, daß die Zigarrenarbeiter, welche sich an ihn wandten, ihn gewählt hätten, so würde er ihren Wünschen entgegengekommen sein. Was schiert ihn das Interesse des Volkes, was Hungersnot und Pestilenz. Wenn seine Wähler Vorteil davon haben, so ist er für die Hungersnot und die Pestilenz. Auch ein Volksvertreter! Oder sollte der Herr nur weggeblieben sein, um nicht die Sünden seiner Partei verantworten zu müssen, die sie auch auf dem Gebiete der Tabaksteuerung und des Tabakzollens auf dem Gewissen hat? —

Landtagsnachwahl in Württemberg.

Bei der Ersatzwahl für den verstorbenen Abg. Dr. Hausmann wurde am Freitag, den 17. Januar, der Demokrat mit 2789 Stimmen gewählt; der Bauernbund erhielt 2092, unser Genosse 800, das Zentrum 19 Stimmen.

Preussisches aus Schweden.

Aus Stockholm wird vom 18. Januar gemeldet: Der Justizminister hat die Beschlagnahme der an 18. d. Mts. erschienenen Nummer des Sozialistenblattes „Arbetaren“ in Gefle angeordnet, das einen Artikel über den Wahlrechtskampf in Preußen brachte, der angebliche Beleidigungen Kaiser Wilhelms enthält. Wird das Ansehen Preußens im Auslande sicherlich außerordentlich heben. —

Frankreich.

Ein Sieg ohne Lust.

Paris, 17. Januar. (Fig. Ver.)

Hat gestern die Sache der demokratischen Reform wirklich einen Sieg errungen? Auf den ersten Blick könnte man's glauben. Trotz der Aufforderung Clemenceaus, die Reform der Kriegsgerichte zum ersten Verhandlungsgegenstand zu machen und die Einkommensteuervorlage erst als zweiten Punkt auf die Tagesordnung zu setzen, hat die Deputiertenkammer beschlossen, der Einkommensteuer die Priorität zu geben. Das heißt aber noch lange nicht, daß diese in der jetzigen Session fertig beraten und besch. werden wird. Vom Senat ganz abgesehen, wo eine Mehrheit von Monarchistenliberalen vorinsinullicher Klasse sitzt, ist auch in der Deputiertenkammer der demokratische Reformeifer in dieser Frage höchst zweifelhaft.

Das gestrige Abstimmungsergebnis ist der Angst vor den Wählern zu danken. Außer ihr hat noch eine arge Ungeschicklichkeit des Finanzministers die persönliche Niederlage des Ministerpräsidenten verschuldet: Herr Caillaux hatte sich zu einem Redakteur eines englischen Finanzblattes über den konservativen Geist der bestehenden Klassen geäußert und dabei klipp und klar herausgesagt, daß die Annahme der Einkommensteuer in dieser Legislaturperiode nicht zu erwarten sei! Dieser, für die Kapitalisten tödliche Satz aber gehört zu denen, die ein Radikaler wohl denken, aber nicht sagen darf, namentlich wenn er Finanzminister in einer Regierung ist, die die Einkommensteuer auf ihrem Programm obenan stehen hat. Gerade dieses Ministerwort, das man allerdings sofort durch die offizielle Dementierung und Berichtigungsversuche abzuschwächen versuchte, veranlaßte die Mehrheit der Radikalen, ihren Reformeifer in einer demonstrativen Weise zu bezeugen. . . .

Der „Temps“ rechnet nun heute aus, daß die gestrige Abstimmung sogar beweise, daß die Einkommensteuer keine Mehrheit habe. 275 Deputierte, darunter auch einige Mitglieder der realistischen Opposition, hatten für, 170 gegen ihre Priorität gestimmt, 150 aber hätten sich enthalten. Allerdings hat man gestern nicht über die Vorlage selbst abgestimmt, und diese mag in der gestrigen Minderheit ebenso Freunde haben, wie sie in der Mehrheit ganz sicher Feinde hat. Aber die Gefahr für die Vorlage liegt nicht in der Zahl ihrer Gegner, sondern in der inneren Unlust ihrer öffentlichen Anhänger im Parlament. Wohl könnte eine starke Bewegung im Lande selbst diese vorwärts treiben, aber es ist nicht zu verhehlen, daß es gerade daran fehlt. Sicher verlangt ein Teil des demokratischen Kleinbürgertums in der Provinz die Erfüllung des alten Versprechens, und die Erwählten dieser Schicht waren es auch, die die gestrige Abstimmung entschieden haben. Aber im Vauernum, das von der Reform am meisten Vorteil hätte, ist das alte Mißtrauen gegen neue Steuererlasse noch immer lebendig. Die „Intellektuellen“, die künftig zu empfindlichen Mehrheitsleistungen herangezogen werden würden, sind, wenn schon „aus Prinzip“ für die Einkommensteuer, doch mit dem Herzen nicht dabei. In der Arbeiterschaft aber herrscht die Gleichgültigkeit vor. Die grundsätzliche Bedeutung der Einkommensteuer findet nicht das genügende Verständnis, um so mehr, als syndikalistische Journalisten im Namen der direkten Aktion an der Kampagne des „Matin“ gegen die Reform teilgenommen und die Wirksamkeit von Steuererformen mit dem Argument „widerlegt“ haben, daß die Arbeiter bei einem gewonnenen Streik mehr profitieren! Bei dem Weiterbestand der in Frankreich besonders drückenden indirekten Steuern aber würde der praktische Nutzen für die Arbeiterschaft in der Tat nicht so schnell empfunden werden, und es ist sogar eine stärkere Belastung der höchst-qualifizierten Arbeiter in Paris nicht ausgeschlossen. Man sieht also, daß das gestrige verworrene Votumgestrichel für den weiteren Verlauf des Kampfes nicht besagt.

Italien.

Der Stadtrat Roms für die Konfessionslosigkeit der Volksschule.

Rom, 15. Januar. (Fig. Ver.)

Im Namen des Stadtrats hat der Stadtverordnete Canti der römischen Stadtverwaltung in der Sitzung vom 14. d. M. die folgende Tagesordnung vorgelegt:

„Der Stadtrat von Rom gibt dem Wunsche Ausdruck, daß Regierung und Parlament, im Einflam mit den bestehenden Gesetzen, ausdrücklich erklären mögen, daß die Elementarschule frei sein soll von jeder Form konfessionellen Unterrichts.“

Zast ohne Diskussion wurde diese Tagesordnung in namentlicher Abstimmung mit 61 gegen 3 Stimmen bei fünf Stimmenthaltungen angenommen! Es handelt sich hier wieder um die alte Frage, die sich seit vielen Jahren ungelöst hinstreckt: Haben die Kommunen die Pflicht, ungeachtet des Gesetzes Coppino, das den Religionsunterricht für die Volksschulen abschafft, diesen Religionsunterricht auf Wunsch der Eltern zu gewähren oder nicht? Ein Gutachten des Stadtrats im Dezember vorigen Jahres hat sich für eine derartige Verpflichtung der Kommunen ausgesprochen. Es ist nunmehr wahrscheinlich, daß unzählige Kommunalverwaltungen in Italien sich dem Votum der römischen anschließen werden, so daß wir ein wahres Referendum zugunsten der Konfessionslosigkeit der

Elementararbeiten erwarten dürfen. Das würde dem Ministerium sehr unangenehm kommen. Stolitti will es mit den Merkmalen nicht verderben, deren Stimmen er bei den nächsten Wahlen viel zu nötig braucht. Es liegt ihm daher an der Beibehaltung des heutigen Zustandes. Der hiesige „Messaggero“ glaubt zu wissen, daß von seiten der Regierung alles geschehen werde, damit die Frage nicht gleich bei der Wiederaufnahme der Arbeiten vor das Parlament komme. Falls das nicht zu erreichen wäre, soll Stolitti entschlossen sein, allen verbindlichen Erklärungen aus dem Wege zu gehen und einen Teil seiner Mehrheit für die Verpflichtung der Gemeinden, den Religionsunterricht zu bieten, stimmen zu lassen. . . .

Duma und Parteilieben.

Aus Petersburg wird uns geschrieben: Einige Urteile der russischen Presse über die dritte Duma haben bereits an dieser Stelle wiedergegeben. Vergangene Woche ließ sich nun auch die „Nowoje Wremja“ durch Menschikoff vernehmen. Sie schrieb:

„In Bezug auf das Parlament muß man, soweit seine Psychognomie sich in den anderthalb Monaten geklärt hat, sagen, daß es sich weder durch Energie noch durch Einmütigkeit auszeichnet. In beiden Kammern herrschen allerdings gemäßigte, aber auch schwächliche Elemente vor. Die Mäßigung ist im gegebenen Fall ein Produkt der Charakterlosigkeit und des Gefühl der eigenen Schwäche erklären auch den Versuch der Zentren der beiden Kammern, sich zu vereinigen. Entgegen dem inneren Sinne des Zweikammerrechts will man eine für den Gang der Gesetzgebung maßgebende Koalition schaffen. . . . Wer wird Lust zu parlamentarischen Arbeiten haben, wenn von vornherein doch nur die Ansicht des Zentrums durchdringen kann? Das Parlament wird zu einer Kammer der herrschenden Partei werden. . . . In anderthalb Monaten ist kein Mann hervorgetreten, der fähig wäre, das Parlament zu großen Taten zu führen. Keine der Parteien weist deutliche Konturen auf. . . .“

Ein solches Urteil aus dem Munde der Reaktionen beweist nur, daß sie sich mit dem Staatsstreich vom 3. (16.) Juni 1907 verzeihen haben. Jetzt beginnt ihnen zu dämmern, daß eine solche Duma der „Knochen“, wie sie von Anfang an genannt wurde, auf die Dauer eben keine moralische oder politische Stütze für die Reaktion sein kann. Das Land wendet sich von einer solchen Duma einfach ab und geht seine selbständigen Wege.

Was die „Nowoje Wremja“ über die herrschenden Dumaparteien sagt, stimmt ebenfalls. Ihre Kraftlosigkeit erklärt sich einfach daraus, daß die Regierung durch das Staatsstreich-Wahlgesetz eine künstliche „Volksvertretung“ geschaffen hat, die binnen kurz oder lang ihre Unfähigkeit zur erfolgreichen Arbeit zeigen muß. Alle Selbständigkeit ist ja in den Mehrheitsparteien getötet, es sind da nichts als gehorsame Diener Stolittins und seiner schwarzen Hintermänner in Jaroslaw-Sjelo. Ist es — um nur ein Beispiel anzuführen — nicht ein Zeichen der inneren Schwäche der herrschenden Otkrobitzen-Partei, daß sie noch immer nicht wagt, einen Parteikonferenz zusammenzurufen? Auf diesem würden nämlich unstrittig die Gegenfälle in der Partei zum Plagen kommen und das fürchten die Führer, da dann auch in der Duma die Fraktion wieder einen Teil ihrer Mitglieder verliere! Vorläufig gilt es also, die Verkleinerungspolitik um jeden Preis fortzusetzen.

Die monarchistischen Organisationshosen haben sich eben in Petersburg zu einem Kadankongress versammelt, auf dem hauptsächlich die Führer der „Estrussen“ ihre schmutzige Wäsche wuschen. Parischlewitsch und Dubrowin, die beiden Kalabine des „Verbandes der wahrhaft russischen Leute“, lagen sich ja schon längere Zeit in den Haaren; ein Teil der Spooligand erklärte sich für den einen, der andere für den andern Helden, und Parischlewitsch hat bereits eine Konkurrenzgruppe, einen „Allrussischen Rechtgläubigen-Verband“ gegründet! Solche Existenzen aus der zarischen Lumpengarde sind gegenwärtig die Helden des Tages und der dritten Duma. Da ist es kein Wunder, wenn selbst die Regierungsreptilien einen Anfall von Melancholie bekommen. . . .

Aus der Partei.

Zwei Veteranen.

In Bremen feierte der Genosse Heinrich Böh, der in der goldenen wie gewerkschaftlichen Bewegung eifrig tätig gewesen ist, am Freitag seinen 85. Geburtstag.

In Breslau vollendete am selben Tage der Genosse Wilhelm Nayke das 70. Lebensjahr. Er hat im Jahre 1867 schon an der Gründung der ersten Breslauer Gemeinde des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins teilgenommen. Im großen Breslauer Scheinbundesprozess unter dem Sozialistengesetz wurde er zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Maßregelungen sind ihm nicht erspart geblieben. Seit dem Vorjahre bezieht er die staatliche Invalidenrente. Wichtige Parteiveranstaltungen und Aktionen fanden ihn noch immer auf dem Posten — ein Vorbild treuer parteigenösslicher Pflichterfüllung für alle Jungen.

Von der spanischen Sozialdemokratie. „El Socialista“, das Zentralorgan der spanischen Arbeiterpartei, hat mit dem 1. Januar sein Format vergrößert. Die Ausgestaltung geschah auf die Forderung mehrerer Genossen, die eine vollständige Uebersicht der internationalen Bewegung wünschen, sowie daß das Blatt der theoretischen Propaganda etwas mehr Raum widme. „El Socialista“ steht jetzt im 13. Jahrgange.

Seit dem 15. Januar erscheint in Madrid eine vierzehntägige Revue unter dem Titel: „El Socialismo“ („Der Sozialismus“). Sie trägt wissenschaftlichen Charakter, wird der Theorie und der Verdiensterstattung über die nationale und internationale Arbeiterbewegung dienen. Das neue Blatt steht auf dem Boden des Marxismus.

Ein neuer Zweig der Internationale. Das Nationalkomitee der spanischen Sozialdemokratie hat eine Mitteilung von Genossen aus Valparaiso erhalten, worin angezeigt wird, daß am 9. November 1907 in der Hauptstadt Chiles die Sozialistische Arbeiterpartei Chiles gegründet wurde.

In ihrem Briefe teilen die chilenischen Genossen mit, daß die sozialistische Propaganda im ganzen Lande große Fortschritte macht und daß sie mit der Absicht umgehen, mit dem Beginn dieses Jahres ein Wochenblatt herauszugeben, das das Zentralorgan der Partei sein soll.

Die chilenische Sozialdemokratie hat alsbald ihre Anmeldung beim Internationalen Sozialistischen Bureau zu Brüssel bewirkt.

Pollzeiliches, Gerichtliches usw.

Das „gestohlene“ Flugblatt. Zu 20 M. Geldstrafe wurde der Genosse Laubadel von der „Börlcher Volkszeitung“ wegen Begünstigung verurteilt. Ihm war ein freimündiges Flugblatt zugetragen worden, das die freimündige Parteileitung, noch

geheim gehalten wissen wollte. Die Buchdruckerei betonte den Staatsanwalt, ein Ermittlungsverfahren nach dem Diebe einzuleiten. Darin wurde Genosse Laubadel als Zeuge benommen. Er verweigerte die Aussage auf Grund des § 257 des Strafgesetzbuches. Darin wurde die Begünstigung des Diebes erldit, die mit 20 M. Geldbuße gesühnt werden soll.

Gewerkschaftliches.

Preßfreiheit für die Hirsche!

Der Hirsch-Dundersche „Regulator“ (Organ des Gewerkschafts der Maschinenbauer) hatte dem Bezirksleiter Hunger vom Metallarbeiter-Verband unverblümt vorgeworfen, er habe in Posen mit den Unternehmern ein Abkommen zur Behinderung von Streiks getroffen. Ferner war gesagt, Hunger habe den dortigen Streik unter traurigen Verhältnissen abgewürgt. Außerdem wurde mit Bezug auf S. von „Gesinnungslumperei in höchster Potenz“ gesprochen, auch sollte er sich von den Ausdrücken „Schwindler“ und „Lügner“ den passendsten aussuchen. Die auf Grund dieser Verdächtigungen und Beschimpfungen erhobene Privatklage richtete sich gegen den bekannten Gleichauf, der die betreffenden Nummern verantwortl. gezeichnet hatte. Derselbe war zur Verhandlung vor dem Schöffengericht in Stettin persönlich erschienen und suchte den Gewerkschaftsverein als Unschuld hinstellen. Nachdem der Vorsitzende gleich nach Beginn der Verhandlung geäußert hatte, für ihn sei die Sache völlig klar, wurde jede weitere Beweis-erhebung abgelehnt und Gleichauf schließlich freigesprochen! Die Artikel seien zwar beleidigend, aber dem Beklagten sei der Schutz des § 193 (Wahrnehmung berechtigter Interessen) zuzubilligen!

Die zweite Sache richtete sich gegen Gleichauf und den Bezirksleiter der Hirsche, Wolf in Stettin. Kläger waren hier die Gauleiter Rohrlach und Falkenberg-Stettin und Alex-Hamburg, welcher in einem von Wolf verfaßten und im „Regulator“ veröffentlichten Artikel u. a. nachgesagt war, sie hätten beim Streik in Bismar eine „Spühbubentat“ verübt. Gleichauf reklamierte dieses Wort als Fachausdruck (!) aus der Terminologie seines Freundes Erkelenz! Der Vertreter der Kläger betonte bei Eingang der Verhandlung, daß er sich ein Eingehen auf die Sache für die zweite Instanz aufheben könne, da es hier doch keinen Zweck habe und das Gericht zu einer Freisprechung kommen werde. Und so kam es auch! Als „Sieger“ verließen Gleichauf und Wolf den Gerichtssaal.

Aber sie mögen nicht zu früh triumphieren, denn das letzte Wort ist in dieser Angelegenheit noch nicht gesprochen! Amüstant machte sich das Gejamere Gleichauf, daß man statt zu berichten, gleich klagbar geworden sei. Umgekehrt wird nämlich ein Schutz draus. Als die „Metallarbeiter-Zeitung“ auf die in den inkriminierten Artikel enthaltenen Verleumdungen reagierte, fühlten sich Gleichauf und Wolf beleidigt und erhoben Privatklage. Erst dann sind die obigen beiden Klagen angestrengt worden! Uebrigens, wenn die beiden ehrsamten Hirsche das Urteil und die Zustimmung des § 193 gerecht finden, müßten sie jetzt ihre Klage gegen die „Metallarbeiter-Zeitung“ als aussichtslos zurückziehen, denn dann müßte gegen diese das Urteil konsequenterweise doch ebenfalls freisprechend lauten. Wir glauben aber kaum, daß sie sich auf solche „Gerechtigkeit“ verlassen werden!

Berlin und Umgegend.

Achtung, Militärsattler! Bei der Firma Becker u. Co., Reichswehrstr. 29, sind Differenzen ausgebrochen wegen der massenhaften Einstellung von Heimarbeitern und des berühmten Zwischenmeisters Kumpf. Es handelt sich um Arbeit für die königliche Artilleriewerkstatt Spandau.

Die Tarifkommission der Militärsattler Deutschlands.

Deutsches Reich.

Die Danfirma Ulrich, Neubau Marga-Kolonie, Thamm bei Senftenberg, versucht die Puharbeiten der im Herbst hochgeführten Bauten in Afford zu vergeben. Die hiesigen Maurer verweigern dieses und meiden diese Arbeitsplätze. Ulrich versucht nun Maurer von außerhalb heranzuziehen, bis jetzt vergebens. Kollegen, meldet Senftenberg und soll Euren Kollegen nicht in den Rücken. Zweigverein Senftenberg des Verbandes der Maurer.

Eine Kommission der Leipziger Maschinen- und Heizer hatte einen Tarif ausgearbeitet und ihn 700 Arbeitgebern unterbreitet. Als äußerster Termin für die Beantwortung war der 3. Dezember 1907 bestimmt worden. Jedoch hielten es nur 23 Unternehmer für nötig, sich zu der Sache zu äußern, und auch diese taten dies nur ausweichend oder gar ablehnend. Nun wurde die Kommission beauftragt, an die verschiedenen Unternehmerverbände zur Schaffung von Spezialtarifen heranzutreten. Infolge der Bewegung haben sich indessen jetzt schon verschiedene Firmen bewegen gefühlt, die Löhne zu erhöhen.

Ausland.

Die Gewerkschaftsbewegung in Rußland im Jahre 1907. „Rasch Wel“ bringt über dieses Thema einen Artikel aus der Feder eines genauen Kenners der russischen Gewerkschaftsbewegung, dem wir folgendes entnehmen:

Zwei Faktoren gaben im verfloffenen Jahre einen mächtigen Ansporn zu Lohnkämpfen: die gewaltige Verteuerung der Lebensmittel und die Verteuerung der Industrie. Es entstand eine mächtige Streikbewegung, die hauptsächlich auf die Erhöhung des Arbeitslohnes gerichtet war. Der Unternehmer bemächtigte sich nun ein wahres Aussperrungsfieber. Das Kampfsjahr begann mit der Lodger Aussperrung, die 18 Wochen dauerte und 20 000 Arbeiter traf. Dann folgten eine Reihe Aussperrungen in den westlichen Gouvernements und in Moskau. Viel Aufsehen erregte die Straßenbahnarbeiter-Aussperrung in Moskau, welche die städtische Selbstverwaltung vorgenommen hat. Die letztere ging noch brutaler vor wie mancher Unternehmer. Den Vorschlag der Arbeiter auf Schlichtung der Streitigkeit lehnte sie entschieden ab. Aber die Arbeiter brachen endlich ihren Widerstand und sie mußte nachgeben. Einen glänzenden Sieg haben in diesem Jahre die Moskauer Druckarbeiter zu verzeichnen. Der Verband der Buchdruckereibesitzer hat in Moskau eine Aussperrung vorgenommen. Sofort stellten die Arbeiter in Petersburg und in anderen Städten die Arbeit in den Druckereien ein, welche den Mitgliedern dieses Unternehmerverbandes gehören. Die Arbeiter streikten auch in solchen Druckereien, welche Bestellungen der Moskauer übernahmen. Einen solchen Schlag hatten die Unternehmer nicht erwartet, sie wurden völlig desorganisiert und mußten alle Forderungen der Arbeiter bewilligen. Einen schweren Kampf hatten in diesem Jahre die Kaspischen Seeleute zu bestehen. Den Unternehmern kam ein Militärkorps zu Hilfe. Die planmäßige und ausdauernde Taktik der Seeleute zog auf sie die Aufmerksamkeit des ganzen Landes. Im Juli streikten 60 000 Arbeiter, welche mit der

Arbeitung der faserigen Stoffe beschäftigt sind; aber die ganze Bewegung war wenig organisiert und die Arbeiter erlitten eine Niederlage. Um diese Zeit nimmt die Bewegung etwas ab; es fanden dennoch große Lohnkämpfe in Kasu statt, aber die unausgesprochenen wilden Repressalien der Regierung übten eine große Wirkung auf die Gewerkschaften, die jetzt dadurch eine sehr schwere Krise überleben.

Es mag hier auch der starken Entwicklung der Arbeiter-Konsumvereine gedacht werden, die überall, und zumal in Petersburg, in raschem Wachstum begriffen sind. Die Kooperativgesellschaft „Trudowoi Sojus“ allein errichtete binnen kurzer Zeit in Petersburg 20 Verkaufsstellen und eine Wäberei.

Die Streiks in Finnland. Nach dem letzten statistischen Bericht fanden dort im Jahre 1906 174 Streiks statt. Lohnforderungen waren die Ursache zum Streik in 110 Fällen, bei 18 Streiks forderten die Arbeiter eine Verkürzung der Arbeitszeit, bei 12 einen Tarifvertrag. Zugunsten der Arbeiter verliefen 66 Streiks, 28 Streiks endeten mit einer Niederlage der Arbeiter, in 25 Fällen gaben die Unternehmer wie die Arbeiter gegenseitig nach. Angaben fehlen über 57 Streiks. Man vergleiche diese Statistik mit der der Streiks in Amerika („Vorwärts“ vom 18. Januar); wir finden, daß die Arbeiter in Finnland erfolgreicher kämpfen als in Amerika.

Versammlungen.

Kaufmannsgerichtswahlen.

Zu den am 9. Februar in Berlin stattfindenden Kaufmannsgerichtswahlen hatte der Zentralverband der Handlungsgehilfen und Gehälfsinnigen Deutschlands, Bezirk Berlin, Neue Königsr. 20, zum Donnerstag, den 16. Januar, eine öffentliche Versammlung nach den Annahmen einberufen, in welcher Reichstagsabgeordneter Emmel, Wühlhausen, über das Thema: „Barum Liste III?“ sprach. Der Referent wies darauf hin, daß die Kaufmannsgerichte infolge ihrer schnellen Rechtsprechung bei Streitigkeiten, die aus dem Anstellungsverhältnis zwischen Prinzipal und Angestellten entstehen, von sehr großer Bedeutung für die Handlungsgehilfen sind. An den Beschränkungen, denen das Kaufmannsgericht unterworfen ist, die Frauen sind vom aktiven und passiven Wahlrecht völlig ausgeschlossen, das aktive Wahlalter ist auf 25 Jahre, das passive auf 30 Jahre festgesetzt, trägt die antisemitische Partei mit die Schuld, indem sie seinerzeit für diese Einschränkungen eingetreten ist. Nachdem die Deutschnationalen früher die Aufnahme von Chefs in Handlungsgehilfen-Organisationen beurteilt haben, machen sie es seit einer Reihe von Jahren selber. Die Prinzipale werden den Angestellten keinen Platz in ihren Organisationen gewähren, und das mit Recht. Man weilt zwar gegen die Klassenkampftheorie, die Deutschnationalen gehen mit großem Tamtam gegen sie zu Felde, operieren mit Phrasen, ohne auf den Kern der Frage einzugehen und ohne diese Theorie widerlegen zu können. Nur der Zentralverband und die von ihm auf die Liste III gesehten Kandidaten sind gewillt, die Gesamtheit der Handlungsgehilfen und Gehälfsinnigen zusammenzufassen, die Interessen ihrer Gruppe, also der Handlungsgehilfen, aufs entschiedenste zu vertreten.

Ein deutschnationaler Herr erklärt in der Diskussion, die Sympathien für deutsche Handlungsgehilfen, soweit solche im Ausland zutage treten, hätten nur die Deutschnationalen! U. a. wandte sich gegen das vom Verein der deutschen Kaufleute herausgegebene Flugblatt, in welchem behauptet wird, der Verein der deutschen Kaufleute sei es gewesen, der als erste und einzige Organisation die Errichtung von Kaufmannsgerichten im Anschluß an die Gewerbegerichte gefordert habe. Die Vereinigung der Kaufleute, der Vorgänger des Zentralverbandes, hat bereits im Jahre 1891, also vor 17 Jahren, mit Hilfe der Sozialdemokratie eine umfangreiche Agitation für diese Einrichtung veranstaltet, zu einer Zeit, als der Verein der deutschen Kaufleute und nach ihm die Deutschnationalen diese Gerichte noch nicht für standesgemäß hielten. Der Verein deutscher Handlungsgehilfen, S. H. Leipzig, hat seinerzeit petitioniert, daß die Weisheit, für den Fall die Kaufmannsgerichte Geseh werden sollten, von Amts wegen ernannt werden möchten, um der Handlungsgehilfenschaft die aufwendenden Wahlkämpfe zu ersparen. Der Verein der deutschen Kaufleute erklärt sich in seinem Flugblatt für politisch neutral, er gebt zu den Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften und ist durchaus freimündig. Bei den letzten Reichstagswahlen hat der Führer des Vereins der deutschen Kaufleute Einladungen zu freimündigen Versammlungen für K a e m p f gegen A r o n s ergehen lassen und den Handlungsgehilfen ist es zu danken, daß K a e m p f Reichstagsabgeordneter werden konnte. K a e m p f hat seinen Dank auch schon erstatet, indem er bei einer Umfrage des „Berliner Tageblattes“, den 8 Uhr-Adenschlus betreffend, erklärte, der 8 Uhr-Adenschlus könne erst dann eingeführt werden, wenn kein Chef mehr dagegen sei! Die führenden Mitglieder des Vereins der deutschen Kaufleute sind Mitglieder der freimündigen Parteien, genau so wie bei uns der sozialdemokratischen, trotzdem macht uns der Verein den Vorwurf der politischen Stellung, während er sich für politisch neutral ausgibt. Seine Referentenliste weist die Namen R u g d a n, G o l d s c h m i d t, T r a e g e r, K o p f und andere freimündige Vertreter auf. Aber die Handlungsgehilfen in ihrer Weisheit wollen von dem Freimündigen, der vorwiegend die Interessen der Börsenmänner und Kapitalisten vertritt, nichts mehr wissen, darum erklärt man sich für neutral.

Im Schlusssatz weist der Abgeordnete E m m e l darauf hin, daß die Deutschnationalen ihren Vertretern eine neue hinzugefügt haben und zwar in Straßburg im Elsaß. Ihre dortige Ortsgruppe „Alsatia“ hatte eine Petition auf erweiterte Sonntagsruhe eingebracht, der Gemeinderat beschloß, eine dementsprechende Aenderung der Bestimmungen auszuarbeiten, die Chefs waren dagegen und haben mit der Ortsgruppe „Alsatia“ zusammen eine Eingabe an den Bezirkspräsidenten gemacht, dieses Statut nicht in Kraft treten zu lassen. Infolgedessen hat der Bezirkspräsident die Genehmigung verweigert und ist es nur dem deutschnationalen Verbände zu danken, daß eine gründliche Verbesserung nicht möglich gewesen ist. Nur der Zentralverband ist in wirtschaftspolitischen Hinsicht durchaus zuverlässig und alle Handlungsgehilfen, die ihr eigenes Interesse vertreten wollen, haben daher die Pflicht, nur Liste III zu wählen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

o welche Lust, Soldat zu sein!

Rußland, 18. Januar. (B. G.) Der Kanonier Stern aus Gertsfeld ließ sich heute mittag von einem Eilgüterzuge überfahren.

Wintersport!

Mürnberg, 18. Januar. (B. G.) Auf abschüssiger Chauffee radelten trotz Polizeiverbot drei Personen; in voller Fahrt fuhr der Schlitten gegen einen Baum und zerschellte. Dem Fahrer Otto wurde dabei die Brust eingedrückt, er war sofort tot; sein Freund und eine Lehrerin sind lebensgefährlich verletzt worden.

Streikbeendigung.

Spalato, 18. Januar. (B. G.) Der Streik bei der Schiffahrtsgesellschaft Dalmatia ist beendet. Die Mannschaft hat den Dienst wieder aufgenommen.

Die Arbeitslosigkeit.

New York, 18. Januar. (B. G.) Die Pullmann Company schließt alle ihre Werke, wobei 6000 Personen arbeitslos werden. Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 5 Beilagen.

Reichstag.

88. Sitzung. Sonnabend, den 18. Januar, vormittags 11 Uhr.

Am Bundesratsitz: v. Bethmann-Hollweg.

Das Haus ist sehr schwach besetzt.

Die Interpellation über die Regelung des Knappschaffens wird fortgesetzt.

Abg. Gothein (fr. Bg.): Der Staatssekretär sagte hier gestern, daß das Reich nicht geeignet sei, Verordnungen betr. den Bergbau zu erlassen, daß dies den Einzelstaaten überlassen bleiben müsse. In anderen Staaten sehen wir jedoch die Berggesetzgebung einheitlich geregelt; warum sollte es also bei uns nicht gehen? So viel wie manche preussische Handelsminister versteht der Herr Staatssekretär doch sicher auch vom Bergbau. Er unterscheidet sich vielleicht nur. (Geisterleit.) Von den früheren Handelsministern hat vom Bergwesen keiner besonders viel verstanden, Herr Bresselt hat sogar erzählt, er habe sich mit Händen und Füßen gegen die Uebernahme des Ministeriums gestraubt und sich schließlich nur als gehorsamer Diener gefügt. Wäre Herr v. Bethmann-Hollweg zufällig preussischer Handelsminister geworden, so hätte er diese Materie ja auch regeln müssen.

Die Arbeiterversicherung muß einheitlich für das ganze Reich gestaltet werden, um so mehr, als unter den jetzigen Zuständen die Bergleute in ihrer Freizügigkeit stark beschränkt sind. Wir erkennen gern an, daß die Berggesetznovelle der preussischen Regierung einen Tropfen sozialen Oels enthält hat. Daß die einzelstaatliche Gesetzgebung zur Regelung dieser Fragen aber nicht geeignet ist, zeigt gerade der Umstand, wie diese Novelle im preussischen Abgeordnetenhaus verschandelt worden ist. Das durch das Wahlsystem bedingte Milieu des Abgeordnetenhauses bewirkt eben eine Atomosphäre, in der die einzelnen Parteien die Interessen der Allgemeinheit bescheidener vertreten als im Reichstag; nur die Konfessionspartien sind hier wie drüben gleich energisch in der Vertretung ihrer eigenen Interessen, in der Ablehnung der Interessen der breiten Massen.

Herr v. Brodhäusen rühmte, der preussische König setze stets den rechten Mann an die rechte Stelle. Dies Vertrauen haben die Konfessionspartien doch nicht immer gehabt; ich erinnere nur an die Zeiten Caprivis!

Wenn man den Bergarbeitern nicht das geheime Wahlrecht gibt, verhindert man sie, nach ihrer Ueberzeugung zu stimmen. Eine entscheidende Verschlechterung im Knappschaffenswesen ist, daß man den Bergwerksinvaliden das Wahlrecht zu den Knappschaffensklassen entzogen hat, auch das passive Wahlrecht; gerade unter ihnen findet man die erfahrensten und geistigsten Leute, die zugleich unabhängig sind als die arbeitenden Bergleute. (Sehr richtig! links.) Heruntergekehrt ist ferner das Krankengeld und die Höhe der Pensionen; am meisten Erbitterung aber hat hervorgerufen die Beseitigung des Kindergeldes. Die Gehälter und Pensionen der Beamten in Staat und Reich werden erhöht, die kommt man also dazu, die Pensionen der Berginvaliden herabzusetzen? Es war deshalb ein großer Fehler, nicht zu einer Einigung zu kommen. Daß die Arbeiter nicht halbtarrig waren, beweist doch der Umstand, daß selbst bei Annahme ihrer letzten Vorschläge noch eine Verschlechterung gegen den bestehenden Zustand herausgekommen wäre — sind doch auch 100 Werkstätten dafür abgegeben worden!

Geradezu erschreckend waren die Angaben des Abgeordneten Hue über die Zahl der Unfälle und die Verkürzung der Lebensdauer der Bergleute. Es zeigt dies, daß ein wahrer

Raubbau

an der Arbeitskraft getrieben wird, was zugleich einen Raubbau an unserem Nationalwohlstand bedeutet. Dringend notwendig wäre eine Enquete über die Ursachen dieser Zustände. Beim Etat des Reichsamts des Innern werde ich dies in einer Resolution beantragen. (Bravo! links.)

Oberbürgermeister: Ich muß einem Mißverständnis entgegen treten. Das Votum erreicht 28 Proz. nur bei einzelnen Kameradschaften; der Gesamtdurchschnitt des Rußens ging auch aus den Zahlen, wo dies vorkam, nicht über 4 Proz. hinaus. . . Als vertraulich bezeichneten wir unsere Mitteilung, weil wir die Namen der betreffenden Zahlen mitteilen, um eine Nachprüfung unserer Angaben zu ermöglichen.

Abg. Bepko (Vole): Die Klagen der Arbeiter über das Rußen richteten sich gerade dagegen, daß einzelne Kameradschaften durch ungerechtes Rußen schikanisiert wurden. Die Aus-

führungen des Regierungsbekretärs beweisen also gerade, daß diese Klagen der Arbeiter berechtigt waren. Zur Sache selbst bemerke ich, daß wir auf dem Boden der Interpellanten stehen. Die Junker und Grubenbarone haben die Berggesetznovelle in Preußen so verändert, daß sie zu einer vollständigen Sklaverei der Arbeiter führen würde. Bei den Verhandlungen des Knappschaffensstatuts traten keine Machtgelüste der Arbeiter zutage, sondern der Werkbesitzer; unheilvoll war auch die Rolle, die die Gemeinderäte spielten: sie und die Werkbesitzer wollten zeigen, daß die Arbeiter durch die Knappschaffensstatuten nichts erreichen könnten, sie wollten die Knappschaffensstatuten zu einem Notat vor den Werkbesitzern zwingen. Die Lage der Arbeiter ist durch das Zwangsstatut in hohem Maße verschlechtert worden. Im Reichstage ist weit eher ein warmes Herz für die Arbeiter zu rechnen als in den Landtagen. Deshalb muß es heißen: Heraus mit der Berggesetzgebung aus dem preussischen Klassenparlament, oder, wenn sie dem Landtag überlassen bleibt: Fort mit allen Klassenparlamenten als Vertretungen der organisierten Uebermacht! (Bravo! bei den Polen und links.)

Abg. Giesberts (Z.): In das harmonische Konzert, das der Verlauf der Debatte darstellt, hat der Abg. Hue einen Mißklang gebracht durch seinen ungerechtfertigten Angriff auf das Zentrum. (Sehr wahr! im Zentrum.) Darunter leidet die Stoßkraft der Aktion. Hue sagt, das Zentrum habe die Berggesetznovelle mit verschuldet, weil es in der Schlußabstimmung dafür gestimmt habe. Das Zentrum hat im Abgeordnetenhaus wiederholt den Bergarbeiterschutz gefördert, wie schon daraus hervorgeht, daß hier im Reichstage sozialdemokratische Abgeordnete sich wiederholt auf diese Tätigkeit des Zentrums bezogen haben. (Hört, hört! im Zentrum.) Für die Berggesetznovelle stimmte das Zentrum, weil trotz der Beseitigung des geheimen Wahlrechts und des Wahlrechts der Invaliden doch noch eine ganze Reihe von Verbesserungen übrig blieb. Nun zu sagen, das Zentrum habe die Verschlechterungen mit verschuldet, ist eine objektiv unwahre Darstellung des Sachverhalts. (Sehr richtig! im Zentrum.) Den Beweis, daß auch nur ein Zentrumsgesandter öffentlich gegen die geheime Wahl zu den Knappschaffenswahlen gestimmt hat, hat Herr Hue nicht erbringen können; er mußte in den Kommissionsberichten herumhantieren, ohne einen bestimmten Namen nennen zu können. (Abg. Hue: Ich habe die Namen ja genannt!) Ferner wirft er uns vor, wir seien nicht energisch genug für ein Reichsberggesetz eingetreten. Aber wir haben auf die Regierung nur Einfluß durch parlamentarische Aktion, zwingen können wir sie nicht durch Straßendemonstrationen und parlamentarische Obstruktion. (Sehr richtig! im Zentrum.)

Ferner wirft uns Hue vor, wir hätten das in der Kommission gegebene Material über das Wagenmüllern nicht veröffentlicht. Vertrauliches Material können wir nicht weitergeben. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten), wir können nur von der Regierung die Veröffentlichung verlangen (Sehr richtig! im Zentrum); daß sie es nicht tut, war eine Unklugheit; denn sie erweckte dadurch den Anschein, als wolle sie die Werkbesitzer nicht bloßstellen und als seien die Dinge in Wirklichkeit noch viel schlimmer, als behauptet war.

Nun zur Sache selbst: Der Staatssekretär sagt, die Berggesetzgebung kann nicht den Einzelstaaten genommen werden. Das will ich zugeben. Das gilt aber nicht für die Arbeiterverhältnisse, ein Bergarbeiterschutz, ein Knappschaffensgesetz ist reichsgesetzlich möglich und nötig; die Arbeiter dringen um so mehr darauf, als das preussische Abgeordnetenhaus kein Volksparlament ist.

In der schwebenden Streitfrage im Ruhrgebiet habe ich das Vertrauen zu der Regierung, daß sie einen Ausgleich herbeizuführen bemüht sein wird. Nicht die Arbeiter dort wollen eine Wahlprobe, sondern die Werkbesitzer wollen die Arbeiter unter ihren Willen zwingen. Die Zahl der eingesehnen Bergarbeiter geht zurück, und damit sinkt auch die allgemeine Kultur im Ruhrgebiet. Röge diese Verhandlung zur Verbesserung der Verhältnisse beitragen. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Sasse (Soz.):

Der Vordrucker hat auf wenige Worte des Kollegen Hue mit einer halbstündigen Rede geantwortet und eine große Staatsaktion daraus gemacht. Das zeigt, daß Kollege Hue mit seinen wenigen Worten ins Schwarze getroffen hat. Hue hat eben durchaus die Wahrheit gesagt. In dem allgemeinen Kampfe der Bergarbeiter haben wir nicht etwa mit der Zentrumspartei gemeinsame Sache gemacht, sondern die Bergarbeiter aller Richtungen haben miteinander gemeinsame Sache gemacht. Mit der Zentrumspartei gemeinsame Sache zu machen, hätten wir uns wohl zehnmal über-

steht: „Die Armee, der Wächter und des Unternehmertums.“ Auf einem anderen, gleichfalls angeklagten Blatt sieht man Soldaten, die in einer jüdischen Landchaft Eingeborene verfolgen. Die Erklärung sagt: „Die Armee, der Wächter und der Financier.“

Die Geschworenen sprachen Grandjourn frei. Aber sie verurteilten den mitangeklagten verantwortlichen Redakteur der „Voix du Peuple“, Bignaud, und dies, trotzdem die Nummer außer den Zeichnungen nichts als Pläte aus Ministerreden und einen sehr wackelnden Appell an die Soldaten enthalten hatte, ihr Gewissen nicht zeitweilig mit der Erinnerung an vergossenes Bruderblut zu belasten. Die Strafe lautete auf 15 Tage Gefängnis und 1000 Frank Geldbuße.

Heißluft-Vollbäder. Die Hygiene fordert mit immer größerer Strenge, daß den breiten Volksschichten, namentlich aber dem Arbeiterstande, in öffentlichen Bädern eine billige Gelegenheit zu gründlicher Reinigung des Körpers vom Staub und Schmutz der Arbeit gegeben werde. Leider werden die Vollbäder viel zu wenig benutzt. Das liegt aber hauptsächlich daran, daß die Preise für Benutzung einer Badegelegenheit noch viel zu teuer sind. In Rußland besteht, wie Grund und im „Gesundheitsingenieur“ angibt, jedes Dorf, jeder kleine Marktflecken seine eigene Badeanstalt, und auch der Gutshof hat dort seine Badestube. Rußland ist uns also in Sachen der öffentlichen Badepflege weit überlegen. Da die Preise für die Benutzung der Bäder gering sind, werden diese von der russischen Arbeiter- und Kleinbevölkerung stark benutzt. Die russischen Bäder sind also wirkliche Vollbäder, aber im Gegensatz zu den unsrigen nicht Drause, sondern Schwimmbäder. Auch in der Türkei finden wir überall öffentliche Heißluftbäder. Konstantinopel hat ihrer über 170. Ein Schwimmbad hat vor dem Wasserbad den Vorzug, daß es die Poren der Haut mehr öffnet und so gründlicher reinigt, ferner besitzt es Heilkraft, z. B. gegen Rheumatismus und Gelenkskrankheiten. Wenn nun in Rußland und im Orient Heißluftbäder als billige Vollbäder möglich sind, könnte das Gleiche doch wohl auch für das „höhere Europa“ gefordert werden. So lange sich mit den Schwimmbädern noch viel Luxus vereinigt, wird es allerdings nicht angehen. Die Hauptsache ist, daß der Preis des Einzelbades bedeutend herabgesetzt wird. Die Herstellungskosten eines Heißluftbades sind sehr gering, und es läßt sich bequem mit dem Wannen- oder Drausebade vereinigen.

Theater.

Friedrich Wilhelmstädisches Schauspielhaus (Chausseestraße): König Heinrich, Tragödie von Ernst v. Wildenbruch. Die Leitung dieser Bühne will ihren Abonnenten erzieherisch kommen. Das ist eine ganz löbliche Absicht. Fragt sich nur, wo sie den Sattel ansetzt. Hierüber gibt die Vorrede (im Theater-Programmheft), die das historische Drama behandelt, Aufschluß. Das historische Drama, heißt es da, sei auf der Bühne verurteilt, weil „die Welt“ immer wieder des „Geldwunders“ bedürftig. Diese Scheinwahrheit zugegeben — wer ist ein Held, nach landläufiger Auffassung? Wildenbruch sagt — und vor ihm sagten es die Ernst Knapp und alle Nachtreter —, nur

legt. (Lebhaftes Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wir scheuen doch zu sehr die Moral der Jesuiten. (Unruhe im Zentrum, lebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Was hat denn Hue getan? Er hat die Wahrheit festgestellt, daß auch im Zentrum nicht alle Mitglieder für das geheime Wahlrecht eingetreten sind. Er hätte unrecht getan, wenn er das nicht festgestellt hätte. Herr Giesberts regt sich über Vorwürfe gegen eine politische Partei, nämlich die seinige, auf. Hat denn aber sein Fraktionskollege Schiffers nicht genau dasselbe getan? Er hat von der reaktionären Mehrheit im preussischen Landtage gesprochen, und da können sich doch auch die christlichen Bergarbeiter getroffen fühlen, die meistens nationalliberal sind. Der zweite Vorsitzende des christlichen Bergarbeiterverbandes gehört der nationalliberalen Partei an. Also nur nicht so aufgebauscht! Aber weil Hue hier die Wahrheit festgestellt hat, muß hier so vorgegangen werden, damit sich die Zentrumskräfte reinwaschen können. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Hue hat nicht gesagt, die Zentrumspartei sei schuldig an dem Scheitern des Statuts, er hat sich lediglich auf die Vorkommnisse im Landtage bei der Beratung des Knappschaffensgesetzes und des anderen Berggesetzes bezogen. Ich will hier feststellen, daß bei der Beratung des ersten Berggesetzes das Zentrum erst bei der dritten Lesung umgefallen ist, aber bei dem Knappschaffensgesetz hat der Abg. Brutt schon vor der dritten Lesung die Beseitigung des geheimen Wahlrechts verteidigt, und seine eigenen Kollegen haben ihn in der Zentrumspresse auf das heftigste angegriffen. Es wurde geradezu gesagt: Brutt hat bei dieser Beratung im Landtag nicht die Bergarbeiterinteressen vertreten, schlimmer als er hätte es auch ein Werkbesitzer nicht machen können. Hue hat also nur die reine Wahrheit gesagt. Fragen Sie nur den Regierungsrat Steinbrin, wie die christlichen Vorkämpfer über das Berggesetz denken. In öffentlichen Bergarbeiterversammlungen hat Hue auch festgestellt, daß das Zentrum keine Verschlechterungsanträge gestellt hat, wohl aber hat er ihm vorgeworfen, daß es umgefallen ist, er ist also den Tatsachen vollkommen gerecht geworden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ich komme dann zu den Ausführungen des Kollegen Osann. Es ist richtig, daß die Nationalliberalen einst unter Hamachers Führung für die rechtsrechtliche Regelung der Bergarbeiterrechte eingetreten sind, aber im Jahre 1900 hat unter des Herrn Hildt Führung die ganze nationalliberale Reichstagsfraktion einstimmig gegen die Forderung eines Reichsberggesetzes gestimmt. (Widerspruch des Abg. Wasser-mann.) Ueber die Vorschläge der Knappschaffensstatuten ist der Abg. Osann ganz falsch unterrichtet. Das Verlangen nach Aufrechnung des Kindergeldes war keineswegs ein neuer Antrag, sondern nur eine Reduzierung altbekannter Forderungen.

Der Abg. Osann hat uns getadelt, weil wir eine öffentliche Abstimmung der Knappschaffensstatuten über das neue Statut herbeigeführt haben. Gerade ein Parlamentarier sollte doch wissen, daß gewählte Vertreter zur öffentlichen Abstimmung bereit sein müssen, damit ihre Wähler wissen können, ob jeder von ihnen seine Pflicht tut. Wir machen es ja im Reichstage ebenso, also nur keine Heuchelei! — Der Abg. Gothein, der Ihnen so nahe steht, hat Ihnen ja schon deswegen den Text gelesen. (Widerspruch des Abg. Osann.) Gothein steht Ihnen nicht nahe? — Aber er gehört doch auch zum Volk und sitzt ja dicht neben Ihnen. (Weiter-leit.) Die geheime Abstimmung der Knappschaffensstatuten hat übrigens kein anderes Resultat gehabt als die öffentlichen Abstimmungen, die vorhergingen. Ich stelle nochmals fest, daß die Forderungen der Knappschaffensstatuten den Bergarbeitern eine Ausgabe von 1000 M. jährlich für 1000 Mann Beleg-schaft zugemutet haben! Das ist doch bei den Ueberhöhen des Bergbaus eine Lappalie. Wenn Sie (zu den Nationalliberalen) Einfluß auf die Werkbesitzer haben, die ja meist Ihrer Partei angehören, so veranlassen Sie sie, diese 2 Pf. pro Kopf und Woche zu sparen.

Der Abg. Osann hat die preussische Regierung aufgefordert, noch einmal einen Vermittlungsversuch zu machen. Der Versuch kann jedenfalls nicht schaden. Auch mit einer parlamentarischen Kommission wären wir einverstanden, um die Einigung zu erzielen. Aber Sie dürfen sich nicht der Hoffnung hingeben, daß die Knappschaffensstatuten nach weiter zurückgehen werden. In vielen Versammlungen hat man ihnen schon den Vortwurf gemacht, daß sie zu weit gegangen wären. — Der Hauptsache für die Arbeiter bei der Neuregelung war die Beseitigung des Grund-betrages der Rente, die die Werkbesitzer illegal ausgenutzt haben. Die neuen Invaliden sind dadurch um 15 bis 20 Proz. ihrer Rente geschädigt worden. Das hat gerade die ärmsten Bezirke, wie Niederschlesien, betroffen, wo nur die Tätigkeit der im Verband

Fürsten sind solche Gelder. Daher haucht der „Dramatiker“ einigen Kapiteln „Geschichte“ seinen Geist“ ein. Und dann ist eine „historische“ Tragödie fertig. Stimmt nicht, sonst wäre ja auch Wildenbruchs „König Heinrich“ keine bloße Geschichtslitteratur in dialogisierter Gestalt. Ob nun alle diese aus dem Grabe herausbeschworenen Nummen rassend über die Bretter wandeln und Tiraden donnern — es ist nichts damit, weil auch Wildenbruch am historischen Konventionellen haften geblieben ist und nun theatralische Effekthaserei mit wirklicher Dramatik verwechselt. Gleichwohl hat die Vorstellung am Freitag bewiesen, daß es doch noch recht viel Leute gibt, die an einer Leistung deutscher Geschichte in Dialogform Gefallen finden, sollte sie auch 4 1/2 Stunden dauern. Das Kapitel wurde sichtlich ja recht brav aufgeführt, ein Stück deutscher Kostümkunde sorgte für die nötige Abwechslung, und verschiedene Darsteller hatten vollkommene Gelegenheit, ihre Stimm-mittel zu erproben. Rudolf Werner als Titelheld gab sich in manchen Szenen nicht übel. Ebenso tüchtig war Friedrich Goldhaus als Papst Gregor. Im übrigen wurde in traditioneller Schablone gemimt. Das Publikum schien „fingerig“ zu sein.

Die Räuberaufführung des Deutschen Theaters, die durch ihre materielle und charakterisierende Inszenierung dem ewig jungen Drama neues Leben eingehaucht hat, wie vor Jahren die Lot der Reiningers, hat einige Neu-besetzungen erfahren. Vor allem interessiert Alexander Koffsi, der nun im Wechsel mit dem robusteren Paul Wegener den Franz spielt. Seine nervöse, in der Erregung ins Jappelnde über-schlagende, das pathologische stark betonende Art, die schon in den Gespenstern am Oswald schärfer hervortrat, schuf eine interessante Spielart. Zeretzender Verstand paarte sich in seiner nuancen-reichen, die üblichen Canailenzüge abstreifenden Auffassung mit dem Streben des Herrenmenschen nach Macht und der phantasi-gedehnten Schwäche des Delakenten. Ob aber dieser Franz nicht etwas zu feminin, zu lächelnd ausfiel, aus lauter Streben, ihn menschlich uns zu nähern? Wiensfelds Spiegelberg hin-wiederum betonte die ordinäre Canaille mehr als Koffsi es getan hatte. Alles in allem — wenn man von der Amalie und dem alten Moor absieht —, eine wunderbar farbige, ergreifende Wieder-gabe dieses leidenschaftlichen Dramas, das das Genie mit der Subordination zeugte.

Notizen.

— Die Bureaokratie in Schillers Garten. Trotz all der lebhaften Agitation, die zur Erhaltung der heimati-schen Denkmäler und denkwürdigen Stätten in Deutschland neuerdings eingeseht hat, gehen unsere „vaterländischen“ Ver-waltungen ihre gewohnten Wege ruhig weiter. In Jena, wo ohnedies schon so viel verhandelt wurde, will der wirthschaftliche Staat den Schillerarten mit irgend einem Verwaltungsg-gebäude verunstalten. Eine Protestbewegung hat aber bereits ein-gesetzt.

Kleines feuilleton.

Folger Drachmann hielt sich zu Anfang der neunziger Jahre zusammen mit seinem berühmten gewordenen Koppel Edith in Ham-burg auf. Er erlebte hier den großen Hafenarbeiterstreik. Zu einer Reihe prächtiger Gedichte und Lieder gab ihm der Kampf der Arbeiter wie auch die Cholerazeit Veranlassung. Während des Streiks kam ein junger sozialdemokratischer Journalist, W. Sabroe, ein dänischer Kollaborationsmann, nach Hamburg, um für dänische Arbeiterblätter über den Kampf zu berichten. Er konnte keinen Menschen und wußte kaum, wohin er sich wenden sollte. Da fiel ihm ein, daß Drachmann in Hamburg wohnt. Ihn suchte er auf, und Drachmann machte ihn denn auch gleich mit der Lage des Kampfes bekannt und begann: „Zunächst will ich Ihnen sagen, wozu ich mich überzeugt fühle: die Arbeiter ver-lieren diesen Kampf! Sie verlieren ihn, weil diese steinreichen Klauente ihre Ehre dahinein setzen, über die Arbeiter zu sagen, gleichviel, ob der Sieg ihnen Millionen kosten wird, ob viel mehr Geld, als die Arbeiter zu erlösen suchen. Und was ist das für eine Sünde gegen diese selbstbewußten, stolzen und tüchtigen Hafenarbeiter, die zu den besten in der Welt gehören!“

Der Dichter und der Journalist gingen dann nach dem Hafen hinunter, wo streikende Arbeiter in Massen standen. Drachmann streckte die Hand aus und rief: „Sind vielleicht Dänen unter Euch, die einen dänischen Sozialdemokraten, der hierher gekommen ist, einen Kampf zu schildern, begründen und behülflich sein wollen?“ Es meldeten sich sofort mehrere dänische Arbeiter, und Sabroe war aus aller Verlegenheit.

Drachmanns Leiche wird, einem letzten Willen des Dichters entsprechend, verbrannt. Die Asche wird nach Slagen übergeführt und dort ins Meer versenkt. Vom Krematorium in Kopenhagen soll die Urne mit einem besonderen Schiff nach der Nordspitze Jütlands gebracht werden. Von Hornbäl in Nordsee-land, wo der Dichter gestorben ist, wird die Leiche wahrscheinlich am Montag oder Dienstag nach Kopenhagen übergeführt. Unter den vielen Vereinen, die hier am Leidenbegängnis teilnehmen, werden auch die Gewerkschaften und der sozialdemokratische Ver-band mit ihren Fahnen und Kränzen erscheinen.

Ein antimilitaristischer Künstler. Der Antimilitarismus soll ausgerottet werden — in Wort, Schrift und Bild! So lautet die Devise der Clemenceau-Friedenschen Regierung. Und nicht ein Lästfleckchen wird davon nachgelassen. So wurde der bekannte Zeichner Grandjourn, der Leiter des satirischen Blattes „Affiche au Peuple“, wegen elischer Aufreizungen, die er in einer illustrierten Rekruten-Nummer der „Voix du Peuple“ be-gangen haben sollte, in Paris vor die Geschworenen gestellt. Das eine Bild stellt einen aus Norbonne heimgeführten Küraffier vor, dem eine Frau, seine Mutter, ins Gesicht spuckt. Der Text lautet: „Du Schuft hast auf das Volk geschossen!“ Eine zweite Zeichnung zeigt Soldaten, eine Fabrik bewachend. Darunter

organisierten Velleiten einige Wilerungen durchgeföhrt hat, und den Klausaler Bezirk, wo an und für sich schon die traurigsten Renten gezahlt werden. Dort hat man außer den Invalidenrenten auch die Witwen- und Pensionisten geföhrt, ebenso in dem reichen Stolberger Knappschafsbereich. In Klausal hat die Regierung auch nicht für die Tausende fiskalischer Bergarbeiter getan, wie überhaupt die fiskalischen Betriebe dort mit die rüchständigsten im ganzen deutschen Bergbau sind. Die fiskalischen Gruben haben sich sogar nicht geföhrt, die Reichsinvalidenrente auf die Knappschafsbrente anzurechnen und sich dadurch von den ärmsten Arbeitern 6000 M. jährlich sparen zu lassen. Die neuen Statuten führen zu dem Unfian, daß eine Familie mit 6 Kindern 174 M. weniger bekommt, wenn der Vater lebt, als wenn er tot ist! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Ich komme nun zu den Erklärungen der Regierung. Sie hat sich zunächst entschuldigt, daß sie ihre Ermittlungen über den Umfang des Wagnens der Öffentlichkeit nicht habe mitteilen können. Da erinnere ich an ein anderes Vorkommen nach dem letzten Streit, als die Untersuchungskommission eingesetzt war. Die Kommission war mit ihren Arbeiten noch nicht zu Ende, da erschien schon in allen Zeitungen als Ergebnis ihrer Untersuchung: die vertraulichen Mitteilungen, die ihr die Arbeiter gemacht hatten! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Und eine nicht geringe Zahl der Arbeiter ist wegen dieser Mitteilungen gemahrt worden. (Stürmische Hört! hört!-Rufe bei den Sozialdemokraten.) Während die Untersuchung selbst so gebricht wurde, daß nichts dabei herauskam. Deshalb hat der Bergarbeiterverband die Arbeiter damals aufgefordert, sich an diesem Gaukelspiel der Untersuchungskommission nicht länger zu beteiligen. Was die Mitteilungen über das Wagnen selbst angeht, so bleibt es trotz alledem schmachvoll, daß man unsere genauen Angaben damals bestritten und beugeweltet, unseren Behauptungen die der Regierung gegenübergestellt hat, während man der Landtagskommission in geheim die Wahrheit gesagt hat, die man uns im Reichstage abstreiten wollte. So hat man die Wahrheit öffentlich unterdrückt, statt ihr im Interesse der Allgemeinheit die Ehre zu geben. Die Bergarbeiter werden es der preussischen Regierung nie vergessen, wie sie damals zum Schaden der Arbeiter die Wahrheit verschwiegen hat. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Der Staatssekretär hat auf die Interpellationen geantwortet, daß er nicht in der Lage sei, eine reichsrechtliche Regelung dieser Materie in Aussicht zu stellen. Er hat weiter gemeint, er wisse gar nicht, welche Bestimmungen des Krankenlaffengesetzes wir eigentlich zu ändern wünschen. Ich nenne Ihnen den § 20: daß der Lohn nur bis zu 5 M. angerechnet wird, statt dessen bestimmt werden müßte, daß mindestens 50 Proz. des verdienten Lohnes als Krankenlohn zu geben sind. Ferner die Bestimmung, daß die Vorfrist geheimer Wahl für die Knappschafswahlen nicht gelten soll.

Wenn der Staatssekretär weiter behauptet hat, daß die Regierung sich vor den Werksberren nicht fürchte, so erinnere ich daran, daß sie auch in der Stein- und Kohlenfallkommission vor ihnen zusammengeknickt ist und daß heute noch in der Sache nichts geändert ist. Gerade auf den Staatsgruben herrschen auch die schlechtesten Knappschafsverhältnisse. Beim Abbruch des Streiks von 1905 haben sich die Bergarbeiter vertrauensvoll an den Reichsanzler gewandt, und der hat ihnen zurückgeschickt, daß er bemüht sein werde, die Streitigkeiten zu schlichten. Rüge er auch jetzt die Streitigkeiten schlichtet, sonst können wir nicht dafür garantieren, daß nicht wieder ein großer Streit ausbricht. An den Arbeitervertretern hat es nicht gelegen, daß eine Einigung nicht erzielt worden ist. Wir haben keine Nachprobe veranstaltet wollen, sondern nur gesucht, etwas für die Arbeiterinteressen zu erreichen. Die Verantwortung für die Zustände, die jetzt herausgeschworen worden sind, tragen die Regierung und die Werksvertreter. Wir haben alle Mühe, jetzt die Geister der Bergarbeiter zu besänftigen und sie vom Streit abzuhalten. In allen Versammlungen habe ich es immer und immer wieder geböt, daß wenn der Reichstag ihnen nicht hilft, sie die Broden hinstreichen lassen, und die Bergarbeiter halten Wort. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Sie sind in ihren Forderungen weit genug zurückgewichen, mögen nun auch die Werksberren Nachgiebigkeit zeigen. Die Arbeiter sind jederzeit bereit, Frieden zu schließen, mögen Regierung und Werksberren dafür sorgen, daß ein christlicher Friede zustande kommt. (Wohol bei den Sozialdemokraten.)

Oberbezirk Steinbrink:

Der Vortredner hat wiederum behauptet, daß unsere Zahlenangaben über das Nullen unrichtig gewesen seien. Ich stelle demgegenüber fest, daß die angegebenen Zahlen absolut richtig waren. Die von uns angegebenen Prozentföhre der genüllten Wagen bezogen sich auf die Gesamtföhderung, und im Verhältnis zu dieser ging das Nullen tatsächlich selbst auf den Gruben, auf denen einzelnen Kamezabfahnen mehr als 20 Proz. der Föhderung genüllt wurden, nicht über 3,7 Proz. hinaus.

Abg. Behrens (wirtsch. Bg.): Der Abg. Hue hat die Schuld an den Knappschafszuständen in meinem Wahlkreis Wehlar-Altenkirchen auch auf meine Partei geschoben. Aber der Wahlkreis war seit 15 Jahren nationalliberal vertreten, und bei der letzten Stichwahl hat die Mehrzahl der Parteifreunde des Herrn Hue gegen mich und für den Nationalliberalen gestimmt. (Abg. Hue: Sie selbst haben uns schon das Gegenteil gesagt!) Ich was, lassen Sie mich, ich spreche ja nur von einem Teil. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Der Abg. v. Brodhofen rühmt das gute Einvernehmen von Arbeitern und Unternehmern im Bergbau. Das hat sich in neuerer Zeit sehr geändert; sehen Sie nur das Schicksal des Steigerverbandes an. Und nun das Arbeitssystem: Diejenigen Steiger werden prämiert, welche das meiste Material sparen! Das ist direkt eine Prämie auf die Unfallgefahr. Ein solches Arbeitssystem kann unmöglich zum Frieden führen. Für die reichsrechtliche Regelung des Bergrechts haben sich nicht nur die Bergarbeiter ausgesprochen, sondern auch die Bergarbeiterlöhne, welche Vertretern der Werksberreger sind.

Abg. Hue (Soz.):

Ich habe gestern 1 1/2 Stunden gesprochen und dabei noch nicht den zwanzigsten Teil einer Vollenz gewidmet und auch hierbei nur vorübergehend das Zentrum gestreift. Um so wunderbarer ist es, daß Herr Giesberts hier 3/4 Stunden daran verwendet hat, meine beiläufigen Bemerkungen als einen fürchterlichen Verrat an der Bergarbeiterföhre zu brandmarken. Ich kenne ja die Weise und den Zeit. Wir sind es ja gewohnt, daß unferne das liebe Zentrum nicht angreifen darf. Nationalliberalen und Freisinnigen können wir an den Kopf werfen, soviel man irgend will, das bringt keinen politischen Mißklang in die Debatte. Wenn ich aber aus den Aften des Landtages dem Zentrum sein Verhalten nachweise, dann tritt Herr Giesberts als entrüsteter Zentrumsman auf den Plan. Herr Schiffer hat ja damit begonnen, den politischen Mißklang in die Debatte zu tragen. Er sprach von der reaktionären Weisheit des Landtages. Nach ihm sind das die Nationalliberalen und Konservativen. In Rücksicht auf die historische Wahrheit habe ich dann angeführt, daß in der entscheidenden Kommissionsföhung mindestens ein Zentrumsman diese reaktionäre Weisheit verkörpert hat. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Dann hat Herr Giesberts meine Rede auf dem preussischen Bergarbeiterkongress zitiert. Er hat aber verschwiegen, daß ich über den damals vorliegenden Bergschafentwurf zu referieren hatte, und er hat weiter verschwiegen, daß einstimmig, also auch von den christlichen, den polnischen, den Hirsch-Dunderfchen Arbeitern eine von mir und dem christlichen Bergarbeiterführer Köster eingebrachte Resolution angenommen ist, worin es heißt: Wenn der Landtag die Anträge der Bergarbeiter nicht zum Gesetz erhebt, fordern die Bergarbeiter die schleunige Einbringung eines Reichsberggesetzes.

Weiter sagte Herr Giesberts, die Knappschafsnovelle wäre vom Zentrum im Einverständnis mit den saarverwandigen Bergarbeitervertretern aus dem Führergebiet angenommen worden. Ich konstatiere hier vor der ganzen Öffentlichkeit, daß uns die Vertreter der christlichen Bergarbeiter gesagt haben, sie hätten dem

Zentrum geraten, die Novelle abzulehnen. Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Kommen Sie mir also nicht mit Ihren Kniffen, Herr Giesberts. Das geht ja auch aus dem „Bergknappen“ hervor. Er schrieb während der Kommissionsberatungen: Jeder gerechte und arbeiterfreundliche Abgeordnete müßte dieses Gesetz ablehnen. Im Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften, dessen Redakteur Herr Giesberts ist, hat Herr Brust einen Artikel für die Knappschafsvorlage veröffentlicht, als sie noch nicht ganz erledigt war, aber sofort hat Herr Efferts, jedenfalls im Auftrage des christlichen Verbandes, haarföhrt nachgewiesen, daß alles, was Brust zugunsten des Gesetzes ausgeführt hat, nicht ausreicht, um die Annahme des Gesetzes zu empfehlen. Sie, Herr Giesberts, bringen es nicht fertig, mich in Gegensatz zur Bergarbeiterföhre zu bringen. Es war aber sehr nötig, daß Herr Giesberts nach den Feststellungen, die ich gestern hier im Interesse der Arbeiter, auch der katholischen Arbeiter, machte, heute herkam, um das Vorgehen des Zentrums zu vertuschen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten. Anruhe im Zentrum.)

Weiter soll ich der Schuldige sein, die Geheimnisse der preussischen Regierung hier angeführt zu haben. Die Bergarbeiter werden den Standpunkt, den Sie vertreten, Herr Giesberts, mit der Geheimhaltung des Materials nicht verstehen. Wir werden ja erfahren, ob die Bergarbeiter im christlichen Lager die Meinung haben, daß die Regierung die Pflicht hatte, die Mitteilungen zu veröffentlichen, aus denen hervorgeht, daß die Klagen der Bergarbeiter berechtigt waren. Wenn es sich bei vertraulichen Mitteilungen um allgemeine Reichsinteressen handelt, stimme ich mit Giesberts überein. Wo liegt aber hier das Reichs- oder Staatsinteresse, wenn man verschweigen will, daß die Bergarbeiter recht haben und wenn man das Nullen im milderen Lichte erscheinen lassen will? (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Bei der vorgehenden Zeit habe ich nicht mehr die Meinung, auf Einzelheiten näher einzugehen, aber ich verspreche dem Herrn Geheimrat, daß ich noch viel aus den Geheimnissen der preussischen Regierung beibringen werde! In einem Augenblick, wo die Untersuchung noch gar nicht begonnen hatte, wurde dort bereits von der „Aufsicht der Bergarbeiter“ gesprochen. Ueber derartiges vertrauliches Material zu sprechen, halte ich nicht für einen Vertrauensbruch. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Auch ein Herr vom Zentrum ist derselben Ansicht. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Herr August Brust hat in aller Öffentlichkeit über dieses selbe vertrauliche Material gesprochen, wobei er nur die Namen der Rechen weggelassen hat. Doch das macht nichts, die gravierende Tatsache ist ja die, daß wir festgestellt haben, daß die Behauptungen der Bergarbeiter durch das offizielle Material geföhrt werden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Auch ist es nicht richtig, daß derartiges Material von der preussischen Regierung vertraulich behandelt wird. Wie käme denn sonst die Verginspetition dazu, die Zahlen über das Nullen alljährlich zu veröffentlichen? Nur wo es sich um die Befähigung der Arbeiterklagen handelt, da soll es plötzlich als vertraulich behandelt werden! (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Im allgemeinen Interesse will ich nur wünschen: hören Sie auf die Wünsche der Bergarbeiter und vergessen Sie nicht, daß auch der Bergarbeiter ein Mensch ist, der ein Recht hat auf Licht und Luft und Lebensfreude. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Giesberts (Z.):

Ich wiederhole, daß es nicht im Interesse der Bergarbeiter lag, die Diskussion in ein parteipolitisches Gesand ausarten zu lassen. (Zustimmung im Zentrum.) Bezüglich des vertraulichen Materials bleibe ich bei dem, was ich gesagt habe.

Abg. Bessermann (natl.): Die Vorwürfe des Abg. Sachse gegen die nationalliberale Partei sind unrichtig, wir haben 1900 unsere Bereitwilligkeit zu einem Reichsberggesetz ausgesprochen.

Abg. Schiffer (Z.): Der Abg. Hue hat dem Landtagsabgeordneten Brust vorgeworfen, er habe über die vertraulichen Mitteilungen der preussischen Regierung in der Kommission in öffentlicher Versammlung gesprochen. Ich habe Herrn Brust darüber betragt. Er hat mir ausweichend geantwortet (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.), aber er hat erklärt, er habe es schaff bedauert, daß es sich um vertrauliche Mitteilungen gehandelt habe und daß er deshalb nicht in der Lage war, darüber zu sprechen. Uebrigens wird er selbst Gelegenheit nehmen, sich gegen die Behauptungen Hues zu verteidigen.

Abg. Sachse (Soz.): Die Darstellung des Abg. Bessermann von der Haltung der nationalliberalen Partei in Sachen einer reichsrechtlichen Regelung des Bergrechts ist keineswegs in allen Punkten zutreffend. — Herr Giesberts erklärte, im Interesse der Bergarbeiter müßten Angriffe seitens der Sozialdemokratie auf das Zentrum unterbleiben. Die Logik ist nicht zwingend. Sie würde selbst nicht zwingend sein, wenn Zentrum und Sozialdemokratie als Parteien zusammengefaßt würden, was bekanntlich nicht der Fall ist. So gehen jetzt 3 A. die Wodparteien zusammen (Heiterkeit), wir haben aber doch schon oft genug Angriffe von Mitgliedern der Wodparteien auf andere Wodmitglieder erlebt. (Große Heiterkeit.)

Ein Antrag Singer (Soz.), Graf Hompesch (Z.) auf Vertagung wird angenommen.

Nächste Sitzung Montag, 1 Uhr (Viehsteuergesetz, Telegraphengesetz, Saedpeseh).

Schluß 3 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

18. Sitzung vom Sonnabend, den 18. Januar 1908, vormittags 11 Uhr.

Am Ministerische: Dr. Beseler, v. Arnim, Behr, v. Rheinbaben, v. Rolffe.

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist die dritte Beratung des Gesetzentwurfs über

Mafnahmen zur Stärkung des Deutschtums in den Provinzen Westpreußen und Posen.

Abg. Dr. Szumann (Pole) verliest namens seiner Fraktion eine Erklärung gegen die Vorlage, die in ihren Einzelheiten auf der Tribüne nicht zu verlesen ist und mit den Worten schließt: Was wir sind, wollen und werden wir bleiben. (Beifall bei den Polen.)

Abg. v. Demis (Oldenburg, fl.): Die Ausführungen des Abgeordneten Grafen Praschma waren in seiner letzten, rhetorisch so gut als Rede fast übertrieben. (Lebhafte Zustimmung im Zentrum und bei den Polen.)

Präsident v. Arndt: Meine Herren, regen Sie sich doch nicht so auf. (Große Heiterkeit.)

Abg. Demis (fortföhrend): Von den polnischen Soldaten unserer Truppe hört man heute viel öfter den Ausdruck „Deutscher Hund“ als „Lieber Gott“. (Lebhafte Zustimmung bei den Polen.) Wir haben mit der Verfohnungspolitik wiederholt Mißerfolge erzielt.

Abg. v. Rautter (l.) erklärt zur Geschäftsordnung, daß er entgegen einer Zeitungsnachricht in zweiter Lesung für die Vorlage gestimmt habe.

Abg. Dwyer (natl.) erklärt, daß er nicht, wie in der offiziellen Abstimmungsliste steht, gegen die Vorlage gestimmt habe, sondern bei der Abstimmung gar nicht anwesend gewesen sei.

Abg. Dr. Müller (Berlin, fr. Bp.): Wir bedauern, daß eine engherzige und kurzfristige Bureaukratie trotz der Mißerfolge auf dem eingeschlagenen Wege weitergehen will. (Sehr richtig! links.) Ich fühle so deutsch, wie irgend ein anderer. Freilich haben wir erlebt, daß Herr v. Rosjelski-Admiral als Reichsfreund und Deutschstimmiger als Minister hingestellt wurde, während man uns als Reichsfeinde bezeichnen. Heute fällt es niemand ein, das zu tun. Aber wir sind der Meinung, daß solche Mafnahmen, wie sie hier wieder geplant werden, nicht zur Stärkung, sondern zur Schwächung des Deutschtums führen, mindestens in moralischer Beziehung. Wir wollen den Frieden, einen ehrenvollen Frieden, aber der wird durch solche Politik nicht herbeigeföhrt. (Beifall

links.) Jeder, der Konserbativ fühlt, muß es auf das Heftigste bedauern, daß hier die Konserbativen für solche Vorlage stimmen. Es gibt doch auch zu denken, wenn ein Mann, wie der Herr Präsident v. Arndt, sich in solcher Frage von seiner Partei trennt! (Sehr richtig! links.)

Abg. Dr. v. Hildebrand (l.): Ich kann nur bemerken, daß man uns überlassen möge, zu entscheiden, was wir zu tun und zu lassen haben. Wir werden für die Beschlässe zweiter Lesung stimmen. (Beifall rechts.)

Abg. Graf Spee (Z.): Graf Praschma hat nur objektiv festgestellt, daß durch die Vorlage in unseren Augen die Verfassung verletzt wird. Wenn Herr v. Demis fragte: Wo bleibt der Staat? so ist das auch unsere Sorge. Wir sind der Ueberzeugung, daß eine solche Vorlage nicht im Interesse des Staates liegt; nach unserer Auffassung werden die Artikel 4 und 9 der Verfassung durch die Vorlage verletzt, deshalb werden wir gegen sie stimmen. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Lufensky (natl.) führt aus, daß die Vorlage nicht gegen die Verfassung verstoße. Auch in seiner Partei seien Bedenken gegen die Vorlage herorgetreten, man habe sie aber im Interesse des Staatswohls zurückgestellt. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. Marg (Z.): Wir müssen immer wieder darauf hinweisen, daß wir durch die Vorlage ganz bedeutende, grundsätzliche Bestimmungen der Verfassung als verletzt und angefochten ansehen. (Sehr richtig! im Zentrum.) Das Gesetz ist ein Ausnahmengesetz. Man spricht davon, daß das Interesse des öffentlichen Wohles die Vorlage notwendig mache. Wohin kommen wir aber mit der Entscheidung? Man sich nicht einmal eine Weisheit finden, die über die jetzige Auslegung des Begriffs „öffentliches Wohl“ weit hinausgeht? Dieser Begriff darf keine schrankenlose Auslegung erfahren. (Sehr richtig! im Zentrum.) Man geht hier weiter als die Verfassung und das Enteignungsgesetz von 1874. Dadurch, daß man der Anfechtungskommission das Enteignungsrecht verleiht, wird ein Eingriff in eine der heiligsten Bestimmungen der Verfassung vorgenommen. Wir beantragen mit Rücksicht darauf, daß durch die Vorlage eine Verfassungsänderung herbeigeföhrt wird, eine nochmalige Abstimmung über die Vorlage nach 21 Tagen, wie sie für solche Fälle von der Verfassung vorgesehen ist. (Lebhafte Zustimmung im Zentrum und links. Bischen rechts.)

Zustizminister Dr. Beseler: Die Staatsregierung ist nach wie vor der Ueberzeugung, daß ihr Rechtsstandpunkt der richtige ist. (Beifall rechts. Widerspruch im Zentrum und bei den Polen.) Die Staatsregierung ist der Meinung, daß eine abermalige Abstimmung, wie sie der Vortredner beantragt, nicht am Platze ist. (Beifall rechts.)

Der Antrag Marg auf nochmalige Abstimmung nach 21 Tagen wird gegen die Stimmen des Zentrums, der Polen und der Freisinnigen abgelehnt.

Bei der Abstimmung über die gesamte Vorlage erlören aus den Reihen der Polen Plurime.

Präsident v. Arndt: Es ist ganz unparlamentarisch, in diesem Hause der Weisheit des Hauses gegenüber Plurime auszusprechen. Wenn ich die Namen der Rufer wüßte, würde ich sie zur Ordnung rufen.

Die Vorlage im ganzen wird hierauf gegen die angegebene Mehrtheit angenommen.

Es folgt die

zweite Beratung des Etats der landwirtschaftlichen Verwaltung.

Bei den Einnahmen rügt

Abg. Gühling (fr. Bp.), daß der Etat nicht genügende Erläuterungen für die Uebertragung der Eisenbahnanlage auf dem Wagerbichhofe zu Friedrichsfelde von der Viehzentrale an die Eisenbahnverwaltung enthalte. Für die Zukunft bittet Redner um nähere Angaben, damit geprüft werden könne, ob derartige Geschäfte zu befürworten seien.

Die Einnahmen werden bewilligt.

Zu den Ausgaben, Titel 1: „Ministergehalt“, fragt

Abg. Kreth (konf.) den Minister nach den Ergebnissen der Bestrebungen auf Entschuldung des ländlichen Grundbesitzes und geht dann auf die Frage des Kontraktbruchs der ländlichen Arbeiter ein. Verschiedene Landwirtschaftskammern hätten sich für eine Bekräftigung des Kontraktbruchs ausgesprochen, die im Interesse der Landwirtschaft wohl notwendig sei. Jedenfalls würden sich die Konserbativen der Einführung des Koalitionsrechtes für die ländlichen Arbeiter mit aller Entschiedenheit widersetzen. (Beifall rechts.)

Minister v. Arnim:

Um eine Einführung des Koalitionsrechtes für die ländlichen Arbeiter denkt die Regierung nicht. (Beifall rechts.) Ein neues Gesetz gegen den Kontraktbruch der ländlichen Arbeiter würde wohl im Hause keine Aussicht auf Annahme haben. Die bestehenden gesetzlichen Bestimmungen,

insbesondere gegenüber den ausländischen Arbeitern,

sollen nach der Anweisung des Ministers des Innern streng gehandhabt werden. (Beifall rechts.)

Abg. Newoldt (fl.): wendet sich gegen das in neuerer Zeit immer mehr von der Sozialdemokratie aufgestellte Verlangen, den Landarbeitern das Koalitionsrecht zu gewähren. Die Gefahren, die die Gewährung eines uneingeschränkten Koalitionsrechtes mit sich bringen würde, seien ungeheuer groß, und der wirtschaftliche Schaden, den sie anrichten könne, sei unbedenkbar. Die soziale und soziale Ordnung sei durch ein Koalitionsrecht für Landarbeiter viel mehr bedroht als durch das Koalitionsrecht der Bergarbeiter. Der Ausschreitung der Bergarbeiter, die in den Industriegebieten zusammengeedrängt sind, könnten die Nachmittel des Staates viel mehr Herr werden, als etwaigen Ausschreitungen der über das ganze Land verstreuten Landarbeiter. (Beifall rechts.)

In den Städten haben die Behörden die Macht, etwaigen Ausschreitungen entgegenzutreten. Auf dem Lande ist das unmöglich. Hier können sich bewaffnete Banden bilden, die von Ort zu Ort ziehen, sich vor der bewaffneten Macht verbergen und die Arbeitswilligen zum Streik zwingen können.

Redner befürwortet einen Antrag der Budgetkommission, wonach die königliche Staatsregierung Mittel bereitstellen soll zur Unterstützung derjenigen Landwirte, namentlich in den Grenzgebieten, welche durch Sperrmafregeln, die im Interesse der einheimischen Viehzucht getroffen werden müssen, in ihrer Erziehung bedroht sind und wonach die Kosten für das infolge solcher Sperrmafregeln notwendige Untersuchen des Viehs auf die Staatskasse zu übernehmen sind!

Abg. Gühling (fr. Bp.): Meine Parteifreunde, die sich wiederholt für das Koalitionsrecht auch der Landarbeiter ausgesprochen haben, bedauern die ablehnende Haltung der Staatsregierung in dieser Frage. Wir erkennen aber die Schwierigkeiten des Landarbeiter-Koalitionsrechtes an und sind durchaus bereit, den besonderen Interessen des Landes Rechnung zu tragen. Gezweifelt hat uns, daß der Minister für Landwirtschaft eine besondere strafrechtliche Regelung des Kontraktbruchs der Landarbeiter abgelehnt hat. Eine solche weitere Differenzierung zwischen ländlichen und gewerblichen Arbeitern würde weitere Unzufriedenheit schaffen und die Abwanderung der Arbeitskräfte vom Lande in die Stadt verstärken, was wir auf das lebhafteste bedauern würden. Nach unserer Ansicht würde der Leutenot auf dem Lande am besten durch eine kräftige Anfechtungspolitik gesteuert werden.

Nach kurzen Ausführungen der Abgg. Wamhoff (natl.), Graf Spee (Z.), des Landwirtschaftsministers v. Arnim, der Abgg. Humann (Z.), Behr, v. Ebnatten (Z.), Dr. Weisig (Z.) und Goldschmidt (fr. Bp.) schließt die Debatte.

Der Titel „Ministergehalt“ wird bewilligt, ebenso eine Reihe weiterer Titel.

Darauf verläßt sich das Haus.

Nächste Sitzung: Montag, 11 Uhr (Fortsetzung der Beratung; Ostwärts- und Domänenetat).

Schluß 1/2 Uhr.

Parlamentarisches.

Die 18. Kommission des Reichstages (Vogelschutzgesetz) hielt eine Generaldebatte, in der die Redner im wesentlichen ihren im Plenum vorgetragenen Standpunkt vertraten. Der Vertreter des Bundesrats bezeichnet den Zweck der Gesetzesvorlage als eine Verpflichtung gegenüber der internationalen Konvention, nicht als die Verrichtung einer gründlichen Arbeit auf diesem Gebiete. Darauf sang der Vertreter Preussens das hohe Lied von der Wahrung der Reservatrechte in den bundesstaatlichen Jagdgesetzen und konstatierte auch bei diesem Anlasse, daß Preußen der Hemmschuh jeglichen Fortschrittes im Reiche ist. Die nächste Sitzung findet am 22. Januar statt.

Einlauf.

Erhebungen über die bestehenden Einrichtungen und Vorschriften zur Verhütung von Feuers- und Explosiongefährden im Bergbau.

Aus dem Reichstag:
Antrag Dr. Winter und Genossen (3);
Der Reichstag wolle beschließen:
der § 533 des Bürgerlichen Gesetzbuchs erhält folgenden zweiten Satz:

Die Ersatzpflicht tritt nicht ein, wenn der Schaden durch ein Hausfeuer verursacht wird, das dem Verursacher der Tätigkeit oder dem Unterhalter des Tierhalters zu dienen bestimmt ist, und entweder der Tierhalter die im Verkehr erforderliche Sorgfalt beobachtet hat oder der Schaden auch bei Anwendung dieser Sorgfalt entstanden sein würde.

Einlauf.

Aus dem preussischen Abgeordnetenhaus:
Antrag Graf v. Spee und Genossen:
Die kgl. Staatsregierung zu erlösen,
1. Mittel im Etat bereitzustellen zur Unterstützung derjenigen Landwirte — namentlich in den Grenzstrichen —, welche durch Sperrmaßregeln, die im Interesse der heimischen Viehzucht getroffen werden müssen, in ihrer Existenz bedroht werden,
2. die Kosten für infolge solcher Sperrmaßregeln notwendig gewordenen Viegen und Untersuchungen des Viehes auf die Staatsschätze zu übernehmen.

Zusammenfassung des Gesetzentwurfs über Maßnahmen zur Stärkung des Berufsstandes in den Provinzen Westpreußen und Polen mit dem vom Hause der Abgeordneten in der zweiten Beratung gefaßten Beschlüssen.

Bericht über die Ergebnisse des Betriebes der vereinigten preussischen und hessischen Staatsbahnlinien im Rechnungsjahre 1906.

„Schwerer Aufruhr“ in Oberschlesien.

Vor dem Schwurgericht in Reuschen (Oberschl.) gab es dieser Tage ein Nachspiel zum ober-schlesischen Bergarbeiterstreik vom Sommer vergangenen Jahres. Des schweren Aufruhrs beschuldigt waren der 36 Jahre alte Bergmann Pajont und der 19 jährige Schlepper Cofalka. Sie standen ursprünglich mit anderen Kameraden vor dem Landgericht, des Aufstands (§ 116 des Reichsstrafgesetzbuchs) angeklagt, das Landgericht sah im Verhalten der beiden aber das Verbrechen des Aufruhrs und sie selbst als Häufelführer an und erklärte sich für unzuständig, so daß nunmehr bürgerliche Richter über das Schicksal der beiden „schweren Verbrecher“ zu entscheiden berufen wurden. Was hatten die also mit bis zu zehn Jahren Zuchthaus bedrohten, die seit Monaten in Untersuchungshaft saßen, begangen? Nach der Anklage sollten sie am Abend des 2. August v. J. mit einzufahren, auf dem Grubenhof vor dem Schächtingang mit anderen zusammengetreten haben, den Ploß erst verlassen haben, als sie mit anderen von der Polizei vom Grubenhof fortgedrängt wurden, draußen vor dem Tor aber der Polizei dann lässlichen Widerstand leistet, andere zum Widerstand aufgereizt haben. Die Angeklagten bestritten ihre Schuld entschieden. Sie gebieten gar nicht zu den Streikenden und wollten auch am fraglichen Abend zur Nachtsicht einfahren, zögerten damit aber, als sie am Schächtingang Streitende fanden, von welchen sie Prügel fürchteten. Sie sind nach ihrer Behauptung sogleich nach der Aufforderung des Berginspektors an die Nachtsicht einfahrenden, den Grubenhof zu verlassen, fortgegangen, draußen aber von Polizeibeamten gefaßt und geschlagen und, ohne daß sie irgendeinen Widerstand leisteten, verhaftet worden. Auf der Polizeiwache wollten sie dann noch erheblich mißhandelt worden sein, auch wurden dem Pajont die Handschellen so stark angezogen, daß er laut schrie.

Nach den Aussagen der Beamten der in Betracht kommenden (fiskalischen) Steinlohngrube „König“ (Königshütte) waren die Vorgänge auf dem Grubenhof an jenem Abend recht harmloser Natur. Allerdings wurden einzelne der Ausfahrenden von Streikenden durch höhnische Rufe belästigt, sonst aber war alles ruhig. Der Berginspektor Steiner forderte denn auch den mit einem Trupp Beamten auf dem Grubenhof zur Wiederherstellung der Ordnung erscheinenden Polizeinspektor von Königshütte auf, den Ploß zu verlassen, da er, wie Zeuge vor Gericht erklärte, vermeiden wollte, daß die Leute durch das Einschreiten der Polizei nur gereizt und erregt wurden. Dies verständliche Verhalten des Berginspektors hat ihm, wie sich auch in der Schwurgerichtsverhandlung zeigte, die Polizei sehr übel genommen und auch der Staatsanwalt konnte es sich nicht verpassen, den königlichen Bergwerksbeamten ob seiner entschiedenen Ablehnung polizeilicher Hilfe sanft zu tadeln. Wäre der Herr Berginspektor nur bei seiner Ablehnung geblieben, es wäre kaum zu irgendeinem „Aufruhr“ gekommen. Aber als die Zahl der nicht einfahrenden Bergleute auf dem Grubenhofe sich erheblich vergrößerte, ließ er die sich im übrigen ganz ruhig verhaltenden Leute, weil sie nicht gleich der Aufforderung eines Steigers, fortzugehen, gefolgt waren, mit polizeilicher Hilfe vom Hofe treiben. Und nun begann die Polizei eine Attacke auf die Hinmissetriebenen, die sich mit den vor der Grube stehenden zu einem Haufen von angeblich 600 bis 700 Menschen vereinigen und der Polizei Widerstand leisten, als diese die Leute nach der Stadt zu treiben wollte. Der Polizeinspektor schilderte vor Gericht mit dem Gebahren eines großen Schlachtenführers, wie er die Waffe in mehrere Teile sprengte und diese in verschiedenen Richtungen treiben ließ. Dabei sollen mehrere Ziegelsteine aus dem Haufen geflogen sein, ohne aber nennenswerte Verletzungen der Beamten herbeizuführen. Dem Angeklagten Pajont wird von einigen Beamten vorgeworfen, daß er als einer der letzten vom Grubenhofe gedrängt wurde und draußen gegen die Beamten einige Drohworte aussprach, doch kann niemand angeben, wie diese Worte lauteten.

Das ist in der Tat alles, was die Weisenaufnahme, die Aussage von zwölf polizeilichen Zeugen, gegen diesen „Häufelführer bei einem Aufruhr“ zutage förderte.

Bzüglich des anderen „Häufelführers“, des 19 Jahre alten Cofalka, behauptete ein Polizeibeamter, daß jener ihm den Helm vom Kopfe gerissen und geschimpft, auch die Menge zum Weichen aufgefordert habe! Der angegriffene Beamte kam nicht zur Verhaftung seines Angreifers, gab aber Befehl, ihn „den Mann in dem besten Anzug“ zu greifen und zur Wache zu schaffen. Auch in der Schwurgerichtsverhandlung behauptete der Zeuge, Cofalka, den er genau wiedererkenne, habe einen hellen Anzug getragen, während dieser durch andere Zeugen bewiesen, daß er an jenem Abend einen schwarzen Anzug getragen hatte. Andere polizeiliche Zeugen bezeichneten die Farbe des Anzugs als grau, grünlich, grünlich, einer behauptete, ein gefärbtes Wäster gesehen zu haben — alles an einem Sommerabend nach 9 Uhr, bei ungewöhnlich künstlichem Licht, in einer mitwagenden Menschenmenge. In das Polizeigefängnis aber wurde C. nach Aussage des Gefängnisbeamten in einem dunklen Anzug eingekerkert!

Reiz der mehr wie dürftigen Ergebnisse der Weisenaufnahme hielt der Staatsanwalt die Anklage aufrecht und milderte sie nur insofern, als er den älteren der beiden Angeklagten nicht mehr als Häufelführer, sondern nur noch als einfachen Aufreißer ansehen wollte. Eine Urkunde zum Streik konnte der Staatsanwalt nicht erkennen, die fiskalischen Gruben zahlten die höchsten Löhne

in Oberschlesien, und deshalb habe dieser Streik „ein ganz außerordentliches Maß von Unzufriedenheit der Arbeiter gezeigt!“ Und während die schwächlichen armenlichen Gestalten der beiden ober-schlesischen Proleten auf der Anklagebank immer mehr in sich zusammenkauften, ihre blauen, stumpfen Gesichter sich immer mehr vornüberneigten, rollten die Donnerworte des Staatsanwalts über ihre Köpfe hinweg in den Saal und gaben ein schmerzhaftes Bild von den Gefahren, welche Staat und Gesellschaft bedrohten, wenn solche Verbrecher nicht von der ganzen Schwere des Strafgesetzes betroffen würden. Die Bemühungen der Verteidigung, der Anklage die Grundlage insofern zu entziehen, als es sich bei jener Ansammlung von Menschen auf und vor dem Grubenhof keineswegs um eine öffentliche Zusammenrottung im Sinne des § 116 des Reichsstrafgesetzbuchs, sondern nur ein Zusammenströmen von Neugierigen, also höchstens um einen Auflauf gehandelt habe, bereitete der Vorsitzende des Gerichts in seiner Rechtsbelehrung an die Geschworenen mit der juristischen Darlegung, daß die strafbare öffentliche Zusammenrottung nicht von vornherein vorhanden sein müsse, sondern während und nach der Ansammlung durch eine inzwischen entstehende rechtswidrige Absicht der Versammlung entstehen, diese zu solchen strafbaren Zwecken zusammenhalten könne. Die bürgerlichen Geschworenen, meist aus Unternehmern, Bergwerksbeamten usw. bestehend, sprachen das Schuldig über beide Angeklagte aus und verneinten nur die Häufelführerschaft. Das Gericht verzurteilte darauf den 19 jährigen Cofalka wegen Aufruhrs zu 1 Jahr 3 Monaten, Pajont zu neun Monaten Gefängnis.

Derartige Urteile wirken naturgemäß aufreizend und lähmern hoffentlich den leider noch der modernen Arbeiterbewegung fern stehenden die Notwendigkeit, der Organisation beizutreten, ein.

Soziales.

Der Breslauer Kommunalratsmann auf sozialpolitischen Pfaden hat schon manchen Burzeltod gekostet. Am vorigen Donnerstag ergallerte er mit einer neuen Leistung. Eine schon vor vielen Monaten eingebrachte Vorlage über neue Bedingungen für die Verrichtung von häuslichen Arbeiten und Lieferungen gelangte in der in diesen Tagen abgehaltenen Sitzung der Stadtverordneten zur Verabschiedung. Und woran lag es, daß die Breslauer Stadtväter so viele Monate und so eingehende Beratung brauchten, ehe sie zu einem Entschlusse kamen? Unsere Genossen im Stadtparlament der schlechten Hauptstadt hatten die Aufnahme der „ausländischen Lohnknecht“ in die Bedingungen beantragt, nach der die Ausschließung von der Berücksichtigung solche Unternehmer zu gewährleisten hätten, von denen bekannt sei, daß sie in ihren Betrieben eine über das übliche Maß hinausgehende Arbeitszeit eingeführt haben, oder unter dem oris- und berufssüblichen Tageslohn zurückbleibende Löhne zahlen, oder bestehende Tarifvereinbarungen nicht anerkennen, oder Gegenstände, deren Herstellung in Werkstätten möglich ist, in Heimarbeit vergeben, oder ausländische Arbeiter zu ungünstigeren Bedingungen als einheimische beschäftigen.

Mit großer Einmütigkeit lebten die vereinten konfessionslosen und liberalen Rektionäre diese Anträge ab und beschloßen nur, daß den an häuslichen Arbeiten und Lieferungen beschäftigten Arbeitern der oris- und berufssübliche Lohn zu zahlen ist.

Eine Provokation Arbeitsloser.

In der Stadtverordnetenversammlung zu Magdeburg kam es am Donnerstag zu stürmischen Auseinandersetzungen zwischen sozialdemokratischen und bürgerlichen Stadtverordneten. Unsere Genossen hatten gelegentlich der Generaldiskussion über den häuslichen Etat einen Antrag eingebracht, Kostensparmaßnahmen vorzunehmen zu lassen und den Magistrat zu erlösen, zur Anbahnung einer dauernden Bekämpfung der durch Arbeitslosigkeit hervorgerufenen Not über die bisherigen Erfahrungen auf dem Gebiete der kommunalen Arbeitslosenversicherung Mitteilung zu machen. Die Zuhörertribünen waren größtenteils durch Arbeitslose überfüllt. Genosse Weiss begründete in schlauester Weise den Antrag. Nach ihm sprach dann der nationalliberale Justizrat Stern, der geradezu unerhörte Angriffe gegen die Arbeiter richtete. Er erklärte sich zwar mit der Vornahme der Kostensparmaßnahmen einverstanden, wollte aber die Arbeitslosen dabei ausgenommen wissen, die nicht arbeiten wollten, nicht konnten, Saisonarbeiter seien und daher in Zeiten der Arbeit weise Sparsamkeit üben müßten, und solche, die durch unzureichende Arbeitslohngelegenheit von sich gewiesen hätten. Die vom Genossen Weiss gerügte Bevorsugung ausländischer Arbeiter hielt er für gerechtfertigt, da diese gewandter und fleißiger seien als die deutschen. Daß diese provokatorischen Ausführungen auf der Tribüne mit lebhaftem Protest aufgenommen wurden, lag auf der Hand. Der Vorsitzende drohte mit Räumung der Tribünen und führte diese auch aus, als sich die Protestrufe wiederholten — wiederholten mühten — bei den Ausführungen des Mittelständlers Brüggemann, der den Justizrat Stern noch zu übertrumpfen suchte und sich in Beleidigungen der Arbeiter und ihrer Rührer erging. Magistratsbeamte und ein Schuhmann mußten die Tribünen räumen, was sich seit Jahrzehnten nicht ereignet hatte. Nach wieder eröffneter Sitzung setzte Justizrat Stern seine Angriffe fort. Er behauptete, es läge Methode in den Demonstrationen (die doch von ihm herbeigeführt worden waren!) und erklärte, nötigenfalls werde solchen Demonstrationen mit den äußersten Gewaltmitteln entgegengetreten werden. Als Genosse Weiss diese Schornmadereien zurückwies und namens der sozialdemokratischen Stadtverordneten ehrenwörtlich versicherte, daß niemand von ihnen eine Abnung von einem so starken Befehl der Tribünen durch Arbeitslose gehabt habe, erschall in den Reihen der Bürgerlichen Gelächter! Genosse Weiss sprach den Stadtverordneten, die so sein Ehrenwort anweifelten, jeden Anstand ab, wofür er einen Ordnungsruf erhielt. Trotzdem wiederholte Justizrat Stern indirekt die Anweisung der ehrenwörtlichen Versicherung, und der Stadtverordnete Krugenstein nannte sie gar eine Farsche. Der Vorsitzende erteilte auch dem letzteren einen Ordnungsruf. Mit Recht betonte Genosse Landsberg zum Schluß, daß man die Bürgerlichen an ihr Verhalten werde erinnern können, wenn sie einmal wieder den Sozialdemokraten Rangel an Anstand vorwerfen würden.

Die Provokationen des Justizrats Stern werden Gegenstand einer Versammlung der Arbeitslosen sein, die am Dienstagvormittag stattfinden soll.

Der Kostensparantrag unserer Genossen wurde dem Magistrat zur Erwägung und Rückäußerung überwiefen.

Aus Industrie und Handel.

Firma Krupp.

In der Abteilung „Wachdrucker“ werden in letzter Zeit Ueberstunden gemacht, trotzdem bei Krupp die Arbeitszeit bereits 1 1/2 Stunden länger ist, als in den tarifgetreuen Wachdrucker Deutschlands, zu denen die Wohlhabendsten natürlich nicht gehört. Der Betriebsführer der Wachdrucker meinte: Die Arbeiter hätten die Ueberstunden ohne Vergütung zu leisten! Im anderen Falle aber macht die Firma den Arbeitern, die fünf oder zehn Minuten zu spät zur Arbeit kommen, Lohnabzüge. Auch sind den Wachdruckern die bisher üblichen Ferien im Sommer bis auf drei Tage bekannt worden. Schließlich erhält der größte Teil der Wachdrucker, welche die „Ehre“ haben, für die Millionenfirma zu arbeiten, den Minimumlohn. — In dem Betrieb Hefschlamm der Firma Krupp ist ein 20 prozentiger Lohnabzug festgelegt worden. Schloßer verdienen 3,50 bis 4 M. pro Schicht. Begründet werden diese Abzüge mit dem Bemerkten, man müsse konkurrenzfähig bleiben. Wenn es Ihnen nicht paßt, können Sie ja gehen, das ist die Antwort, die die Arbeiter bei jeder Gelegenheit hören. Insofern handelt die Firma wenigstens konsequent, daß sie die Beamten ebenso be-

handelt als die Arbeiter. Fragte da kürzlich ein verheirateter Telegraphist, der bei dem königlichen Bedarf von 135 M. monatlich Tag und Nacht dem Will der Herren Vorgesetzten Folge leisten muß, ihm den Lohnabzug für die Telegraphisten-Uniform zu sünden, da er — es war vor Weihnachten — etwas Geld für seine Familie brauche. Das Geizhals wurde ohne Begründung abgelehnt. Die Uniform, die der Beamte selbst bezahlen muß, wird nur getragen, wenn hohe fürstliche Personen das Werk besuchen. — Andere Beamten gingen, als sie erfahren hatten, daß es in diesem Jahre trotz der getauigten Ueberflüsse der Firma keine Weihnachtsgeschenke gäbe, mit einer Liste herum, um Unterleuten zu sammeln für die Gewährung einer Teuerungszulage. Mehrere von diesen Beamten, die es wagten, etwas zu verlangen, wurden in der Gehaltsklasse zurück, andere strafverurteilt. — Neuerdings ist angeblich wegen Mangel an Aufträgen, in der 7. und 9. Kanonenwerkstatt, in der ausschließlich kleinstaltriges Geschütz bearbeitet wird, der Achtstundentag eingeführt worden. Vor längerer Zeit ist derselbe bereits in einer ganzen Reihe Lokomotivwerkstätten, sowie in den Oberbetrieben Rippert und v. d. Linde eingeführt worden.

Rasche Entwicklung einer Exportindustrie.

Mitte der 90er Jahre wurde der Wert der jährlichen Spielwarenproduktion auf 70 Millionen Mark geschätzt, wovon etwas mehr als die Hälfte zur Ausfuhr gelangte. Seitdem ging es rasend vorwärts. 1892 bezifferte man den Spielwarenexport auf 27,6 Millionen Mark, 1896 auf 40, 1899 auf 43, 1900 auf 53,4, 1906 auf 70,5 und 1907 dürften es schon 76 Millionen sein, wenn nicht mehr. So stark wie die Ausfuhr, die in den letzten 15 Jahren um etwa 117 Proz. gestiegen ist, hat der Abfall in Deutschland nicht zugenommen. Aber immerhin hat sich der Verbrauch auch da recht befriedigend entwickelt. Den ursprünglichen Zentren der Industrie in Nürnberg-Fürth, Sonneberg und im schlesischen Erzgebirge, die hauptsächlich den Export versorgen, haben sich neue Gebiete in Schlesien, Brandenburg und der Rheinprovinz gesellt, die fast ausschließlich für den Inlandsbedarf arbeiten. Während man die Gesamtproduktion für 1906 mit 115 Millionen Mark bewertet, schätzt man den Ausfuhrwert auf über 70 Millionen, so daß also für 40—45 Millionen auf den heimischen Konsum entfiel.

Die Kartoffelpreise zeigen seit Monaten eine stark steigende Tendenz.

In Berlin, wo Mitte Dezember 1 Doppelzentner Speisekartoffeln erst 5,50 M. kostete, müssen jetzt 6,50 M. für 1 Doppelzentner bezahlt werden. In einigen anderen wichtigeren Handelsplätzen stellen sich die Doppelzentnerpreise in Mark wie folgt:

	Mitte Dezember	Mitte Januar
Königsberg	4,40	4,40
Danzig	4,80	4,80
Stettin	4,00	4,00
Böfen	4,00	3,60
Breslau	3,00	3,40
Magdeburg	3,50	4,00
Leipzig	4,30	4,20
Hamburg	5,40	5,40
Duisburg	5,80	5,60
Mannheim	5,30	5,40

Die Aufwärtsbewegung der Preise ist um so auffälliger, als von dem Mehrertrag des einheimischen Kartoffelbaues abgesehen, auch die Zufuhren vom Auslande geringfügig sind. Es wurden in den ersten elf Monaten 1907 3 219 852 Doppelzentner Kartoffeln eingeführt gegen 2 546 686 Doppelzentner in der gleichen Zeit 1906. Auch durch die Bewegung der Ausfuhr wurde das Angebot am Inlandsmarkt noch vermindert; die Ausfuhr von Kartoffeln sank von 1 504 063 Doppelzentnern in den ersten elf Monaten 1906 auf 991 723 im Jahre 1907.

Baumwollkonsum der Welt.

Mächtig wie der Aufstieg der chemischen, elektro-technischen und Eisenindustrie ist auch die Entwicklung der Baumwollfabrikation. Nach den neuesten Schätzungen stellt sich (bis 31. August 1907) die Spindelzahl wie folgt:

	1906/7	1906/8	1904/5	1903/4
Großbritannien	52 000	50 000	48 600	47 500
Europäisch. Kontinent	35 800	35 500	35 000	34 600
Vereinigter Staaten	25 924	24 781	24 073	23 214
Ostindien	5 400	5 294	5 163	5 118
Japan	1 800	1 451	1 388	1 349
China	650	625	620	610
Kanada	800	775	750	716
Wegilo	700	675	675	650
Zusammen	122 888	119 101	116 169	113 757

In diesen vier Jahren vermehrte sich also die Spindelzahl um nicht weniger als 8 Millionen, am stärksten im Jahre 1906 und 1906/07. Am erheblichsten war die Vermehrung in Großbritannien und in den Vereinigten Staaten, wo der Baumwollkonsum am leichtesten zu befriedigen ist. Der Umfang des letzteren (wobei die verbrannte oder sonstwie zugrunde gegangene Ware mitgerechnet ist) wird folgendermaßen geschätzt (in 1000 Ballen):

	1906/7	1905/6	1904/5	1903/4
Großbritannien	3900	3774	3620	3617
Europ. Kontinent	5460	5232	5148	5148
Vereinigter Staaten	4950	4726	4310	3908
Ostindien	1900	1530	1473	1387
Japan	925	874	755	693
Kanada	125	119	130	89
Andere Länder	46	54	105	88
Zusammen 17 000	16 329	15 541	13 310	
Im Durchschnitt pro Woche 327	314	289	275	

Da die Weltweite an Baumwolle sich in den Jahren 1906 auf zirka 18,5 Millionen, 1905 auf 15,7 Millionen, 1904 auf 17,0 Millionen und 1903 auf 14,1 Millionen Ballen belief, so ergab sich gegenüber dem Weltverbrauch 1903/4 ein Ueberschuß von 151 000 Ballen, 1905/6 von 683 000 Ballen und gegenüber den Jahren 1904/5 und 1906/7 Ueberflüsse von 2 402 000 und 1 572 000 Ballen.

Finanzneuausfall. Aus New York wird gemeldet: Ein amtlicher Bericht teilt mit, daß vom 22. August bis 9. Dezember 1907 die Einkünfte der Trustkompagnie sich um 392 Millionen Dollars vermindert haben.

Vom Kohlenmarkt. Das Beharren der Kohlenpreise auf ihrem bisherigen Niveau und die weitere ungünstige Gestaltung unserer wirtschaftlichen Lage beschäftigt seit geraumer Zeit viele Leute, die auf den Verbrauch von Kohlen in ihrem Gewerbebetriebe angewiesen sind. Da, wo man nicht allein auf den Verbrauch deutscher Kohlen angewiesen ist, sondern wo auch englische Kohlen leicht erreichbar sind, hat man schon bisher von dieser Gelegenheit ausreichend Gebrauch gemacht. Neuerdings hat der preussische Landesbahndirektor bekanntlich bestritten, daß der Kohlenstoff für Kohlen einschließlich Bricketts und Koks für ein Jahr allgemein eingeführt werden möge. Das bedeutet, daß der Kohlenstoff, der bisher nur für die Ausfuhr von deutscher Kohle und Koks in Geltung war, in Zukunft auch für die Einfuhr auswärtiger Kohle Anwendung finden soll. Es fragt sich nun, inwiefern diese Maßnahme zu einer veränderten Situation auf dem deutschen Kohlenmarkt führen kann. Das Rheinisch-Westfälische Kohlen Syndikat hat, wie bekannt, beschlossen, seine Preise auch im laufenden Jahre aufrecht zu erhalten. Ob es diesen Beschluß durchführen kann, hängt in der Hauptsache davon ab, ob die vermehrte Einfuhr englischer Kohlen dadurch möglich gemacht wird, daß der englische Kohlenpreis wesentlich zurückgeht und unter Vermittlung des Kohlenstoffes einen vermehrten Verbrauch englischer Kohlen in Deutschland hervorruft.

Unter diesen Umständen sind die Zahlen interessant, die sich auf die Ausfuhr englischer Kohlen nach dem Kontinent beziehen. Diese

Rahlen stellen die Hamburger Beiträge für die Monate Januar bis November des vergangenen Jahres auf Grund englischer Angaben zusammen. In diesem Zeitraum wurden von England exportiert:

	1906	1907
nach Deutschland	6 978 826 Tonnen	9 284 723 Tonnen
„ Holland	2 008 702	3 578 963
„ Belgien	1 286 427	1 409 281
	10 271 455 Tonnen	14 252 966 Tonnen

Die Zufuhr nach Holland bedeutet gleichfalls zum größten Teil direkte Zufuhr nach Deutschland oder wenigstens Ertrag deutscher Kohlen in Holland durch englische und man kann somit annehmen, daß die Steigerung der gesamten englischen Kohlenausfuhr um beinahe 4 000 000 Tonnen (genau 3 981 511 Tonnen) mehr oder minder auf Deutschland entfällt.

Aus der Frauenbewegung.

Genossin Zeitlin spricht

In der nächsten Woche in drei Versammlungen über die Wahlrechtsfrage. Die Dienstags-Versammlung findet statt in Kellers Festsaal, Koppentstraße 29, die Versammlung am Mittwoch in Miems Festsaal, Hasenheide und die Freitagsversammlung bei Basskämmer in der Badstraße.

Liberaler Redereien.

In der neuesten Nummer des bürgerlichen Frauenorgans „Die Frauenbewegung“, versucht eine Leitartiklerin dem verblödeten Freisinn auf die Strümpfe zu helfen. Sie berichtet über eine vom Sozialliberalen Verein in Berlin veranstaltete Versammlung und sagt da u. a.:

„Der Redner (Gothel) warnte Liberalismus und Sozialdemokratie in Hader miteinander zu liegen, sich ewig alte Sünden vorzuwerfen, anstatt Schulter an Schulter für Volkrechte zu kämpfen und dem Junkertum und der von diesem abhängigen preussischen Regierung den Krieg bis aufs Messer zu erklären. Die Rede schlug mächtig ein, minutenlangem Beifall lobte den Redner für seine mutigen, sachlichen und so warmen Worte.“

In der Diskussion sprachen zwei Sozialdemokraten und zwei Vertreter des entschiedenen Liberalismus: Dr. Girsch, Stadtverordneter aus Charlottenburg, und Herr Müller als Mitglied des Vorstandes der sozialdemokratischen Partei — Dr. Barth und Herr v. Verlach als Liberale.

„Gern konstatieren wir, daß die beiden Sozialdemokraten fast durcheinander in maßvoller Weise sich ausdrückten, sie erforderten den ganzen Ernst der Situation und erklärten, die Arbeiterschaft werde mit dem entschiedenen Liberalismus in dieser Wahlfrage zusammengehen können.“

Es wird hier der Anschein erweckt, als ob der Abg. Gothel als Helfer in der Not auf dem Plane erschienen sei, um neben dem Liberalismus auch die Sozialdemokratie auf den rechten Weg zu führen. Bei den liberalen Damen stellt sich augenscheinlich die Begeisterung für die zu erwerbenden Rechte weit zurück hinter der Sucht, dem unzuverlässigen Liberalismus Liebedienste zu leisten. Schon vor Monaten hat Genosse Singer offiziell erklärt, die Sozialdemokratie werde den Liberalismus nachdrücklich unterstützen, wenn er den Kampf gegen das Dreiklassenparlament aufnehmen werde. Was hat der Liberalismus aber getan? Er hat der Sozialdemokratie bei ihrem Kampf fortgesetzt Knäpfe zwischen die Weine gerieben. Zu keiner Stunde war es den Liberalen verwehrt, sich an den von der Sozialdemokratie veranstalteten Aktionen zu be-

teiligen. Anstatt das zu tun, haben sie geschimpft und gelästert und tun es jetzt noch. Die Sozialdemokratie hat die Liberalen nie daran gehindert, den Kampf gegen das Junkerparlament zu organisieren, im Gegenteil, sie hat versucht, sie in den Kampf hineinzuziehen. Bis zur Stunde sind noch alle Versuche vergebens gewesen. Die Liberalen sollen nur anfangen zu stürmen, die Arbeiterschaft wird nicht zu Hause bleiben. Aber darauf kommt es den Liberalen gar nicht an. Wer zwischen den Zeilen zu lesen versteht, merkt den Stachel der Leugnung. Die Sozialdemokratie soll den Liberalen als Steigbügel für die nächste Landtagswahl dienen. Wir meinen, wirklich fortschrittliche Frauen hätten wichtigeres zu tun, als der Blockpartei Dienstleistungen zu spielen. Wie stellen sich die Liberalen zum Frauenwahlrecht für die gesetzgebenden Körperschaften und für die Kommunalvertretungen? Das ist die Frage, die den Freisinnigen zunächst vorzulegen ist. Können oder wollen sie diese Frage nicht unabweisend zufriedenstellend beantworten, dann kann keine Frauenorganisation, die es ernsthaft meint mit der Eroberung der Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts, sich bedingungslos ins Schlepptau des Liberalismus begeben.

Weshalb organisiert das Zentrum die Diensthöfen?

Zu Bochum hat Frau Justizrat Trimborn, wie es in der „Kölnischen Volkszeitung“ heißt: Genablin des in der Sozialpolitik führenden Zentrumsabgeordneten Karl Trimborn, eine Rede über die Organisation der Diensthöfen gehalten. Sie bezeichnete es — nach dem Bericht des genannten Blattes — für die Katholiken als dringend notwendig, sich mit der Diensthöfenfrage zu beschäftigen, da seitens der Sozialdemokratie die Ideen der Unzufriedenheit auch unter die Diensthöfen getragen würden.

Mit anderen Worten: wenn die Sozialdemokraten nicht begonnen hätten, die weiblichen Hausfrauen aufzurütteln, würde auch das Zentrum die Finger von der Sache gelassen haben — gleichviel, wie miserabel es den Diensthöfen auch geht. Es ist gut, daß die Christen zeitweise so unvorsichtig sind zu verfahren, was es im Grunde mit ihrer „Nachstenliebe“ und „Arbeiterfreundschaft“ auf sich hat.

Eine Frau als Kandidatin für den Landtag in Böhmen.

Ende Februar finden in Böhmen Neuwahlen für den Landtag statt auf Grund des alten Kurienwahlrechts, welches die Arbeiterschaft vollkommen von der Vertretung ausschließt. Die tschechische und deutsche Sozialdemokratie, welche bei den Reichsratswahlen unter dem allgemeinen und gleichen Wahlrecht mehr als ein Drittel aller abgegebenen Stimmen erhalten hat, ist mit einem gemeinsamen Wahlausruf in den Kampf getreten, in welchem namentlich die Notwendigkeit einer Reform für den Landtag betont.

Sonntag, den 12. d. M. fand nun in Prag eine Landeskonferenz der tschechischen Sozialdemokratie statt, welche beschloß in allen tschechischen Wahlbezirken Kandidaten aufzustellen. Die Kandidatenliste wurde sofort fertiggestellt. Bemerkenswert ist, daß sich auf der Kandidatenliste auch eine Frau, die Genossin Steiner, befindet. Es ist dies das erste Mal, daß in Oesterreich auch eine Frau für eine gesetzgebende Körperschaft kandidiert. Die tschechische Sozialdemokratie will hierdurch eine Offenbar von dem Gesetzgeber sicher nicht beabsichtigte Lücke des böhmischen Landtagswahlgesetzes ausnutzen, um ihre Programmforderung des Frauenwahlrechts so deutlich als möglich hervorzuheben. Die Chancen des Wahlsieges sind natürlich bei dem Umstande, daß das Wahlrecht an eine direkte Steuerleistung von acht Kronen gebunden ist, ganz minimal. Es handelt sich bei der Auffstellung der Kandidaten jetzt hauptsächlich darum, einem jeden Wähler Gelegenheit zu bieten, durch Abgabe seines Stimmzettels für

einen sozialdemokratischen Kandidaten Protest zu erheben, gegen das Kurienwahlrecht, welches das Land an den Rand des finanziellen Bankrottes gebracht hat. Die Sozialdemokratie beider Nationen in Böhmen ist entschlossen, dem neugewählten Landtage in kurzer Zeit eine Wahlreform abzurufen.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Niederbarnim, Dienstag, 21. Januar, in Weihensee im „Prälaten“, Ledder-Strasse 122: Kreisversammlung.
Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg, Mittwoch, den 22. Januar, 8 Uhr, in Schöneberg bei Objt, Reiningen Strasse 8: Kreisversammlung der Frauen des Kreises Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg. Tagesordnung: Jahresbericht, Neuwahl der Kreisvertrauensperson und der Ortsvertrauensperson von Schöneberg. Vortrag: Reichstagsabgeordneter Fritz Zubeil.

Kautschuk Marktbericht der städtischen Markthallen-Direktion für den Großhandel in den Zentral-Markthallen. Markttag: Freitag, 19. Januar, 10 Uhr. Preise: Kautschuk, gut, 100 kg 100.00, Kautschuk, schlecht, 100 kg 95.00, Kautschuk, sehr gut, 100 kg 105.00, Kautschuk, sehr schlecht, 100 kg 90.00, Kautschuk, mittel, 100 kg 100.00, Kautschuk, sehr mittel, 100 kg 95.00, Kautschuk, sehr sehr gut, 100 kg 110.00, Kautschuk, sehr sehr schlecht, 100 kg 85.00, Kautschuk, sehr sehr mittel, 100 kg 105.00, Kautschuk, sehr sehr sehr gut, 100 kg 115.00, Kautschuk, sehr sehr sehr schlecht, 100 kg 80.00, Kautschuk, sehr sehr sehr mittel, 100 kg 110.00.

Witterungsübersicht vom 18. Januar 1908.

Stationen	Barometer	Wind	Wolke	Temp. in 1 m	Stationen	Barometer	Wind	Wolke	Temp. in 1 m
Swinemünde	764.8	4 bedeckt	5	1.0	Dachau	735.6	2 bedeckt	5	-5
Hamburg	767.8	4 bedeckt	5	1.0	Berksburg	753.8	1 bedeckt	5	-9
Berlin	767.8	1 bedeckt	4	1.0	Seibitz	770.8	3 bedeckt	5	10
Frankfurt	772.8	2 bedeckt	0	1.0	Aberdeen	763.8	1 bedeckt	5	4
München	773.8	2 bedeckt	0	1.0	Wien	771.8	1 wolkenl.	5	-2
Wien	771.8	1 bedeckt	1	1.0					

Wetterprognose für Sonntag, den 19. Januar 1908. Etwas kühler, zeitweise heiler, aber veränderlich mit geringen Niederschlägen und ziemlich frischen westlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten

Wasserstand	am 17. 1.	am 18. 1.	Wasserstand	am 17. 1.	am 18. 1.
Wemel, Mühl	288.2	+2	Saale, Großk.	150	+10
Bregel, Jüterburg	87.2	+3	Saale, Spandau	103	+7
Beigels, Thurn	220.2	+2	Saale, Rathen	151	+3
Oder, Ratib.	124.2	-8	Spre, Spremberg	100	0
„ Krossen	146	+8	„ Beeskow	155	0
„ Frankfurt	270.2	+2	„ Wittenberg	10	+3
„ Schramm	172	+4	„ Rind.	10	+14
„ Landsberg	105.2	-2	„ R. Magd.	280	0
„ Weh.	112.2	+2	„ R. Magd.	94.2	+12
„ Eibe, Zeitz	-39	-5	„ R. Magd.	82.2	-1
„ Dresden	-164.2	+4	„ R. Magd.	18	+5
„ Barm.	92.2	0	„ R. Magd.	78	+7
„ Magdeburg	90	+5			

+) + bedeutet Hoch. — Fall. — *) Unterpegel. — *) Eisstand. — *) Teilweise eisfrei. — *) Schwaches Treibeis. — *) Treibeis.

Sozialdemokrat. Wahlverein
für den
4. Berliner Reichstagswahlkreis
(Frankfurter Viertel).
Bezirk Nr. 179.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser langjähriger Genosse,
der Restaurateur
Wilhelm Schmidt
Alexanderstr. 23a
gestorben ist.
Die Leiche ist demnächst
nach Hamburg überführt
worden.
Ehre seinem Andenken!
216/7 Der Vorstand.

Allen Freunden und Bekannten
zur Nachricht, daß am Mittwoch,
den 15. Januar, nach langen Leiden
unser liebe Mutter
Anna Alter
geb. **Petzer**
verstorben ist. 16952
Die Beerdigung findet am
Montag, den 20. Januar, nach-
mittags 9 1/2 Uhr, auf dem Kirch-
hofe der GutsMuths-Gemeinde in der
Wollanstraße statt.
Die trauernden Hinter-
bliebenen:
Richard, Otto, Reinhold
und **Otilie Alter**.

Dankfagung.
Sagen hierdurch für die herzlichsten
Beweise untrügender Teilnahme und reich-
lichen Kranzpenden bei dem Hin-
scheiden unseres unvergeßlichen Sohnes
und Bruders **Alfred Buhleke**
allen Freunden und Bekannten sowie
dem Berliner Schwimmsportklub „Neptun
1894“ und dem Sparverein „Silbersee“
sowie seinen Kollegen der Firma Del-
court unseren verbindlichsten Dank.
28225 Familie **Buhleke**.

Dankfagung.
Für die herzlichste Teilnahme bei der
Beerdigung unseres Onkels, des
Rentiers Genossen
Paul Schilling
aus Reinickendorf-West sagen wir
hiermit allen Freunden und Bekannten,
insbesondere den Parteigenossen
unserer tiefgefühltesten Dank. 28238
Geschw. **Ernst, Paul, Otto, Winholdt**.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlichster
Teilnahme und die herrlichen Kranz-
penden bei der Beerdigung meines
unvergeßlichen Vaters, unseres
Vaters, des Dreifachhähners
Karl Wandrey
sagen wir allen Freunden und Be-
kannten sowie dem Verein Berliner
Droschkensitzer unseren herzlichsten
Dank. 16942
Johanna Wandrey nebst Kindern.

Dankfagung.
Hiermit sagen wir allen Verwandten
und Bekannten, insbesondere der Firma
Paul Singer u. Co., sowie dem
Personal der Vorwärts-Druckerei, den
Genossen des Wahlvereins des
1. Berliner Reichstags-Wahlkreises
und den lieben Freunden des Stam-
mhauses für die herzlichste Teilnahme bei
der Beerdigung meines lieben Sohnes,
Bruders, Schwagers und Onkels, des
Schiffbauers 25768
Alex. Packendorf
unseren tiefgefühltesten Dank.
C. Packendorf und Familie.

Dr. Schönemann
Spezial-Physik für 14782
Haut- und Harnleiden,
Frauenkrankheiten.
Friedrichstr. 203, Ecke Schützenstr.
10-2. 5-7. Sonnt. 10-12 Uhr.

Hygienische
Sodastärke, Nougat, Katalog
m. Empfehlung viel Anerkannt. Prof. Dr. Dr. Dr.
H. Engel, Gummiwarenfabrik
Berlin NW, Friedrichstr. 91/92

Blumen- und Franzbinderei
von **Aug. Krause**
Wienerstraße 7.
Berliner- und Berliner-Blumen- und Franzbinderei,
Bismarckstr. 11, Ecke in den nächsten
Bremen. 16192

Alpen Trachten



Tiroler Joppen
Gute Loden mit
schönen Besätzen
10.— 7.— 5 Mk. 25

Tiroler Hosen
Imit. Leder m. Kurbel
u. Paspel
5.50 4.50 3 M. 50

Pusterthaler Anzug
Originaltracht . . . 18 Mk.

Alt-Zillerthaler Anzug
Originaltracht . . . 24 Mk.

Steiermark - Anzug
Originaltracht . . . 25 Mk.

Tiroler Anzüge für Knaben u. Jünglinge von 6.60 Mk. an.

Tiroler Hosenträger 2.50 1 Mk. 50
Tiroler Gürtel 3.— 2 Mk. 50
Tiroler Stutzen 4.— 2.50 1 Mk. 90
Tiroler Hemden 4.— 3.25 2 Mk. 50
Tiroler Federn 1.50 0.75 25 Pf.
Hirschhornringe 0.60 0.50 25 Pf.
Tücher u. Krawatten 1.60 0.95 50 Pf.

Tiroler Hüte . . . 4.25 2.50 1 Mk. 50
Meraner Hüte 2 Mk. 25
Steiermark-Hüte 2 Mk. 25
Altenburger Hüte 3 Mk. 25
Passeyer Hüte 4 Mk.
Pusterthaler Hüte 5 Mk. 50
Alt-Zillerthaler Hüte 6 Mk.

BAERSONN

Chaussee-Str. 20/130
Brücken-Strasse 11.
Gr. Frankfurter-Str. 20.

Agitations-Kalender.

Deutsche Rechtspflege.

Juni.

Der arbeitswillige Former Wuscholte, der am 11. Mai zu Rieneburg einen Streikenden erschossen hat, wird vom Schwurgericht zu Dessau freigesprochen.

Juli.

Von der Fürstin Wrede. Selamtsch hatte Glase, ein ehemaliger Diener der Fürstin Wrede, die Dame nach seiner Entlassung wegen Silberdiebstahls beim Staatsanwalt angezeigt.

Glumpflicher wurde mit der Fürstin verfahren; alle Welt war sich sofort darüber klar, hier müsse ein krankhafter Hang zum Stehlen, Kleptomane, vorherrschen.

10. Mit Drohungen, Beseidigungen und anderen terroristischen Mitteln haben in Berlin diejenigen Wädernmeister, welche die Forderungen der Gewerkschaften nicht bewilligt haben, auf die anderen Wädernmeister einzuwirken versucht.

15. Im Münchener Peters-Prozess hat der Reichsverband general Liebert als „Schwerfälliger“ schwere Beseidigungen ausgesprochen gegen den Disziplinargerichtshof, der den Peters feinerseit verurteilt hat.

Der Ausgang der Sache wird offiziell von der „Nordd. Allgemeinen Ztg.“ bestätigt.

20. Die Anklage gegen Genossen Karl Liebknecht wegen Hochverrats wird tatsächlich erhoben.

August.

6. In Sachen der Fürstin Wrede schreibt der Erste Staatsanwalt beim Landgericht Göttrich dem „Berliner Tageblatt“, daß die Staatsanwaltschaft nicht beantragt habe, den Fürsten und die Fürstin Wrede außer Verfolgung zu setzen.

8. Barrer Gaifert ist begnadigt und aus dem Freiburger Landesgefängnis entlassen worden. Die Strafkammer Freiburg hat Barrer Gaifert des Meineides schuldig erkannt.

9. Vom Reichsgericht wird das Hauptverfahren gegen Genossen Liebknecht wegen angeblichen Hochverrats eröffnet.

September.

18. Am 3. September 1906 hat in Treprow ein Arbeiter namens Heinrich Jung, ein Womal wegen gemeiner Vergehen verurteilter Mensch, auf freitende Arbeiter geschossen und dabei den Arbeiter Kradt mit 12 Schusswunden in den Kopf getroffen, wovon 2 heute noch im Kopf stecken.

Terrorismus.

Juli.

14. Der praktische Arzt Dr. Schellenberg in Wiesbaden, Vertrauensarzt der Postverwaltung, wurde amtlich befragt, wie er bei der Reichstagswahl gestimmt habe.

Behauptet wird, Schellenberg habe bei der Stichwahl für den Sozialdemokraten gestimmt. In Wahrheit ist Dr. Schellenberg ein Freisinniger.

September.

8. Der „Vorwärts“ veröffentlicht folgendes vertrauliche Rundschreiben:

Arbeitgeberverband für das Baugewerbe zu Aachen und Umgegend.

Aachen, 28. August 1907.

Theaterstr. 6.

An unsere Mitglieder! Nach Mitteilung des Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe des Stadt- und Landkreises Aachen sind daselbst seit

dem 20. Juli d. J. 542 Bauarbeiter ausständig. Wir eruchen ergebenst, Arbeiter aus dem Kreis der Bezirk bis auf weiteres nicht einzustellen und machen darauf aufmerksam, daß der Entwerfungsschemel der Invalidentarifen der in Aachen freitenden Arbeiter mit der Nr. 41 versehen ist.

Dochachtungsvoll

Der Vorstand.

J. A. Heintz, J. Sieprath.

Gegnerische Parteien.

August.

6. Helles Frohlocken über den — Segen der fälschlichen Ernte befehndet die christlich-katholische „Rhein. Volksstimme“. In „Liebe zu den Nächsten“ läßt sie sich also vernehmen: „In den angenehmen Folgen einer derartigen Ernte ist wohl in erster Reihe die Annahme zu rechnen, daß die angemessenen Preise, die gegenwärtig an den Märkten vorherrschen, mehr Bestand haben werden als bei einer reichen Ernte.“

7. Die freisinnige „Weser-Ztg.“ schreibt in einer Polemik gegen Kaumann in Sachen der preussischen Wahlrechtsfrage: „Die Einführung des Reichstagswahlrechts bedeutet keineswegs für Preußen die Gefahr einer Ueberflutung des Landtages durch die Sozialdemokratie.“

15. Die liberale „Augsburger Abendzeitung“ enthält in ihrer Nr. 195 eine Forderung an die Eisenbahnenverwaltung, wonach in Lokalzügen Wagen für „bessere Leute“ und für Arbeiter eingestellt werden sollen.

19. Die christlichen Gewerkschaften im Saar-gebiet, die bei der letzten Reichstagswahl eifrig von den „nationalen“ Parteien umworben wurden und ihnen auch Wahlhilfe geleistet haben, beklagen sich nunmehr in einer Zuschrift an die bürgerliche Presse wie folgt: „Die Burbacher und Völklinger, zeitweise auch die Brabacher Sättlerwerke, haben nach gestrigter Reichstagswahl mit den schäblichsten Mitteln wieder den Kampf gegen die christlich organisierten Arbeiter aufgenommen.“

September.

4. Der Verband der evangelischen Arbeitervereine der Pfalz läßt im „Evangelischen Arbeiterboten“ einen Aufruf los, worin er seine „kapitalkräftigen Mitglieder“ das Eruchen richtet, dem Verband 100 M. zur Verfügung zu stellen.

18. In Nr. 666 von diesem Jahre brachte das führende Blatt der nationalliberalen Partei, die „Köln. Ztg.“, folgende Anzeige:

„Aristokraten, Großindustriellen (oder Sohn), der auf Robilitierung Wert legt, ist Gelegenheit geboten, durch Beteiligung von 700 000 M. an Gründung einer national-liberalen Zeitung in deutschem Bundesstaate, der selbst mit 300 000 M. beteiligt, den Freiherrntitel zu erwerben.“

Der „Pfälzer Bot“ in Heidelberg behauptet nun, daß mit dieser Zeitung die „Mündener Allgem. Ztg.“ gemeint gewesen sei.

14. Die Freisinnige Volkspartei fällt in Berlin ihren Parteitag unter Ausschluß der Öffentlichkeit ab.

15. Im Anschluß an ihren Parteitag hält die Freisinnige Volkspartei im Circus Busch zu Berlin eine große Versammlung ab, wo aber nur die bestimmten Redner zu Worte kommen und keine freie Diskussion stattfindet.

19. Der Reichsverbandsgeneral Herr v. Liebert hat für die preussische Polenpolitik den Grundsat aufgestellt: Nicht geht vor Recht.

Soziales.

Juli.

3. Die „Köln. Volkszeitung“ veröffentlicht einen Vertrag, den die Verwaltung des dem regierenden Fürsten Georg von Schaumburg-Lippe gehörenden Gutes Wietgest bei Volodorf (in Westfalen) den Tagelöhnern zur Annahme unterbreitet hat.

Nach diesem Vertrage dauert die Arbeitszeit in der Zeit vom 1. April bis 30. September 14 Stunden, mit 2 1/2 stündigen Pausen in der Zeit vom 1. Oktober bis 31. März vom Anbruch bis Ende des Tages bei insgesamt 1 1/2 Stunden Pause. In der Erntezeit ist die Arbeitszeit unbegrenzt. Der Lohn beträgt jährlich 265 M. 20 Pf., abzüglich 20 M. Wohnzimmerniete, insgesamt also 245,20 M. oder 4 Mark 71 Pfennig wöchentlich. Für Kinderarbeit wird 40 Pf. für den Arbeitstag gezahlt.

Auf dem ebenfalls dem Fürsten Georg von Schaumburg-Lippe gehörenden Gute Rienehagen in Westfalen erhält die Witwe eines Arbeiters, der 40 Jahre auf dem Gute arbeitete, eine Rente von jährlich 66 Mark, also 18 Pfennige täglich. Als Genossin verzehlt diesen Fall am 29. Januar 1908 zur Sprache brachte, erwiderte der Staatssekretär Graf von Posadowski, ein solcher Fall sei unmöglich und ver sprach, Untersuchungen anzustellen.

18. Der „Vorwärts“ veröffentlicht ein vertrauliches Rundschreiben der Berliner Fuhrherren-Vereins-Präsidenten an ihre Mitglieder, worin diese aufgefordert werden, 65 namentlich aufgeführte alle Arbeiter nicht als Sperrwagengüter anzustellen, da diese im Winter gewöhnlich der Krankenkasse zur Last fallen.

August.

1. Vor dem Schöffengericht Berlin-Tempelhof steht der Arbeiter Fritz Hoff wegen Betrugs. Er erzählt, er habe sich lange vergeblich bemüht, Stellung zu finden, endlich habe er das Glück gehabt, sofort mit einem anständigen Gehalt engagiert zu werden, und zwar sollte er am nächsten Tage antreten. Er hatte vom frühen Morgen noch nicht einen Bissen im Munde gehabt und verspürte einen qualenden Hunger. In der Tasche hatte er nicht einen Pfennig. In einem Wädeladen hat er um ein Stückchen übriggebliebenes Brot. Der Angeklagte hat den Gerichtshof, doch Milde walten zu lassen, da er durch eine längere Freiheitsstrafe wieder seine gute Stellung verlieren würde.

Der Staatsanwalt beantragt gegen den Angeklagten eine Haftstrafe von drei Wochen und der Gerichtshof erkannte dem Antrag des Staatsanwalts gemäß, weil H. wegen Betrugs und ähnlicher Delikte schon wiederholt vorbestraft ist.

4. Die „Straßburger Würgerztg.“ berichtet über das dieser Tage begangene 70-jährige Arbeiterjubiläum des Arbeiters Karl Rämmler von der dortigen Tabakmanufaktur. Rämmler, der 80 Jahre alt und noch in Arbeit ist, trat als 10-jähriges Kind in die damalige Tabakregie ein. Die Regie stellte Kinder von 9 1/2 bis 10 Jahren als Arbeiter ein und beschäftigte sie von morgens 6 Uhr bis abends 7 Uhr, im Winter sogar bis 8 Uhr. Für den Schulbesuch wurde wenig Zeit gewährt. Rämmler durfte nachmittags 4 Uhr mit den älteren Kollegen eine Privatschule besuchen. Die Knaben mußten sich das Schulgeld selbst verdienen und bezahlten täglich bei Beginn des Unterrichts 2 Sous (8 Pfennig) im Voraus für ihre Schulstunden. Die Jubiläumsgabe bestand in einem Blumenstrauß, den die Kollegen des Jubilars stifteten.

4. Eine Untersuchung des Oberbergamts Halle stellt fest, daß im mansfeldischen Kupferbergbau Kinder von 14 bis 16 Jahren unterirdisch beschäftigt werden, davon 1010 im Bereich der Mansfelder Kupferbergbauenden Gewerkschaft. Die Jungen müssen im Schachte, undroht von unzähligen Gefahren, abgeknüppelt vom Tageslicht, von Sonne und Luft, Gänge durchkriechen, die kaum 1 1/2—2 Fuß hoch sind. Angeknüppelt an ein Brett, ziehen sie hinter sich an den Fäden die beladenen Hunte her und schaffen das gewonnene Erz zu den Stollen und Ausgängen des Schachtes.

9. Der Rittergutsbesitzer Adolf Heinrich, Mitglied des Bundes der Landwirte, verkauft das Gut Klugewo an die polnische Verpachtungsgesellschaft in Kosten. Er erhielt für das Gut 1 200 000 M. Als er im Jahre 1888, also vor ungefähr 20 Jahren, kaufte, zahlte er dafür nur 600 000 M. und erzielte nach der Verpachtung allein aus den Waldbeständen ungefähr 250 000 M. für Holz und noch ungefähr 140 000 M. für Abverkäufe, daß ihm das Gut nicht viel mehr als 200 000 M. gekostet haben würde. Für dieses selbe Gut, das jetzt einen Lagerwert von 875 000 M. befaß, bot in früheren Verhandlungen die Anstaltungskommission 950 000 M.

12. Im Bereiche der Mansfelder Kupferbergbauenden Gewerkschaft, auf dem Firkelschachte bei Mosermansfeld, sind aus dem Förderkorb sechs Mann in die Tiefe gestürzt und zerschmettert worden, 20 andere wurden schwer verletzt.

September.

17. Aus Essen sind seinerzeit Arbeitslose zu Streikbrecherdiensten nach Antwerpen angeworben worden. Sie lehnen jetzt mittellos zurück. In Antwerpen wurde ihnen Lohnzahlung in Essen versprochen, dort wird sie ihnen verweigert. Eine größere Anzahl von ihnen wird durch die Polizei ins Asyl für Obdachlose gebracht.

21. Bei der aus dem großen Bergarbeiterstreik bekannten Firma Thyssen u. Co. war ein Obergeringieur tödlich verunglückt, als er im Verein mit einem Arbeiter zwei durch Gasandrückungen in einer Grube betriebslos gewordene Arbeiter retten wollte. Die Hinterbliebenen verlangten von der Firma Thyssen u. Co. eine Schadenersatzleistung, da ein Betriebsunfall vorläge. Die Firma lehnte jedoch jede Bezahlung ab, da ein Verschulden des Ingenieurs vorgelegen habe, denn er habe sich selbst durch drei Instanzen bis zum Reichsgericht hinaus mühen die Firma erst zur Zahlung verurteilt werden. — Die Firma entschuldigt sich damit, daß sie nach den Statuten eines Halbtagesverbandes, dem sie angehört, sich habe verklagen lassen müssen.

Aus der Partei.

September.

25. Den Genossen Hilferding und Pannekoek, Lehrern an der Parteischnule, wird von der Polizei mitgeteilt, daß sie die Ausweisung zu gewärtigen hätten, falls sie noch fernere an der Parteischnule unterrichten würden.

29. Tod Julius Rottelers.

Aus dem Lande der Schulen.

Juli.

5. Eine kostbare Bibliothek gefährdet. Unter dieser Ueberschrift veröffentlicht die Zeitungen aus wissenschaftlichen Kreisen einen Aufruf über die primitiven Zustände der Trepower Sternwarte. Darin heißt es u. a.:

Es regnet überall durch. Im Kultusministerium hat der Direktor jetzt endlich den Widerstand gegen eine staatliche Subvention besiegt, nun steht ihm aber wieder das Finanzministerium Widerstand entgegen. Eine der kostbarsten Bibliotheken Berlins ist in dem alten Bau schwer gefährdet.

August.

31. Eine Eingabe der elsaß-lothringischen Volksschullehrer an die Regierung um Neuregelung ihrer Gehaltsverhältnisse zeigt die Lage der dortigen Lehrer. Bei der Verteilung der für dieses Jahr bewilligten Feuerungszulagen sind die Lehrer leer ausgegangen, da sie nicht etatsmäßige Beamte sind. Heute beträgt das Höchstgehalt der Lehrer bis zum 24. Lebensjahre 1100 M., vom 40. Lebensjahre ab 1500 M. und vom 52. Lebensjahre ab 2000 M. Nur 50 Proz. der Lehrer haben ein Nebenamt, und die Einkünfte aus diesen sind höchst unsicher, weil „e den Lehrern jederzeit entzogen werden können. Ferner sind sie auch nicht pensionsberechtigt.“

Aus der Armee.

Juli.

20. Vom Kriegsgericht zu Reg. erhielt ein Artillerist, der schon mehrermals vorbestraft ist, drei Monate Gefängnis, weil er trotz wiederholten Verbots aus dem Arbeitsaal des Festungsgefängnisses in Straßburg in die Fenster der Verheirateten Wohnung gesehen hatte, anstatt auf seine Arbeit.

August.

20. Die konservative „Winger Zeitung“ rechnet aus, daß gegenwärtig mindestens 6910 Mann Soldaten vom 1. Armeekorps als Gratearbeiter beschäftigt sind. Das Blatt schreibt: „Da nun aber überall nur die Mindestzahlen angenommen sind, so geht daraus hervor, daß mehr als 7000 Soldaten, das heißt weit mehr als ein Drittel des gesamten Korpsbestandes, im Felde stehen. Wie lange die Soldaten noch den oftverhöhnlichen Landwirten überlassen werden können, das ist Sache der einzelnen Regimenter. Diese sind vom Generalkommando neuerdings, nach Vertagung des Wandervers, angewiesen worden, den Ernteeurlaub entsprechend zu verlängern.“

15. Bei den Kaisermandern werden den Soldaten übermäßige Marschleistungen zugemutet. Die Folge sind zahlreiche Unglücksfälle. Ein Augenzeuge berichtet im „Rheinisch-Westfälischen Anzeiger“ (Nr. 209): „Eine stramme Weife milderte den Tag hindurch, selbst in den Mittagsstunden die Wärme so angenehm, daß es eigentlich unverständlich ist, wie bei manchen Regimentern über 300 Mann zusammengebrochen sind und die Feldlazarette dem Bedürfnis kaum genügt. Bei den Hanseaten, dem 75. Regiment, muhten 30 Leute, die schwer erkrankt sind, mit dem Weiserdampfer abtransportiert werden, und einzelne Reservisten werden sich heute einen Knack fürs Leben geholt haben.“

Wie Oberst Gable im „V. L.“ mitteilt, sind Märsche von 60 Kilometer und darüber ausgeführt worden.

Unsere Kolonien.

Ruß.

2. Ende des Peters-Prozesses in München. Der angeklagte Redakteur Genosse Gruber wird wegen formaler Verleumdung zu 500 Mark Geldstrafe verurteilt. Peters, der in der Widerlage wegen Verleumdung verklagt ist, wird freigesprochen. In der Begründung des Urteils heißt es u. a.: Der (von Peters verfaßte) Artikel der „Hamburger Nachrichten“ (der Gegenstand der Widerlage war) enthält scharfe Vorwürfe gegen die Sozialdemokratie und persönliche Angriffe gegen den Reichstags-Abg. Webel, und zwar derart, daß er, wenn er Verleumdungsklage erhoben, die Verurteilung des Dr. Peters erzielt hätte. Dagegen war Herr Martin Gruber nicht in der Lage, zu klagen. Was die Artikel der „Münchener Post“ (gegen Peters) anlangt, so mahnt sich das Gericht kein Urteil darüber an, ob Dr. Peters mit der Hinrichtung des Nabrut und der Jagodja am Kilmandscharo Maßnahmen getroffen hat, die den damaligen Umständen nach gerechtfertigt waren oder nicht. Jedenfalls hält das Gericht es für festgestellt, daß Dr. Peters das Bewußtsein der Rechtswidrigkeit nicht gehabt hat. Das Gericht ist weiter überzeugt, daß bei der Hinrichtung der Jagodja geschlechtliche Motive nicht in Frage gekommen sind. Bei der Hinrichtung des Nabrut dagegen hält das Gericht es für möglich, daß der Umstand, daß Nabrut sich an die Mädchen zu drängen suchte, mitbestimmend für das Todesurteil gewesen ist. Unzutreffend dagegen hält das Gericht die von den Artikeln aufgestellte Behauptung, daß die Handlungsweise des Dr. Peters sich darstelle als widerrechtlich brutal, als rückslos raffinierter Lustmord, als bestialische Verwerflichkeit, als unmenschliche Grausamkeit usw.

August.

16. Die „Köln. Ztg.“ teilt triumphierend mit, daß sich im Bezirk Gohabiz, dessen Wasser- und Weidewerhältnisse allerdings zu den besten des ganzen Schußgebietes gehörten. 21 neue Farmer angesiedelt hätten, so daß es jetzt im ganzen Distrikt dreißig bewohnte Farmen gebe.

Die „Köln. Ztg.“ verschweigt, daß diese Farmbetriebe nur deshalb entstanden sind, weil wir mit einem Jahresaufwand von zirka

40 Millionen Mark in Südwestafrika eine dauernde Schutztruppe von zirka 5000 Mann unterhalten, von denen auch einige hundert Farmer bequem leben können.

September.

17. Vor dem Kölner Schöffengericht beginnt der Verleumdungsprozess des Zentrumsabgeordneten Koeren gegen den ehemaligen Bezirksamtman von Logo Geo Schmidt. Folgendes wird in dem Prozeß festgestellt: Eingeborene sollen Zwangsfron verrichten, zu der sie sich mit Recht nicht verpflichtet fühlen. Ihre Weigerung wird mit Prügelein beantwortet, bei denen drei bis vier mehr als daumendicke Stöcke in Fegen fliegen, bei denen auch die Haut der Geprügelten in Fetzen geht. Die Geprügelten, deren Rücken handgroße Wundflüchen aufweist, mußten dann anderen Tages zur Arbeit antreten.

Der Bezirksamtman Herr Geo Schmidt hat eine schwarze Frau, wie jeder Beamte. Aber neben dieser Frau hat er an jedem Orte, wohin er kommt, in Gestalt einer Frau oder eines Mädchens auch eine „Frau“. Herr Schmidt hält sich neben seiner Frau auch noch einen ganzen Harem junger Mädchlein. Die jungen Mädchlein begleiten ihn auch auf Reisen. Nicht erörtert ist worden, ob Schmidt sich seinen Harem von blutjungen Mädchen unter Anwendung seiner amtlichen Autorität gefüllt hat.

Der Prozeß endete am 28. September mit der Verurteilung Schmidts, der dem Oberlandesgerichtsrat Koeren Verleumdung wider besseres Wissen öffentlich vorgeworfen hatte, zu 100 Mark Geldstrafe.

Aus der inneren Politik.

September.

11. Als im Jahre 1902 der Kampf um den Zolllarif tobte, wurde auf Veranlassung des Zentrums in § 15 des Zolllarifgesetzes bestimmt, daß ein bestimmter Teil der Zolleinnahmen zu einer Versicherung der Witwen und Waisen der Arbeiter verwandt werden solle. Es wurde den Arbeitern versprochen, daß voraussichtlich 70—80 Millionen Mark jährlich für diesen Zweck angeflammt werden würden.

Sofort wurde von den Sozialdemokraten darauf hingewiesen, daß der Ertrag aus solchen Zolllieferungen sehr unsicher und schwankend und deshalb zur Fundierung der Witwen- und Waisenversicherung wenig geeignet sei. Und wie damals befürchtet wurde, ist es gekommen, bisher haben die Zollerträge noch keinen Pfennig zum Witwen- und Waisenfonds geliefert.

Das Zolllarifgesetz ist am 1. März 1906 in Kraft getreten. Schon in dem einen noch in das Rechnungsjahr 1905 fallenden ersten Monat der Geltung des Zolllarifgesetzes stellte sich heraus, daß der Fonds eine Dotation nicht erhalten werde; und auch im Etatsjahre 1906 (also vom 1. Mai 1906 bis Ende April 1907) ist für ihn nicht der geringste Betrag abgefallen. Dagegen ist die Vertenerung des Lebensunterhalts durch den neuen Zolllarif eine Tatsache, die der Arbeiter täglich am eigenen Leibe verspürt.

August.

15. Ein Zufall hat der „Volkswacht“ zu Breslau einen geheimen Bericht des Breslauer Polizeipräsidenten an den Ersten Staatsanwalt zu Breslau zugetragen, den Herr Dr. Wiento nach der am Morgen des 1. Mai vorigen Jahres aufgelösten Livolierversammlung noch am Mittag desselben Tages gelandt hat und in dessen Verlauf Genosse Albert dann am Abend des gleichen Tages unter der Beschuldigung der Aufreizung zum Massenhaß in Untersuchungshaft genommen wurde. In dem Bericht heißt es: „Es tritt immer klarer zutage, daß die eigentlichen Urheber der gegenwärtigen Arbeiterunruhe, die die Grundlagen des Staates und der öffentlichen Ordnung in bedenklicher Weise zu erschüttern beginnen, die sozialdemokratischen Agitatoren sind, denen es ausschließlich um ihre parteipolitischen Interessen zu tun ist. Hier in Breslau treiben, wie die Fälle Lobe und Klübs beweisen, diese systematische Verhetzung der Massen in erster Linie die sozialdemokratischen Redakteure der „Volkswacht“, deren erlogene Berichte über die Vorfälle des 19. April und aufreizende Artikel alles bisher auf diesem Gebiete Beobachtete in den Schatten stellen.“

Diesen schamlosen Aeußerungen der Presse reißt sich würdig an die in dem anliegenden Bericht wiederbegegebene Rede des Redakteurs Albert, in welcher von Bewahrung der Ruhe direkt abgemahnt und ausdrücklich auf die Gewalttaten der Jahre 1848/49 und auf die Verbrennen der russischen Revolution, die noch frisch im Gedächtnis stehen, als nachzuahmende Vorgänge hingewiesen wird.

Wenn gegen derartige Agitatoren nicht mit der besten Strenge des Strafgesetzes eingeschritten wird, dürften sich alsbald, speziell hier in Breslau, Zustände etablieren, deren die Polizeibehörde kaum noch Herr werden könnte.“

20. In Mainz wurde, während der Kaiser seinen Einzug hielt, Feuer gemeldet. Das Automobil der Feuerwehr machte, um dem Kaiser nicht in den Weg zu kommen, einen Umweg und kreuzte den Weg des Kaisers erst an einer Stelle, die der Kaiser noch nicht erreicht hatte. Der Schutzmann aber, der die Absperrung der Straße bewachte, hielt die Feuerwehr an und ließ sie eine Viertelstunde halten, bis der Kaiser herangekommen und vorbei war.

23. Der englische Delegierte zum Stuttgarter Internationalen Kongreß, Genosse Quela, wird von der württembergischen Regierung ausgewiesen, weil er die Tätigkeit der Gaager Friedenskonferenz abfällig beurteilt hat und dadurch deren Mitglieder beschimpft haben soll.

24. Ein Arbeiter, der zehn Jahre in der Königl. Artillerie-werkstatt in Spandau beschäftigt war, wurde Anfang dieses Jahres plötzlich entlassen, weil er eine von sozialdemokratischer Seite einberufene Reichstagswählerversammlung besucht hatte und bei dem Hoch auf die Sozialdemokratie gleich anderen Versammlungsbefuchern aufgefunden war. Diese Tatsache ist der Zeitung der Staatsverwaltung bekannt geworden durch den Polizeikommissar Warg, der jene Versammlung überwacht hatte. Ein Zantenschüler, welcher dieses Verhalten des Kommissars öffentlich gerügt hat, wird deswegen in zwei Instanzen zu 50 M. Geldstrafe verurteilt.

HERMANN TIETZ

LEIPZIGER STRASSE

Montag, Dienstag, Mittwoch, soweit der Vorrat reicht:

ALEXANDERPLATZ

10 Waggon Konserven

Hervorragend preiswertes Angebot besonders für Restaurateure, Hôtels und Pensionate geeignet.

SPARGEL

Riesenstangenspargel	1/2 Dose = 10 bis 15 Stangen Inhalt	1 ⁶⁰	85 Pf.
Prima Stangenspargel	Extra stark, 1/2 Dose = 22 bis 24 Stangen Inhalt	1 ⁴⁰	75 Pf.
Prima Stangenspargel Ia	1/2 Dose = 28 bis 30 Stangen Inhalt	1 ²⁵	68 Pf.
Stangenspargel	stark, 1/2 Dose = 32 bis 36 Stangen Inhalt	1 ²⁰	65 Pf.
Stangenspargel	mittelstark, 1/2 Dose = 41 bis 50 Stangen Inhalt	1 ¹⁰	60 Pf.
Riesenbruchspargel		1 ²⁵	
Schnittspargel	extra stark	1 ⁰⁵	

Diese Spargel-Konserven, aus einer der renommiertesten Fabriken Braunschweigs, sind garantiert erstklassiger Qualität und strammster Packung. Von sämtl. Sorten sind Musterdosen zur Ansicht geöffnet.

Gemüse- und Frucht-Konserven

Besonders preiswert

Spinat	1/2 Dose 40 Pf., 1/2 Dose 25 Pf.	Melange-Früchte	1/2 Dose 90 Pf., 1/2 Dose 50 Pf.
Pfefferlinge	48 Pf., 29 Pf.	Mirabellen	65 Pf., 38 Pf.
Kohlrabi mit Grün	24 Pf.	Preisselbeeren	65 Pf., 38 Pf.
Carotten geschnitten	30 Pf.	Erdbeeren prima	88 Pf.
Leipziger Allerlei I	50 Pf., 30 Pf.	Melange-Marmelade	ca. 5 Pf.-Elmer 1 ²⁰ ca. 10 Pf.-Elmer 2 ²⁰
Senfgurken	Glas 85 Pf.		
Zuckergurken	Glas 1 ⁰⁵		

Wurst- und Fleischwaren

Mettwurst Braunschweiger Art Ia	85 Pf.	Leberwurst Ia	90 Pf.
Delik.-Leberwurst	70 Pf.	Westf. Bauernwurst	95 Pf.
Zwieb.-Leberwurst	52 Pf.	Nusschinken	1 ¹⁰
Prima Rotwurst angeräuch.	52 Pf.	Jagdwurst	90 Pf.
Hausschl. Rotwurst	70 Pf.	Sardellenleberwurst	1 ⁰⁰
Ia Mager-Speck	85 Pf.	Ia fetter Speck	70 Pf.

Pomm. Gänsepökelfleisch	
Keule 65 Pf.	Rückenstück 58 Pf.

KAFFEE gebrannt	Mischung	I	II	III	IV	V	VI
	Pfd.	85	90	1 ⁰⁵	1 ¹⁵	1 ²⁵	1 ³⁵

Prima Räucherlachs	
in Portionsstücken Pfund	90 Pf.

Ia Cervelat	} Pfund 1 ¹⁰
Ia Salami	
Ia Plockwurst	

TEE neuer Ernte	Mischung	I	II	III	IV	V	VI
	Pfd.	1 ¹⁵	1 ⁰⁰	2 ²⁰	2 ⁷⁰	3 ⁵⁰	4 ²⁰

CACAO, prima	Pfd 1 ²⁵
--------------	---------------------

Ia Schinkenspeck	} Pfund 1 ⁰⁰
Prager Schinken	
Ia De ikatessfleischwurst	Pfd. 75 Pf.

2 Waggon Prima Apfelsinen Dutzend 25, 30, 40, 50 Pf.
 Prima Mandarinen in Kistchen à 25 Stück 60 Pf.
 Prima Citronen Dutzend 30 40 Pf.

„**Hoffnung**“

Berliner Schneiderei-Genossenschaft
E. G. m. b. H.

Zwischen Rosenthaler Tor u. Invalidenstr. Brunnenstr. 185
Zwischen Rosenthaler Tor u. Invalidenstr. Gogr. I. Februar 1906 v. organisiert. Schneidergewerkschaft Berlins.

Empfehlen sich allen Arbeitern, Parteigenossen und Mitbürgern zur Anfertigung eleganter

Herren- u. Knabengarderobe

Großes Lager fertiger Herren-, Knaben- u. Kinder-Anzüge.
Große Auswahl in Winter-Paletots, Joppen, Radfahranzügen u. Fant.-Westen in allen Größen und Preislagen sowie Arbeiter-Berufskleidung.

Die Herstellung unserer Fabrikate erfolgt in eigenen Betriebswerkstätten unter den von unserer Organisation festgelegten Bedingungen.

Lieferanten der 103/3*
des Berliner Konsum-Vereins u. Umgebend, des Berliner Konsum-Vereins sowie des Charlottenburger Konsum-Vereins.

Phänomen

„Rauchen Sie Cigaretten!“

Devise: Qualität ist die beste Empfehlung.

Reichel's echt ungarischer

Wacholder-Extrakt

Marko „Medico“

kein Geheimmittel, sondern ein heilkräftiges, seit Jahrhunderten glänzend bewährtes Hausmittel mit vielseitigen Erfolge gegen Rheumatismus, Gicht, Hämorrhoiden, Magenschwäche, Beschwerden der Wechseljahre, Frauenleiden, Asthma wirkend, schleimlösend auf Brust u. Lunge, treibt Erkältungen aus dem Körper, ist magenstärkend, Appetit und Verdauung anregend und das

vollkommenste und wirksamste Blutreinigungsmittel.

Vermöge seiner ableitenden, (besitzt harntreibenden und Unreinigkeiten auscheidenden Wirkung ist er bei Darm-, Blasen- und Nierenleiden von unschätzbarem Werte und wirkt auf alle Teile des Organismus in nur wohltätiger Weise ein. Niemals löse, garantiert echt nur in Flaschen mit Marke „Medico“ a 0,75, 1,50 und 2,50 zu beziehen durch

Otto Reichel, Berlin SO. 43, F. Anichstraße
Eisenbahnstr. 4, IV 4751, 4752, 4753.

Wo in den Drogerien u. Apotheken nicht erhältlich, hier frei Haus.
Man hüte sich vor Verfälschungen und laufe

Wacholder-Saft Originalfüllungen mit Marke „Medico“, nur in echten die einzige Garantie für unveränderliche Güte!

Uferstr. 12/13 und Martin Opitzstr. 21/24 am Brunnensplatz
gericht Bedding geräum, freundl. 1 u. 2 Zimmer-Gartenhaus-Wohnungen mit Balkon per sofort oder später. Ebenfalls billige Läden. 86/2.

Neuer Stadtteil an der Schönhauser Allee.
Läden und herrliche 1, 2 Zimmer-Wohnungen mit Bad, Balkon und Loggia usw.

Unter allergünstigsten Mietbedingungen
Hedermü der Straße (verlängerte Stolpischestr.), Pinnaländische-straße verlängerte Garnifanstraße, einige Minuten von den Ringbahnhöfen Schönhauser Allee und Gesundbrunnen entfernt; ganz besonders preiswert, sofort, eventuell per 1. März/April 1908 zu vermieten. 8809/2*
Nähere Auskunft Stolpischestr. 26/27, Zigarrenladen.

Stoppdecken

größte Auswahl, sehr preiswert, direkt in d. Fabrik Bernhard Strohmandel,
72 Wallstr. 72, Berlin S. 14.
(zwischen Roh- u. Julestr.),
wo auch alle Stoppdecken aufgearb. werb.
Illustrierter Preisatlas gratis u. franko.

J. Baer
Ecke Badstr. 28, Prinz-Allee
Herren- und Knaben-Moden, Berufskleidung, Eleg. Paletots u. Joppen, Großes Lager in- und ausländischer Stoffe zur Anfertigung nach Maß.
Allerbilligste, streng feste Preise.

Überraschende Neuheit

garantiert unschädlich
kein Chlor
kein reiben

Persil

vollständig ungefährlich
kein Waschbrett
kein bürsten

Modernes Waschmittel für jede Waschmethode passend

Henkel & Co. Düsseldorf.

Zu haben in allen Kolonialwaren-, Drogen- und Seifen-Geschäften.

JOSETTI JUNO

Cigaretten.

Cigaretten „gerade so gut“
Kosten das doppelte und mehr.

10 St. für 20 Pfg.

Zähne

von 1 M. 50 Pf. an bis zum gediegensten plattenlosen Zahnersatz, Plomben von 1 M. an, sowie Kronen, Brücken, Stifczähne nach neuestem Verfahren; Reparaturen, Umarbeitungen sofort u. billigst. Auf Wunsch Teilzahlung gestattet.

Garantiert fast schmerzlose Behandlung!
Viele Anerkennungen, Zahnschmerz stille sofort.

Zahn-Atelier Wilhelm Bokofzer,

Bitte, genau auf 46 Prinzenstr. 46, II. Etage achten!

Vollständig umsonst

erhalten Sie eine Sprechmaschine neuester Konstruktion bis zur elegantesten Ausführung wenn Sie sich verpflichten, eine kleine Anzahl (10) Zeitmeter grosser doppelseitiger Platten prima Fabrikat à M. 3.— per Stück von mir zu beziehen. Abnahme 14tägig eine Platte.

Auch hier Sprechmaschinen, selbstspielende Musikwerke u. d. h. in der Teilzahlung Wochenrate nur 1 Mark.

Gegen Kasse billigste Preise.

J. Kurzberg, Rosenthalerstr. 40/41, I (Markt Markt) und An der Jannowitzbrücke I, I.
Nur 1 Treppe, kein Laden.

Paul Töhs, Schneidermeister

Süßerbargerstraße 16, Laden.

Bitte, genau auf Prinzenstr. 46 zu achten.

Zahn-Klinik.

Olga Jacobson, Preise beliebige Teilzahlung. Invalidenstr. 145.

Magerkeit

schwindet durch Haufes Nährpulver „Thalossin“. Preis gekrönt Berlin 1904. In 8 bis 4 Wochen bis 18 Pfd. Zunahme. Gar. unschädlich. Viele Anerk. Karton 2 Mk. bei Postversd. Porto u. Nachnahmespesen extra. Depots in Berlin: S. Luisenstädtische Apotheke, Köpenickerstr. 119; SW. Askaniische Apotheke, Bernburgerstr. 3, am Anhalter Bahnhof; N. R. H. Haufe, Greifenhagenstr. 70. Bestandteile: Pflanz. Eiw. Haemogl. Leolith. Barn. Natronchl. Cac. Zucker.

1602L*

Nur einmal jährlich!

Zum Inventur-Räumungspreis

Eine Partie Imit. Perser-Teppiche

getreue Kopien echter Perser von wunderbarer Farbenpracht auf beiden Seiten benutzbar.

Ungefähre Größe:

90x185cm	3,35	(Wert 6,00)
130x200	5,15	(" 8,25)
160x230	8,25	(" 12,75)
200x300	12,35	(" 18,50)
250x350	20,75	(" 28,50)
300x400	27,50	(" 39,00)

Passende Bett- u. Pult-Teppiche Stück 75 Pf., 1,00 und 1,50 M.
Nachauwärts per Nachnahme.

Teppich-Spezialhaus

Emil Lefèvre

Berlin Süd. Seit 1882
nur Oranienstr. 158.

Habe nirgends Filialen.
Inventur-Extraliste
besonderer Gelegenheitsangebote gratis u. franko.

Selten günstige Kaufgelegenheit für Hotels, Pensionate etc.

Teilzahlung

monatlich 10 M. Heller Herren-Garderobe nach Maß (billigste Brelle).
J. Tomporowski, Lindenstr. 110, 2. Etage.
Röbe Seifenanreicherung. Kasse 10% billiger.

Sprechmaschinen-Klinik.

Reparaturen aller Systeme. Apparate, Saiten, Platten, Zubehörteile.
Billigste Preise. — Nur H. Dießing, Ramlowstraße 5 (kein Laden).

Pelzwaren

direkt aus der Fabrik, auch im Einzelverkauf zu Engrospreisen.

Stolas, KollierS, Muffen, sehr schön garn. Damenhüte, Barett, Herren-, Knaben- und Mädchen-Garnituren, Fußsäcke, Jagdtaschen, Pelztopp. Sämtl. gangbaren Pelzarten a Lager. Große Auswahl. Besteß Rat. J. keine Bazarmare, keine Reilmuster oder sogenannte Gelegenheitsläufe, trotzdem billiger.

F. Kalman, Kürschnermeister, jetzt nur Kommandantenstr. 15, I, gegenüber Beuthstr., beim Dönhofsplatz. Verkauf bis 9 Uhr abends. Sonntags geöffnet. Telefon I 3917.

Neu! MAGGI'S Bouillon-Würfel

geben augenblicklich — nur durch Uebergießen mit heißem Wasser, ohne jede weitere Zutat — feinste Bouillon.

1 Würfel für 1 große Tasse (1/4 Liter) 5 Pf.

Man achte beim Einkauf genau auf den Namen **MAGGI** und die Schutzmarke Kreuzstern.

MAGGI's gute, sparsame Küche.

Verantwortlich: Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Meise, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlagsgesellschaft u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Modewarenhaus Jacques Cohn

Am Wedding

Müllerstr. 182-183

Ecke Sellerstr.

Billigste Kurz- und Weißwaren-Woche

von Sonnabend, den 18. Januar bis Montag, den 27. Januar.

Kurzwaren

Nähnadeln 25 Stück, Brief	1 Pf.
Blitznadeln . . . Brief	6 Pf.
Stecknadeln . . . 6 Brief	10 Pf.
Stecknadeln 200 Stück	4 Pf.
Haarnadeln . . . 2 Brief	1 Pf.
Haarnadeln gewellt, Brief	1 Pf.
Locken-Haarnadeln 12 Briefe	5 Pf.
Kragenstäbe Celluloid, Dutzend	5 Pf.
Fischbein Dutzend	7 Pf.
Hohlbandstäbe Dutzend	8 Pf.
Hosen-Schnallen 4 Dutzend	10 Pf.
Gurtband mit Gold, Stück	10 Pf.
Satin-Gurtband Stück	58 Pf.
Besenborte Meter 3, 6 u.	3 Pf.

Kurzwaren

Schnürsenkel engl. Packung Paar 10, 7 u.	5 Pf.
Sicherheitsnadeln Dutzend	6 Pf.
Hosenknöpfe 12 Dutzd	10 Pf.
Pa. Met.-Hosenknöpfe Dutzend	3 Pf.
Nähseide 4 Gramm Rolle	12 Pf.
Kreuzpulseside Rolle	3 Pf.
Sternzwirn	3 Pf.
Perlmutter-Knöpfe 2 Dutzend	5 Pf.
Armbblätter Paar 15, 9, 7 u.	5 Pf.
Sammetstoss mit Besenborte . . . Meter	28 Pf.
Kragen-Einlagen Stück 7, 8, 9 u.	4 Pf.
Druckknöpfe geschlossen, m. Feder, Duzd.	5 Pf.
Dam.-Strumpfhalter elegante, Paar	48 Pf.
Küchenband . . . Stück	7 Pf.

Weißwaren

Seidene Schärpen mit Franzen Stück	48 Pf.
1 Posten Ledergürtel mit Rückenschloss . . . Stück	25 Pf.
1 Posten Gummigürtel Stück	48 Pf.
1 Posten Gummigürtel extrabreit, Wert bis 3 M., Stück	95 Pf.
Eleg. Chiffonschleifen und Jabots Stück	25 Pf.
Wasserfall - Batist - Jabots Stück	38 Pf.
Lavalliers getupft Stück 15 u.	10 Pf.
Valenciennespitzen 5-8 cm breit . . . Meter	18 Pf.
Valenciennespitzen 10-15 cm breit . . . Meter	32 Pf.
Tüllspitzen 10-20 cm breit, Meter 15 u.	10 Pf.
Schweiz. Stickereien 5-12 cm br., St. 4, 10 Mtr., 95 u.	65 Pf.
Rockstickereien 15-25 cm breit . . . Meter	95 Pf.

Weißwaren

Valenciennestoffe für Blusen . Mtr. 95, 65 u.	48 Pf.
Tüllspachtelstoffe für Blusen Mtr. 1,45, 1,25 u.	95 Pf.
Spachtelstoffe für Blusen Mtr. 1,95, 1,45 u.	95 Pf.
Breite seiden. türk. Borten Meter	43 Pf.
Spachtel-Passen Stück 43 u.	25 Pf.
Elegant. Kammgarnituren mit Simillsteinen u. Goldauflag	95 Pf.
Patent-Eider-Strickgarn grau, braun, schwarz 1/2 Zollpf.	95 Pf.
Häkelgarn 20 Gramm	8 Pf.
Leinen - Gardinenschnur 10 Meter	23 Pf.

Futterstoffe

Seiden-Jaconet schwarz, weiss, grau . . . Meter	27 Pf.
Seiden-Jaconet coul.	35 Pf.
Köper-Futter . . . Meter	33 Pf.
Tailen-Futter doppelseitig Meter	40 Pf.
Kleider-Satin In grössten Farbensortim., Mtr.	55 Pf.
Saille ca. 100 cm br., in all. Farb., Mtr.	48 Pf.
Stoss-Alpacca schwarz Meter	35 Pf.
Stoss-Alpacca coul. Meter	42 Pf.

Reste und Abschnitte

für

BLUSEN, RÖCKE,
KINDERKLEIDER
UND KOSTÜME

zu

auffallend billigen Preisen

Futter-Balist in hellen Farben Meter	42 Pf.
Futter-Gaze Meter	15 Pf.
Seiden-Balist weiss Meter	45 Pf.
Tailen-Satin prima Meter	58 Pf.
Gloria-Seide 120 cm breit, in verschiedenen Farben Meter	1.95
Schürzen Panama Meter	50 Pf.
Unterrock, Moiré in allen Farben Meter	95 Pf.

Sie bekannt, hatte in einer Wählerversammlung, die der liberale Verein von Schöneberg und der Bezirksverein des Berliner Ortsteiles von Schöneberg einberufen hatte, der Stadtverordnete Dr. Vohberg schwere Vorwürfe gegen den ehemaligen Stadtbaurat a. D. und jetzigen Stadtverordnetenvorsitzer Lohausen erhoben. Dieser erwiderte aber auf diese Beschuldigungen, die seine Tätigkeit als Stadtverordneter betrafen, nichts; sondern erging sich in Beleidigungen gegen Dr. Vohberg. Zugl. darauf sandte Dr. Vohberg einen Rechtsanwalt zu Lohausen, um diesen im Namen Dr. Vohbergs aufzufordern, die in der Wählerversammlung gemachten Beleidigungen zurückzunehmen, sobald dies geschehe, sei auch Dr. Vohberg bereit, seine gegen Lohausen gerichteten Vorwürfe, soweit sie etwa unrichtig sein sollten, zurückzunehmen, jedoch ohne Erfolg.

Dr. Vohberg brachte hierauf die Angelegenheit an den Ehrenrat, und mit dessen Einverständnis (i) überlegte er dem Stadtverordnetenvorsitzer Lohausen eine Forderung auf Pistolen. Als Herr Lohausen die Forderung überbrachte, lehnte er ein Duell ab mit den Worten: „Ich schieße mich nicht; ich bin ein Mensch, der im zwanzigsten Jahrhundert lebt.“ Der Stadtverordnete Dr. Vohberg hat jetzt gegen den Stadtverordnetenvorsitzer Lohausen eine Verabredung wegen Beleidigung anstrengt.

Man sollte kaum glauben, daß freisinnige Politiker, die noch Anspruch auf Ansehen erheben, sich einer solchen Vlamage aussetzen können.

Steglich.

Er schämt sich! Ueber die Wahlrechtsdemonstration der hiesigen Parteigenossen am vorigen Sonntag brachte die Ortspresse eine kurze Notiz, deren gesamter Inhalt das Gegenteil von der Wahrheit war. So wurde u. a. auch berichtet, daß der Demonstrationszug von dem Malermeister Flex angeführt wurde. Ueber diese neue Bürde als „Führer“ wird sicher unser Genosse Flex am meisten verwundert gewesen sein. Einen heillosen Schreck scheint aber der Obermeister der Malerinnung, Herr Krüger, bekommen zu haben. Er setzte sich in aller Eile auf die Sofa und schrieb für die Lokalspresse eine Verächtigung, daß Genosse Flex, der den Demonstrationszug „kommandiert“ habe, der Innung nicht angehört, auch nicht einmal Maler, sondern nur — Anstreicher sei. Die Innung legt Wert auf diese Verächtigung, hielt es zum Glück. — So, die Ehre der Innung wäre gerechtfertigt und der schwarze Verdacht, als ob ein leidenschaftlicher Malermeister für ein freiwirtschaftliches Wahlrecht demonstrieren könne, beseitigt, mag Herr Malermeister Krüger gebacht haben. Der Malermeister hat einmal anders gedacht; vielleicht erinnert er sich noch dunkel jener Zeit, da er bei der Steglitzer Gemeindevahl kandidierte als überzeugter Anhänger der — Sozialdemokratie. O tempora! O mores!

Die Arbeiter-Bildungsschule Berlin beginnt am Montag, den 20. d. M., den Unterricht für das erste Quartal 1908. Von der Arbeiterschaft von Steglitz und Umgegend kann wohl erwartet werden, daß sie mit erhöhtem Eifer und rastloser Energie die Bestrebungen dieses Instituts durch zahlreiches Beitritt und fortgesetzte Propaganda fördert. Der Unterricht findet bei Schellhase, Steglitz, Hornstraße 15 a., statt, und kommt „Die neueste deutsche Geschichte“ zum Vortrag. Vortragender: Heinrich Schulz.

Sichtenberg.

Die Gemeindeverwaltung hat zum Schluß ihrer Tätigkeit die im Dezember vorgenommenen Stadtverordnetenwahlen für gültig erklärt und damit ihr Dasein lang- und kluglos eingestellt. Am Montag, den 20. Januar, nachmittags 5 Uhr, sollen die Stadtverordneten auf Anordnung des Regierungspräsidenten durch den Landrat des Kreises Niederbarnim vereidigt und in ihr Amt eingeführt werden. Die erste Sitzung der Stadtverordneten weist sieben Punkte der Tagesordnung auf und wird die Wahl des Vorsitzers, sowie die Festsetzung der Gehälter und der Zahl der Magistratsmitglieder bringen. Geschäftsordnung, Personenzahl und Personentage haben die Herren vom Blod unter sich geregelt; es werden daher die Besucher der Tribüne die „Einigkeit“ der Stadtwähler bewundern dürfen. Daß die Herren vom Blod den Magistrat in der Hauptsache mit dem „konservativen“ Element „beseelen“ wollen, spricht nicht besonders für die Dauerhaftigkeit der Wloche.

Einsparung eines Neubaus. Gestern früh kurz vor 5 Uhr stürzte plötzlich auf dem Grundstück Herzbergstr. 127 die 28 Meter lange und 7 Meter hohe Seitenmauer eines neuerrichteten Fabrikraumes zusammen. Zum Glück befanden sich keine Menschen in der Nähe. Der Einsparung wird auf die schlechte Beschaffenheit des Fundaments dieser Mauer zurückgeführt. Ausgeführt wird der Bau von der Firma Viedendts und zwar durch Viktor Maurer.

Schmargendorf.

Den Parteigenossen zur Kenntnis, daß der Genosse Maurer Zanecki heute nachmittags 4 Uhr von der hiesigen Reichshalle aus beerdigt wird. Am rege Beteiligung erwünscht.
Der Vorstand des Wahlvereins.

In der Generalversammlung des Wahlvereins gedachte vor Eintritt in die Tagesordnung Guttbier des durch einen Straßenbahnunfall aus dem Leben geschiedenen Genossen Gustav Vernecke. Es ist den Angehörigen Vernecke bis jetzt nicht möglich gewesen, über die Art und Weise, durch welche G., ums Leben gekommen ist, sich Klarheit verschaffen zu können. Weder auf dem Polizeibureau, auf welchem G. mit einer klaffenden Kopfwunde, die ihm auf der Infektion am Zoologischen Garten verbunden worden ist, benennunglos eingeliefert wurde und dann eine volle Nacht dort zubringen mußte, bevor er in das Städtchen-Krankenhaus untergebracht wurde, noch im Krankenhaus oder auf der Infallsstation, wo G. verbunden worden ist, konnte man über die Art des Unfalls Auskunft geben. Genosse G. ist kurz nach seiner Einlieferung in das Krankenhaus gestorben. Wünschenswert zu erfahren wäre es, weshalb G., der doch gewiß schwer krank war, nicht sofort in das Krankenhaus geschafft wurde und aus welchem Grunde er erst die Nacht auf der Wache zubringen mußte. Die Leiche Vernecke ist am 6. d. Mts. von der Staatsanwaltschaft beschlagnahmt und war bis zum Mittwoch, den 15. Januar, noch nicht freigegeben. Die Genossen eilten das Andenken an den Toten durch Erheben von den Sagen. Dann gab Genosse Guttbier den Bericht des Vorstandes. Er bemängelte zunächst den saumfälligen Besuch der Mitgliederversammlungen und die oft schwache Beteiligung der Genossen an den Flugblattverteilungen bzw. Agitationsstunden. Es fanden im vorigen Jahre 13 Mitgliederversammlungen und 4 Generalversammlungen statt. Nach dem Kassendebit stand einer Einnahme von 87,09 M. eine Ausgabe von 78,02 M. gegenüber. Aus der Lokalkommission berichtete Genosse Christen, daß sich betriebs der Lokale im letzten Jahre nichts ereignet habe. Daß es nicht möglich sei, weitere Lokale frei zu bekommen, läge zum Hauptteil an dem aus Berlin und den Vororten des Sonntags zustromenden Arbeiterpublikum, welches sich nicht an die Lokalliste halte. Die Wahl des Vorstandes und der Funktionäre ergab: Red als erster, Hilbrandt als zweiter Vorsitzender, Scharf als Kassierer, Christen als Schriftführer und Klatt als Beisitzer. Revision wurden die Genossen Spring und Guttbier; Mitglieder der Lokalkommission die Genossen Annter und Reichner; Bibliothekar Genosse Weigert und Zeitungspediteur Genosse Kaminski. Zu Bezirksführern wurden die Genossen Caspar, Clewice, Otto Schmidt und Sielow bestimmt. Als Delegierte zur Kreis-Generalsversammlung wurden die Genossen Red und Christen und als Ersatzmann Scharf gewählt. Ueber das Verhalten der Polizeibehörden bei den Straßendemonstrationen gegen das preukische Dreiklassenwahlrecht sprachen die Genossen ihre Verachtung aus. Es wurde nach beschloffen, am Sonntag, den 2. Februar, sich zu einem gemütlichen Beisammensein im Restaurant Café Pein zusammenzufinden.

Rigdorf.

In der Generalversammlung der hiesigen Zofstelle des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes erstattete der Bevollmächtigte Schade den Bericht der Ortsverwaltung. Der Kassendebit lag den Kollegen gedruckt vor. In die Ortsverwaltung gewählt wurden die Kollegen Schade als Bevollmächtigter, Preppernau als Schriftführer, Heinrich und Guse als Revisoren. Als Vortragsammler fungieren Lange, Schenk, Mohs, Lindner, Fering, Vogt und Wichmann. In die Kontrollkommission für die Baubranche wurden Herrg., Schröder, Stefel, Vogel, Hermann Grobher und Otto Grobher; in die für die Möbelbranche Kay, Gader, Schmidt, Schulz, Jänter, Jonas, Schulz; in die für Drechsler Jwid und für Stellmacher Lehmann gewählt. Zu dem am 16. und 17. Februar in Berlin im Gewerbekollegienhaus stattfindenden Gautage wurden die Kollegen Lutz, Schade und Hermann Grobher delegiert. Als Kandidaten für die am 8. März, mittags von 12—4 Uhr, stattfindenden Gewerbegerichtswahlen wurden Friebe und Fischer nominiert. Zum Schluß wurde noch auf den am 8. Februar in Tzelsch feststehenden Maschenbau verwiesen.

Galensee.

Eine Panik ist durch eine Störung im Betriebe der Dampfheizung in der hiesigen zweiten Gemeindevorhalle hervorgerufen worden. Während die Kinder in den Klassen beim Schulunterricht saßen, sprühten plötzlich in sämtlichen Räumen große Dampfwolken aus den Heizungsanlagen. Der Schulleiter bemühte sich eine Panik. Glücklicherweise gelang es der Lehrerschaft, dafür zu sorgen, daß keine Katastrophe eintrat. In wenigen Minuten war das ganze Schulgebäude geräumt. Die Ursache des aufregenden Zwischenfalles ist darauf zurückzuführen, daß infolge zu starken Heberdruckes aus dem Hauptkessel der Heizungsanlagen das Ventil herausgedrückt worden war.

Friedenau.

In der Generalversammlung des Wahlvereins erstattete der erste Vorsitzende, Genosse Thielcke, den Vorstandsbericht. Er gedachte zunächst des verstorbenen Genossen Werner in warmen Worten, worauf sich die Genossen zu Ehren des Verstorbenen von ihren Plätzen erhoben. Nunmehr ging Redner in Kürze auf die wichtigsten Ereignisse des verfloffenen Jahres ein und sprach die Hoffnung aus, daß sich die Genossen im neuen Jahre mit aller Kraft an allen Parteiarbeiten beteiligen mögen. Statistiken haben 13 Mitgliederversammlungen, 14 engere und 17 erweiterte Vorstandssitzungen und 8 öffentliche Volksversammlungen. Der vom Genossen Döring erstattete Kassendebit schloß mit einer Einnahme und Ausgabe von 887,70 M. ab. In den Berichten der Bezirksführer wird allgemein die schwache Beteiligung an den Wahlabenden beklagt. Auch die Beteiligung bei Flugblattverteilungen läßt viel zu wünschen übrig. — Die Neuwahl des Vorstandes hatte folgendes Ergebnis: Otto Reher, erster Vorsitzender; Paul Richter, zweiter Vorsitzender; Artur Langosz, Kassierer; Richard Hagen, Schriftführer; Georg Almann, Beisitzer. Als Revisoren wurden die Genossen Döhning, Bohlmann und Günther und als Bibliothekare die Genossen Gölde und Hirsch gewählt. — Zu den bevorstehenden Gemeindevorstandswahlen wurde der engere Vorstand beauftragt, unter Hinzuziehung von zwei Genossen das Wahlkomitee zu bilden.

Tempelhof, Mariendorf und Umgegend.

Die Arbeiter-Bildungsschule Berlin beginnt am 20. d. M. im Lokale von Koltz, Tempelhof, Berliner Straße 9, den zweiten Unterrichtskursus für die südblichen Vororte. Nach dem Ergebnis des ersten Kurses ist wohl diesmal eine noch stärkere Beteiligung zu erwarten. Es ist zu hoffen, daß die Genossen durch eifrige Propaganda und zahlreiches Beitritt die Lehrkurse für ihre Vororte zu einer dauernden Einrichtung machen werden und dadurch die Interessen dieses Instituts und ihre eigenen fördern. Der Unterricht in Rationalökonomie wird fortgesetzt; Vortragender: Julian Vorhardt.

Mariensfelde.

In der Generalversammlung des Wahlvereins erstatteten der Vorsitzende, der Kassierer und sämtliche Funktionäre den Bericht vom letzten halben Jahre. Die hierauf vorgenommene Neuwahl hatte folgendes Ergebnis: Genosse August Dampel erster, Adolf Berger zweiter Vorsitzender, Schuster Kassierer, Kreuzberg Schriftführer, Müller und Lichterade Beisitzer. Grundsätzlich Mitglied der Lokalkommission und Revisor und Gerold Revisoren. Als Bezirksführer wurde Nichtenrade und als Spekteur Seiler gewählt. Hierauf wurde auf die bevorstehenden Gemeindevorstände hingewiesen und die Genossen ersucht, mit aller Kraft für die Erhaltung des Mandates einzutreten. Zum Schluß unterzog Genosse Dampel das schneidende Vorgehen der Polizei anlässlich der Wahlrechtsdemonstration einer herben Kritik.

Ober-Schöneweide.

Vierzehn Tage im Keller gelegen hat die Leiche des Arbeiters Adolf Hermann, die vorgestern im Musikpavillon des Schlossparkes Wilhelmshof aufgefunden wurde. H., der beim Eisbaun beschäftigt war, verschwand vor etwa vierzehn Tagen, und da er eine feste Wohnung nicht besaß, wurde angenommen, daß er sich in Berlin aufhalte. Als vorgestern morgen einer der Restaurationsarbeiter sich zufällig nach dem Keller des Musikpavillons begab, fand er dort die Leiche des Vermissten auf. Nach Aufnahme eines hinzugerufenen Arztes hat Hermann durch Ersticken den Tod gefunden.

Grünau.

In der Generalversammlung des Wahlvereins gab zunächst der erste Vorsitzende Genosse Steinig den Jahresbericht. Es fanden statt zehn Vereinsitzungen, drei öffentliche Versammlungen, vier Flugblattverteilungen und zwei Agitationsstunden. Die Mitgliederzahl beträgt zurzeit 77. Die Bibliothek enthält 91 Bände. Nach dem Bericht des Kassierers Genossen Wigner betrug die Einnahme vom letzten Quartal 109,19 M., die Ausgabe am Ort 81,50 M., abgeführt 88,85 M., bleibt Bestand 2,64 M. Der Jahresbericht ergibt an Einnahme 878,55 M., Ausgabe am Ort 135,28 M., abgeführt 283,48 M., Spekteur Genosse Schröder teilte mit, daß die Zahl der Abonnenten zurzeit 140 beträgt. Die Neuwahl des Vorstandes ergab folgendes Resultat: Erster Vorsitzender: Genosse Steinig, zweiter: Genosse Aluhme, Kassierer: Genosse Wigner. Schriftführer: Genosse Paul. Beisitzer: Genosse Zantow, Spekteur: Genosse Fr. Klein. Lokalkommission: die Genossen Arnoldi, Piesch und H. Müller. Revisoren: die Genossen Arnoldi, Hoffmann, Schmidt, Goboer. Bezirksführer: die Genossen Grenzjuns, Sander, Hinz, W. Müller, H. Müller. Bibliothekar: Fr. Klein. Zur Kreis-Generalsversammlung wurden delegiert die Genossen Steinig, Zantow, Fr. Klein. Neu angenommen wurden zwei Genossen. Hierauf berichtet der Genosse Wigner aus der letzten Gemeindevorstandssitzung. Der Vorstand ist, daß die Herren sich zur Kaisergeburtstagsfeier 100 M. bewilligten, die denkschriftliche Errichtung eines Freibades a la Wannsee jedoch ablehnten. Genosse Wigner wird gleichzeitig auf die demnächst stattfindende Neuwahl eines Vertreters hin und ermahnte, die bis zum 30. d. M. während der Dienststunden im Amtshaus ausliegenden Wahlunterlagen nachzugehen. Diejenigen Genossen, die verhindert sind, selbst die Listen einzulegen, werden ersucht, ihre Adressen bei den Genossen Wigner, Königstr. 2, J. Kreuzer, Köpenickerstr. 88, und Köhn, Vahnhoffstr. 8, abzugeben.

Weissensee.

Durch einen Radfahrer schwer verunglückt ist vorgestern Abend die 20jährige Kontoristin Alwine Wecker. Das junge Mädchen hatte in der Nähe des Ringbahnhofes den Radweg der Greifswalderstraße überschritten wollen. Ein Radler, der in rasendem Tempo herangefahren kam, fauste so dicht an der W. vorüber, daß

sie umgerissen und auf die Straße geschleudert wurde. In bewußtlosen Zustande wurde die Verunglückte nach dem Krankenhaus gebracht. Sie hatte eine schwere Schirmerschütterung und anscheinend auch innere Verletzungen erlitten. Der Radfahrer entzog sich seiner Feststellung durch schlunige Flucht.

Pankow.

Die seit längerer Zeit hier vorkommenden Diebstähle und Einbrüche gaben den sozialdemokratischen Gemeindevorstand Veranlassung, den Gemeindevorstand zu interpellieren, weshalb die im Etat festgelegten Nachtwächterstellen unbesetzt blieben. Dadurch seien ganze Ortsteile des Nachts unbewacht und die Herren Einbrecher könnten ungehindert arbeiten. Es wurde dem Petenten erwidert, daß die zurzeit im Dienst befindlichen Nachtwächter nicht die geeigneten Personen seien. Das gezahlte Gehalt (720 M. pro Jahr) gestalte auch nicht, gediente Leute, das heißt Militäranwärter, anzustellen. Es will deshalb der Gemeindevorstand eine geeignete Vorlage einbringen, um die Polizei zu verstärken.

Diese Maßnahme mag sich für den Herrn Bürgermeister als notwendig erweisen, da bekanntlich die vorhandene Polizei nicht ausreicht, die sozialdemokratischen Fahlabende zu überwachen. In unsern Genossen wird indes Gelegenheit gegeben werden, bei Beratung über die vom Bürgermeister eingebrachte Vorlage gegen diesen „Schub“ der Bürger energisch zu protestieren. Des weiteren wurde festgestellt, daß die Pankower Polizei gelegentlich der Demonstration am letzten Sonntag den Polizeihund mitgeführt hat, eine Maßnahme, die dem Bürgermeister sichtlich unangenehm war, da er unserm Redner ins Wort fiel mit dem Bemerkens, „daß das Amtsschweigen sei und die Gemeindevertretung nichts angehe.“

Reinickendorf.

Eine Kostabdebatte hatte am Donnerstag unser Dorfparlament. Von unseren Genossen war folgender von dem bürgerlichen Gemeindevorstand La Barre mitunterzeichneter dringlicher Antrag gestellt: „1. Erhebungen darüber anzustellen, wieviel Kinder ohne Frühstück in die Schule kommen, und die zur Speisung dieser Armeisten notwendigen Mittel zur Verfügung zu stellen. 2. Erhebungen über den Umfang der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit zu veranlassen, eventuell unter Hinzuziehung der organisierten Reinickendorfer Arbeiterschaft, und zur Beschäftigung dieser Arbeitslosen sofort Kostarbeiten in Angriff zu nehmen und die erforderlichen Mittel hierfür in den Etat einzustellen.“ Von unsern Genossen OHL wurde der Antrag aufs eingehendste begründet; zugleich wies Redner darauf hin, daß in vielen anderen Orten es dieser Anregung erst nicht bedürft hätte, sondern der Magistrat oder der Gemeindevorstand aus eigener Initiative derartige Erhebungen veranstaltet und entsprechende Vorschläge gemacht habe. In der dieser Begründung folgenden Verdringung wußten die bürgerlichen Herren nichts zu sagen. Nicht einmal in der Debatte der Behandlung dringender Anträge wußten diese Leute Bescheid, und zwar sind das dieselben Leute, die glauben, daß die Arbeiter noch nicht reif seien für die Mitarbeit in Staat und Gemeinde. Erst unser Genosse OHL sowie der Beigeordnete Reichhelm machten sie auf die Konsequenz des Antrags aufmerksam mit dem Erfolge, daß die Herren darüber so bestürzt waren, daß sie den Antrag gegen die Stimmen der Antragsteller ablehnten, obwohl Genosse OHL darauf hinwies, daß diese Abstimmung für die bürgerlichen Gemeindevorstand ein Prüffeld ihres sozialen Verständnisses sein werde. Für den Antrag stimmten außer unsern Genossen noch der Mitunterzeichner Gemeindevorstand La Barre, dagegen der Herr Bürgermeister, der Beigeordnete Reichhelm sowie die Schöffen Schemmel und Schmidt, ferner die Gemeindevorstand Grobkopf, Laubisch, Henrichs und Müller (die übrigen fünf Herren aus der ersten und zweiten Wahlklasse blühten durch Abwesenheit). Die bürgerlichen Herren von der Gemeindeverwaltung haben also damit gezeigt, daß die Not der arbeitenden Bevölkerung für sie keine „dringende Angelegenheit“ ist. Nun, es mag sein, aber nicht jeder befindet sich in der Lage, soviel Steuern zahlen zu können, um als Vertreter der Satten die Forderung des Proletariats mit einer Handbewegung abtun zu können. Die Arbeiter und hoffentlich auch alle sozialgesinnten Kreise werden sich das merken und sich bei der bevorstehenden Gemeindevorstandswahl dessen erinnern.

Von Bedeutung für die Arbeiterschaft ist ferner der Antrag unserer Genossen, die Gemeindevorstandswahl auf einen Sonntag festzusetzen, eventuell aber die Wahlzeit bis abends 9 Uhr auszudehnen. Hier bestritt der Bürgermeister zunächst der Gemeindevertretung das Recht, mitzureden. Zugleich erklärte er, daß er die Wahl an einem Sonntag für unzulässig halte und daß die Ausdehnung der Wahlzeit bis abends 8 Uhr vollst genüge. Man könne verlangen, daß die arbeitende Bevölkerung gleich den Wählern der übrigen Klassen für die Ausübung ihrer staatsbürgerlichen Rechte und für die Betätigung ihrer politischen Ansicht Opfer bringen. Der Herr scheint es nicht zu wissen, daß es gerade die arbeitende Bevölkerung ist, die sowohl dem Staats- als auch dem Gemeinleben das weitgehendste Interesse entgegenbringt und dabei wohl mehr Opfer trägt als die bestehenden Klassen; daß es aber vielen selbst beim besten Willen nicht möglich ist, so früh an die Wahlurne zu treten.

Von den weiteren Verhandlungsgegenständen ist zu erwähnen die Beschlußfassung über die Inbetriebnahme des Industriestriegels und der mit den Adjazenten abgeschlossenen Verträge. Ferner die Aufnahme einer Anleihe von 550.000 M. bei der Reumarktschen Ritterschaftsstiftung zur Verteilung verschiedener Ausgaben (Schul- und Strohbauten usw.).

Eingangs der Verhandlungen widmete der Bürgermeister unsern verstorbenen Genossen Schilling ehrender Anerkennung. Deswegen soll ihm doch unvergessen bleiben, daß er sich nicht nur nicht an der Beerdigung des doch gewiß in sechszehnjähriger Tätigkeit sich um die Gemeinde verdient gemacht habenden Genossen beteiligte, sondern sogar dem Genossen OHL, selbst ein Gemeindevorstand, verneinte, dem verstorbenen Genossen, Freund und Mitarbeiter in der Gemeindevorstandswahl ein paar Abschiedsworte am Grabe zuzurufen. Der Kirchhof gehört nämlich der Gemeinde und übt der Bürgermeister hier das Hausrecht aus.

Friedrichsfelde.

Im Hinblick auf die bevorstehende Gemeindevorstandswahl fand am 14. d. M. bei B. Bude eine öffentliche gut besuchte Versammlung statt. Der Gemeindevorstand Genosse Finkele gab den Bericht aus der Gemeindevorstand. Im Vordergrund des Interesses und des Reserats stand die Kanalisationsangelegenheit, aber die wir bereits auf Grund der in der Gemeindevorstandswahl gepflogenen Verhandlungen wiederholt berichteten.

Nach beendetem Reserat forderte der Vorsitzende Genosse Kronwald etwa antwefende Gegner zur Wortnehmung auf. Allein, es war vergebens, Genosse Schmitt brandmarktete das Schweigen als berechtes Zeugnis ihrer Mähschuld.

Hierauf fand folgende Resolution ein stimmige Annahme: In Anbetracht der Verhältnisse bei der Vergabung der Arbeiten zur Kanalisation auf dem Wege der Submission, wobei jetzt schon festgestellt ist, daß die Gemeinde um mehrere tausend Mark geschädigt ist, fordert sie heute im Lokal des Herrn B. Bude tagende, von circa 450 Personen besuchte Einwohnerversammlung von der Gemeindevorstandswahl die Verteilung, daß alle künftigen Gemeindevorstände, soweit möglich, in eigener Regie ausgeführt werden. Im weiteren Verfolg der Tagesordnung teilte Genosse Kronwald den überraschenden Beschluß der Gemeindevorstandswahl mit, wonach in unserem Ort in der dritten Klasse keine Vertreter zu wählen sind, weil man eine andere Bezirksabteilung zwischen Friedrichsfelde und Kacksdorf beschloffen habe. Schliesslich wies Redner noch auf die empörende Ungerechtigkeit der Klassenwahl hin, streifte die Vorgänge vom 12. Januar und schloß die Versammlung mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf das allgemeine Wahlrecht und die Sozialdemokratie.

Oraienburg.

Für 1000 R. Bier ist gestern in die Habel geflossen. Durch einen nichtwärtigen Eubenstreich ist am gestrigen Tage das Münchener Brauhaus empfindlich geschädigt worden.

Gerichts-Zeitung.

Trauriges Los einer Ehefrau.

Die Händlerin Emilie Bartel, geb. Horn, hatte sich gestern wegen Körperverletzung mittels einer Waffe und einer das Leben gefährdenden Behandlung — die Anklage lautete ursprünglich auf versuchten Mord — vor der vierten Strafkammer unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Schmann zu verantworten.

Gesprungen oder gestiegen?

Eine Vollzeiterordnung des Regierungspräsidenten zu Breslau vom 21. Mai 1907 verbietet es, auf die elektrische Straßenbahn während der Fahrt aufzuspringen und während der Fahrt von ihr abzuspringen.

Vermischtes.

Beim Spielen auf dem Eise ertrunken. Nach einer Meldung aus Braunschweig brachen dort beim Spielen auf dem Eise des sogenannten Kandel zwei Knaben ein.

Schiffsunfälle. Einer Meldung aus Hamburg zufolge ist der Boortanddampfer „Kölan Boermann“ auf der Reise nach Westafrika bei Grand Bassa auf einen Felsen aufgelaufen und gänzlich verloren.

Erst-„Patrie“. Das lenkbare Luftschiff „Ville de Paris“ unternahm eine Meldung aus Verdun zufolge gestern mehrere erfolgreiche Aufstiege.

Erdbeben. Wie aus Ceinje gemeldet wird, wurde vorgestern abend 5 Uhr 55 Minuten dort ein starker Erdstöß wahr- genommen, dessen Dauer 3 Sekunden betrug.

Wochen-Spielplan der Berliner Theater.

Königl. Opernhaus. Sonntag: Der fliegende Holländer. Montag: Aida. Dienstag: Iphigene. Das war ich. Opernhaus. Mittwoch: Die Fledermaus.

Königl. Schauspielhaus. Sonntag: Der gedante Stegried. Montag: Die Räuber. Dienstag: Die Räuber. Mittwoch: Die Räuber.

Deutsches Theater. Sonntag: Die Räuber. Montag: Die Räuber. Dienstag: Die Räuber. Mittwoch: Die Räuber.

Berliner Theater. Abends: Die Räuber. Sonntag: Die Räuber. Montag: Die Räuber. Dienstag: Die Räuber.

Kleines Theater. Sonntag: Ein Puppenheim. Montag: Ein Puppenheim. Dienstag: Ein Puppenheim. Mittwoch: Ein Puppenheim.

Trianon-Theater. Sonntag: Gaston Frauen. Montag: Gaston Frauen. Dienstag: Gaston Frauen. Mittwoch: Gaston Frauen.

Komische Oper. Sonntag: Die verkaufte Braut. Montag: Die verkaufte Braut. Dienstag: Die verkaufte Braut.

Theater des Westens. Jeden Abend: Ein Walzertraum. Heute und nächsten Sonntag: Ein Walzertraum.

Opernhaus. Sonntag: Die verkaufte Braut. Montag: Die verkaufte Braut. Dienstag: Die verkaufte Braut.

Opernhaus. Sonntag: Die verkaufte Braut. Montag: Die verkaufte Braut. Dienstag: Die verkaufte Braut.

Opernhaus. Sonntag: Die verkaufte Braut. Montag: Die verkaufte Braut. Dienstag: Die verkaufte Braut.

Opernhaus. Sonntag: Die verkaufte Braut. Montag: Die verkaufte Braut. Dienstag: Die verkaufte Braut.

Opernhaus. Sonntag: Die verkaufte Braut. Montag: Die verkaufte Braut. Dienstag: Die verkaufte Braut.

Opernhaus. Sonntag: Die verkaufte Braut. Montag: Die verkaufte Braut. Dienstag: Die verkaufte Braut.

Opernhaus. Sonntag: Die verkaufte Braut. Montag: Die verkaufte Braut. Dienstag: Die verkaufte Braut.

7 1/2 Uhr. Dienstag bis Sonnabend: Immer oben auf. Sonntag: Immer oben auf.

Vorjüng-Theater. Sonntag: Immer oben auf. Montag: Immer oben auf.

Vorjüng-Theater. Sonntag: Immer oben auf. Montag: Immer oben auf.

Vorjüng-Theater. Sonntag: Immer oben auf. Montag: Immer oben auf.

Vorjüng-Theater. Sonntag: Immer oben auf. Montag: Immer oben auf.

Vorjüng-Theater. Sonntag: Immer oben auf. Montag: Immer oben auf.

Vorjüng-Theater. Sonntag: Immer oben auf. Montag: Immer oben auf.

Vorjüng-Theater. Sonntag: Immer oben auf. Montag: Immer oben auf.

Vorjüng-Theater. Sonntag: Immer oben auf. Montag: Immer oben auf.

Vorjüng-Theater. Sonntag: Immer oben auf. Montag: Immer oben auf.

Vorjüng-Theater. Sonntag: Immer oben auf. Montag: Immer oben auf.

Vorjüng-Theater. Sonntag: Immer oben auf. Montag: Immer oben auf.

Vorjüng-Theater. Sonntag: Immer oben auf. Montag: Immer oben auf.

Vorjüng-Theater. Sonntag: Immer oben auf. Montag: Immer oben auf.

Vorjüng-Theater. Sonntag: Immer oben auf. Montag: Immer oben auf.

Vorjüng-Theater. Sonntag: Immer oben auf. Montag: Immer oben auf.

Vorjüng-Theater. Sonntag: Immer oben auf. Montag: Immer oben auf.

Vorjüng-Theater. Sonntag: Immer oben auf. Montag: Immer oben auf.

Vorjüng-Theater. Sonntag: Immer oben auf. Montag: Immer oben auf.

Vorjüng-Theater. Sonntag: Immer oben auf. Montag: Immer oben auf.

Vorjüng-Theater. Sonntag: Immer oben auf. Montag: Immer oben auf.

Vorjüng-Theater. Sonntag: Immer oben auf. Montag: Immer oben auf.

Vorjüng-Theater. Sonntag: Immer oben auf. Montag: Immer oben auf.

Vorjüng-Theater. Sonntag: Immer oben auf. Montag: Immer oben auf.

Vorjüng-Theater. Sonntag: Immer oben auf. Montag: Immer oben auf.

Vorjüng-Theater. Sonntag: Immer oben auf. Montag: Immer oben auf.

Vorjüng-Theater. Sonntag: Immer oben auf. Montag: Immer oben auf.

Vorjüng-Theater. Sonntag: Immer oben auf. Montag: Immer oben auf.

Vorjüng-Theater. Sonntag: Immer oben auf. Montag: Immer oben auf.

Vorjüng-Theater. Sonntag: Immer oben auf. Montag: Immer oben auf.

Vorjüng-Theater. Sonntag: Immer oben auf. Montag: Immer oben auf.

Vorjüng-Theater. Sonntag: Immer oben auf. Montag: Immer oben auf.

Als die Angeklagte von einem Schuttmann festgenommen wurde, äußerte sie: „Dem habe ich einen ordentlichen Schreck eingejagt!“

Als die Angeklagte von einem Schuttmann festgenommen wurde, äußerte sie: „Dem habe ich einen ordentlichen Schreck eingejagt!“

Als die Angeklagte von einem Schuttmann festgenommen wurde, äußerte sie: „Dem habe ich einen ordentlichen Schreck eingejagt!“

Als die Angeklagte von einem Schuttmann festgenommen wurde, äußerte sie: „Dem habe ich einen ordentlichen Schreck eingejagt!“

Als die Angeklagte von einem Schuttmann festgenommen wurde, äußerte sie: „Dem habe ich einen ordentlichen Schreck eingejagt!“

Als die Angeklagte von einem Schuttmann festgenommen wurde, äußerte sie: „Dem habe ich einen ordentlichen Schreck eingejagt!“

Als die Angeklagte von einem Schuttmann festgenommen wurde, äußerte sie: „Dem habe ich einen ordentlichen Schreck eingejagt!“

Als die Angeklagte von einem Schuttmann festgenommen wurde, äußerte sie: „Dem habe ich einen ordentlichen Schreck eingejagt!“

Als die Angeklagte von einem Schuttmann festgenommen wurde, äußerte sie: „Dem habe ich einen ordentlichen Schreck eingejagt!“

Als die Angeklagte von einem Schuttmann festgenommen wurde, äußerte sie: „Dem habe ich einen ordentlichen Schreck eingejagt!“

Als die Angeklagte von einem Schuttmann festgenommen wurde, äußerte sie: „Dem habe ich einen ordentlichen Schreck eingejagt!“

Als die Angeklagte von einem Schuttmann festgenommen wurde, äußerte sie: „Dem habe ich einen ordentlichen Schreck eingejagt!“

Als die Angeklagte von einem Schuttmann festgenommen wurde, äußerte sie: „Dem habe ich einen ordentlichen Schreck eingejagt!“

Als die Angeklagte von einem Schuttmann festgenommen wurde, äußerte sie: „Dem habe ich einen ordentlichen Schreck eingejagt!“

Als die Angeklagte von einem Schuttmann festgenommen wurde, äußerte sie: „Dem habe ich einen ordentlichen Schreck eingejagt!“

Als die Angeklagte von einem Schuttmann festgenommen wurde, äußerte sie: „Dem habe ich einen ordentlichen Schreck eingejagt!“

Als die Angeklagte von einem Schuttmann festgenommen wurde, äußerte sie: „Dem habe ich einen ordentlichen Schreck eingejagt!“

Als die Angeklagte von einem Schuttmann festgenommen wurde, äußerte sie: „Dem habe ich einen ordentlichen Schreck eingejagt!“

Als die Angeklagte von einem Schuttmann festgenommen wurde, äußerte sie: „Dem habe ich einen ordentlichen Schreck eingejagt!“

Als die Angeklagte von einem Schuttmann festgenommen wurde, äußerte sie: „Dem habe ich einen ordentlichen Schreck eingejagt!“

Als die Angeklagte von einem Schuttmann festgenommen wurde, äußerte sie: „Dem habe ich einen ordentlichen Schreck eingejagt!“

Als die Angeklagte von einem Schuttmann festgenommen wurde, äußerte sie: „Dem habe ich einen ordentlichen Schreck eingejagt!“

Als die Angeklagte von einem Schuttmann festgenommen wurde, äußerte sie: „Dem habe ich einen ordentlichen Schreck eingejagt!“

Als die Angeklagte von einem Schuttmann festgenommen wurde, äußerte sie: „Dem habe ich einen ordentlichen Schreck eingejagt!“

Als die Angeklagte von einem Schuttmann festgenommen wurde, äußerte sie: „Dem habe ich einen ordentlichen Schreck eingejagt!“

Als die Angeklagte von einem Schuttmann festgenommen wurde, äußerte sie: „Dem habe ich einen ordentlichen Schreck eingejagt!“

Als die Angeklagte von einem Schuttmann festgenommen wurde, äußerte sie: „Dem habe ich einen ordentlichen Schreck eingejagt!“

Als die Angeklagte von einem Schuttmann festgenommen wurde, äußerte sie: „Dem habe ich einen ordentlichen Schreck eingejagt!“

Als die Angeklagte von einem Schuttmann festgenommen wurde, äußerte sie: „Dem habe ich einen ordentlichen Schreck eingejagt!“

Als die Angeklagte von einem Schuttmann festgenommen wurde, äußerte sie: „Dem habe ich einen ordentlichen Schreck eingejagt!“

Als die Angeklagte von einem Schuttmann festgenommen wurde, äußerte sie: „Dem habe ich einen ordentlichen Schreck eingejagt!“

Als die Angeklagte von einem Schuttmann festgenommen wurde, äußerte sie: „Dem habe ich einen ordentlichen Schreck eingejagt!“

Als die Angeklagte von einem Schuttmann festgenommen wurde, äußerte sie: „Dem habe ich einen ordentlichen Schreck eingejagt!“

Als die Angeklagte von einem Schuttmann festgenommen wurde, äußerte sie: „Dem habe ich einen ordentlichen Schreck eingejagt!“

Als die Angeklagte von einem Schuttmann festgenommen wurde, äußerte sie: „Dem habe ich einen ordentlichen Schreck eingejagt!“

Als die Angeklagte von einem Schuttmann festgenommen wurde, äußerte sie: „Dem habe ich einen ordentlichen Schreck eingejagt!“

Als die Angeklagte von einem Schuttmann festgenommen wurde, äußerte sie: „Dem habe ich einen ordentlichen Schreck eingejagt!“

Als die Angeklagte von einem Schuttmann festgenommen wurde, äußerte sie: „Dem habe ich einen ordentlichen Schreck eingejagt!“

Als die Angeklagte von einem Schuttmann festgenommen wurde, äußerte sie: „Dem habe ich einen ordentlichen Schreck eingejagt!“

Als die Angeklagte von einem Schuttmann festgenommen wurde, äußerte sie: „Dem habe ich einen ordentlichen Schreck eingejagt!“

Als die Angeklagte von einem Schuttmann festgenommen wurde, äußerte sie: „Dem habe ich einen ordentlichen Schreck eingejagt!“

Als die Angeklagte von einem Schuttmann festgenommen wurde, äußerte sie: „Dem habe ich einen ordentlichen Schreck eingejagt!“

Als die Angeklagte von einem Schuttmann festgenommen wurde, äußerte sie: „Dem habe ich einen ordentlichen Schreck eingejagt!“

Als die Angeklagte von einem Schuttmann festgenommen wurde, äußerte sie: „Dem habe ich einen ordentlichen Schreck eingejagt!“

Als die Angeklagte von einem Schuttmann festgenommen wurde, äußerte sie: „Dem habe ich einen ordentlichen Schreck eingejagt!“

Als die Angeklagte von einem Schuttmann festgenommen wurde, äußerte sie: „Dem habe ich einen ordentlichen Schreck eingejagt!“

Als die Angeklagte von einem Schuttmann festgenommen wurde, äußerte sie: „Dem habe ich einen ordentlichen Schreck eingejagt!“

Als die Angeklagte von einem Schuttmann festgenommen wurde, äußerte sie: „Dem habe ich einen ordentlichen Schreck eingejagt!“

Als die Angeklagte von einem Schuttmann festgenommen wurde, äußerte sie: „Dem habe ich einen ordentlichen Schreck eingejagt!“

Als die Angeklagte von einem Schuttmann festgenommen wurde, äußerte sie: „Dem habe ich einen ordentlichen Schreck eingejagt!“

Als die Angeklagte von einem Schuttmann festgenommen wurde, äußerte sie: „Dem habe ich einen ordentlichen Schreck eingejagt!“

Als die Angeklagte von einem Schuttmann festgenommen wurde, äußerte sie: „Dem habe ich einen ordentlichen Schreck eingejagt!“

Als die Angeklagte von einem Schuttmann festgenommen wurde, äußerte sie: „Dem habe ich einen ordentlichen Schreck eingejagt!“

Als die Angeklagte von einem Schuttmann festgenommen wurde, äußerte sie: „Dem habe ich einen ordentlichen Schreck eingejagt!“

Als die Angeklagte von einem Schuttmann festgenommen wurde, äußerte sie: „Dem habe ich einen ordentlichen Schreck eingejagt!“

Als die Angeklagte von einem Schuttmann festgenommen wurde, äußerte sie: „Dem habe ich einen ordentlichen Schreck eingejagt!“

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den

Wirtschaftlicher Wochenbericht.

Berlin, 18. Januar 1908.

Rückgang der Stahlproduktion. — Auftragsbestand des Düffeldorfer Roheisenhandlats. — Preisveränderungen. — Kleinereisenindustrie. — Kohlenverband. — Geldmarkt. — Textilindustrie.

Obwohl die Erwartungen schon ziemlich tief herabgestimmt waren, hat der letzte Verbandsausweis des Stahlwerksverbandes doch sehr unangenehm überrascht. Seit September vorigen Jahres ist der Gesamtverband in Produkten A (Halbzeug, Formeisen und Eisenbahnmaterial) in jedem Monat hinter die Ziffern in den Parallelmonaten des Vorjahres zurückgefallen. Aber der Rückgang war noch in keinem Monat so stark als im Dezember. Er stellt sich auf 89 611 Tonnen. Steht man die Ergebnisse der letzten vier Monate in Vergleich, dann ergeben sich folgende Verbandsziffern: September—Dezember 1906 — 1 977 809 To., September—Dezember 1907 — 1 641 125 To., Rückgang im letzten Jahre 336 684 To. Dabei muß noch berücksichtigt werden, daß die Werkstätigkeit in der letzten Zeit günstig beeinflusst wurde durch die Aufträge der Eisenbahnverwaltungen und die Betriebe den Ausfall in anderen Erzeugnissen durch verstärkte Produktion von Eisenbahnmaterial wenigstens teilweise ausgleichen konnten. Aus folgender Zusammenstellung ist das ersichtlich. Der Verband betrug im Dezember:

Table with 3 columns: Product, 1906, 1907. Rows include Halbzeug, Eisenbahnmaterial, Formeisen, Gesamtprodukten A.

Obwohl der Verband in Eisenbahnmaterial um 25,3 Proz. sich hob, blühte der Gesamtverband in Produkten A um 19,9 Proz. ein. Verbandsziffern wird versucht, die starke Verschlebung als wenig bedeutungsvoll erscheinen zu lassen. Die Zeitung unternimmt es, dem wenig erfreulichen Zahlenbilde ein freundlicheres Kolorit zu geben. Sie schreibt: „Der Verband wurde in Halbzeug beeinträchtigt durch die Zurückhaltung der Abnehmer, welche infolge der Preisermäßigung ab Januar 1908 nur die unbedingt notwendige Menge zu den alten höheren Preisen abriefen, sowie im letzten Drittel des Monats durch die Weihnachtseier und die gegen Jahresende übliche Inventur und Reparaturarbeiten, in Formeisen dadurch, daß infolge des teuren Geldes nicht wie in Vorjahren die Träger in die Winterlager der Händler abgeführt wurden, sondern auf den Werken lagern. Der Verband in Eisenbahnmaterial, der nur 2544 Tonnen weniger als im November, dagegen 44 386 Tonnen mehr als im Dezember 1906 betrug, war sehr befriedigend.“ — Im Jahre 1908 fielen die „Weihnachtseier“ und die „üblichen“ Inventur- und Reparaturarbeiten unseres Wissens auch in den Dezembermonat. Auch der zuerst angeführte Punkt erscheint uns wenig stichhaltig. Die ab 1. Januar gültigen Preisermäßigungen haben für die früheren festen Abschlässe keine Gültigkeit. Es stellt sich demnach heraus, daß entgegen anderslautender, bis in die letzte Zeit hinein in der Werkpresse aufgestellter Behauptungen, der Arbeitsstod schon vollständig reduziert ist. Die Auslassung der Verbandsleitung datiert vom 15. Januar 1908. Sie hätte ganz sicher nicht unterlassen, mitzuteilen, daß ihre in dem ersten Satz ihrer Erklärung zum Ausdruck gebrachte Erwartung sich tatsächlich erfüllt habe, wenn wirklich Abnehmer nur darauf gewartet hätten, nach dem 1. Januar größere Aufträge zu

den reduzierten Preisen zu vergeben. Wir finden, die krampfhaften Versuche, die Lage zu verschleiern, ist nur geeignet, das Mißtrauen unnötigerweise zu stärken. Der Stahlverband sollte sich für seine publizistischen Bedürfnisse geschicktere Federn anschaffen. Aus der am 16. Januar stattgefundenen Generalversammlung des Stahlverbandes wird berichtet, es sei festgestellt worden, daß in Halbzeug der Abruf sich etwas lebhafter gestalte, im Formeisengeschäft die Ruhe aber anhalte. Die Zurückhaltung werde allgemein auf die schlechte Geldmarktlage zurückgeführt. Heute will man glauben lassen, die Zurückhaltung im Dezember sei eine Folge der Preisreduktion, im Januar müsse ein neuer Ansturm der Händler und Verbraucher einlegen. Und morgen läßt man erklären: die schlechten Geldmarktverhältnisse sind die Ursache der Geschäftsrühe im Januar. — Auch die Stimmungsmacher im Roheisenhandlat scheinen anzunehmen, die Leser müßten alles was ihnen vorgelegt wird, kritiklos gläublich schlucken. Im vorigen Bericht ankerten wir uns skeptisch zu einer Meldung der „Mh. Westf. Zeitung“, nach der in der letzten Dezemberhälfte größere Posten Roheisen in Auftrag gegeben worden sein sollten. Wie recht wir hatten, wird bestätigt durch die jetzt bekannt gewordene Tatsache, daß das Düffeldorfer Roheisenhandlat am 1. Januar einen Auftragsbestand von nur 173 000 Tonnen gebudt hatte, gegen 953 000 Tonnen am 1. Januar 1907. Dazu wird allerdings erklärend mitgeteilt, daß der Verkauf für das 1. Semester 1908 erst kurz vor Jahreschluss freigegeben worden sei und in der ersten Hälfte Januar auch schon Aufträge in „beträchtlichem“ Umfang hereingelommen seien und der jetzige Auftragsbestand den pro 1. Januar angegebenen „wesentlich“ übersteige. Wir vermüssen an der „Aufklärung“ zweierlei: einmal Mitteilung über langfristige Aufträge und konkrete Angaben über die neuen Auftragsmengen. Warum gibt man nicht Zahlen an anstatt der nichtstagenen, unbestimmten Angaben „wesentlich“ und „beträchtlich“? Im Dezember sollten ja auch größere Posten hereingelommen sein und doch war der Auftragsbestand am 1. Januar auf eine überraschend niedrige Ziffer zusammengeschrumpft. — Wahrscheinlich würde das Bild auf dem Eisenmarkt sich freundlicher gestalten, wenn die Beweglichkeit der Preise nicht durch die Verbände und Syndikate allzu stark eingeschränkt würde. Die Verbraucher wissen: dauernd können die Hochkonjunkturpreise nicht gehalten werden! Darum schränkt man sich ein oder deckt den Bedarf im Auslande. Damit der durch den kolossalen Bergwerksbetrieb geschützten Preispolitik des Kohlenhandlats und dem Widerstande des Roheisenhandlats gegen Preisnachlässe kein England seinen Export nach Deutschland steigern. Die Siegerländer Eisensteinproduzenten wollen nur Nachlässe gewähren, wenn auch die Kohle billiger wird und die Roheisenpreise werden mit den hohen Erzeugerpreisen verteidigt. So hält ein Kad das andere auf. Gegen Oktober sind nach den Notierungen von „Stahl und Eisen“ folgende Preisreduktionen eingetreten: Thomasseisen frei Verbrauchsstelle netto Klasse von 76 M. auf 66,40 M., Spiegeleisen von 90—92 M. auf 85 bis 87 M., englisches Gießereiseisen Nr. 3 frei Ruhrort von 74—76 Mark auf 71—72 M., Luxemburger Puddelseisen von 60,8—61,6 M. auf 52,8—53,8 M., Stahlschweißblech von 160 M. auf 145 M., Stahlschweißblech von 130—132 M. auf 107,5—115 M., Kesselblech von 140 M. auf 128 M., sekunda Bleche von 130 M. auf 118 M. Alle anderen Preise blieben unverändert; die Spannung zwischen den Rohmaterialpreisen und den Preisen der Erzeugnisse in der Weiterverarbeitung ist größer geworden. Das ist ein Faktor, der die Störungen auf dem Wirtschaftsmarkt derhärtet und erweitert. — In der Kleinereisenindustrie ist die Lage in der Hauptsache nur noch für diejenigen Betriebe günstig, die durch die starke Förderung der Erzeugung in Eisenbahnmaterial profitieren. Speziell die Schraubenfabriken haben gut zu tun. — Das Rheinisch-Westfälische Kohlenhandlat hat im Dezember eine

gute Absatzziffer erreicht, nämlich 5 768 882 Tonnen Kohlen gegen 5 749 763 Tonnen im November und 4 964 525 Tonnen im Dezember 1906. Der Absatz stieg sich auf 1 177 876 Tonnen im Dezember 1907, 1 150 016 Tonnen im Dezember 1906 und 1 064 880 Tonnen im November 1907. Obgleich die Eisenwerke weniger verbraucht, ist der Absatz an Kohle doch noch gestiegen. Wahrscheinlich dürfte das auf stärkere Ansammlung von Vorräten in den Werkslagern zurückzuführen sein. — Die erhoffte stärkere Flüssigkeit am Geldmarkt ist noch ausgeblieben. Der letzte Ausweis der Reichsbank zeigt eine nur minimale Besserung. Die Bank von England hat die Diskontermäßigung von 6 auf 5 Proz., die bereits in vergangener Woche erwartet wurde, am Freitag vorgenommen. — Aus der Textilindustrie werden verschiedentlich weitere Betriebsminderungen gemeldet. Die Abschwächung hält sich aber in einem mäßigen Tempo und sucht man Entlassungen nach Möglichkeit zu vermeiden. D.

Vermischtes.

Ein „gut unterrichteter“ Bürgermeister.

Mit einem seltenen Fall hatte sich die letzte Sitzung der Havelberger Stadtverordneten zu beschäftigen. Es handelte sich nämlich um die Ungültigkeitserklärung einer vor bereits drei Jahren vollzogenen Wahl. Und das nicht etwa, weil der betreffende Stadtverordnete ein schweres Vergehen begangen hätte und infolgedessen das Prädikat unwürdig an seiner Stirne trug, sondern weil er als Schlossermeister auch das Amt eines städtischen Eichmeisters bekleidet. Vor drei Jahren, als der Schlossermeister und Eichmeister Jerratsch als Stadtverordneter gewählt wurde, hatte die Stadtverordnetenversammlung unter Verhütung, daß der Bewähnte ein städtisches Amt bekleidete, seine Wahl als gültig anerkannt. Jetzt nach drei Jahren ist plötzlich, wie der Vorsitzende in der Versammlung mitteilte, Einspruch gegen die damals vollzogene Wahl erhoben. Im preussischen Verwaltungsstatut vom Jahre 1900 sei ein Fall mitgeteilt, wonach das Oberverwaltungsgericht entschieden habe, daß ein Eichmeister städtische Funktionen ausüben und infolgedessen nicht in das Stadtverordnetenkollegium gewählt werden könne. In einem solchen Falle habe das Kollegium laut Städteordnung die Verpflichtung, die unberechtigte Wahl für nichtig zu erklären. Er, der Bürgermeister, habe J. vor einigen Tagen zu sich kommen lassen und ihn zu bewegen gesucht, freiwillig sein Mandat niederzulegen, doch habe sich J. entschieden geweigert zurückzutreten. In der langen Debatte wurde eingewandt, daß die Versammlung jetzt gar kein Recht mehr habe, die Wahl für ungültig zu erklären, da laut Städteordnung ein Einspruch nur innerhalb zwei Wochen angebracht werden könne. Auch laufe man Gefahr, daß die Beschlüsse der Versammlung, bei denen Jerratsch mitgewirkt habe, beanstandet werden. Ein Stadtverordneter meinte, Sache des Bürgermeisters sei es, sich bei dem Kollegium zu entschuldigen, daß derselbe von der Erklärung des Regierungspräsidenten nicht Mitteilung gemacht habe. Andererseits wurde ihm Pflichtvernachlässigung vorgeworfen, weil er das Schreiben des Regierungspräsidenten vom Jahre 1900 ignoriert habe. Beschlossen wurde dann, den Magistrat zu ersuchen, eine Entscheidung gemäß der gesetzlichen Bestimmungen zu treffen.

Wir glauben eher annehmen zu können, daß der Magistrat und der Bürgermeister von dem Entschiede des Oberverwaltungsgerichts keine Kenntnis hatten. Ein günstiges Licht wirft dieser Fall weder auf Magistrat und Bürgermeister, noch auf die Stadtverordnetenversammlung.

Stiller's großer Inventur-Verkauf

Nach beendeter Inventur stellt die Firma Stiller grössere Posten modernster Damen-, Herren- und Kinder-Stiefel in tadelloser Ausführung und Qualität zu aussergewöhnlich billigen Preisen zum Verkauf.

SERIE I

Damen-Stiefel

Chevreaux od. Boxcall zum Schnüren od. Knöpfen mit und ohne Lackkappen; auch mit Gummizügen

Herren-Stiefel

Chevreaux od. Boxcall zum Schnüren, auch mit Gummizügen, in eleganten neuen Fassons

Wert bis 12.50 .. 8 90 jetzt durchweg 8 M.

SERIE II

Damen-Stiefel

Chevreaux od. Boxcall zum Schnüren oder Knöpfen, mit und ohne Lackkappen

Herren-Stiefel

Chevreaux od. Boxcall, zum Schnüren, auch mit Gummizügen, in eleganten neuen Fassons

Wert bis 15.50 .. 10 25 jetzt durchweg 10 M.

SERIE III

Damen-Stiefel

Chevreaux zum Schnüren oder Knöpfen, mit und ohne Lackkappe, auch Lackbesatz, L. XV-Absatz

Herren-Stiefel

Boxcall od. Chevreaux, zum Schnüren od. Knöpfen, auch mit Doppelsohle, in feinsten Qualitäten

Wert bis 18.00 .. 13 25 jetzt durchweg 13 M.

Table for Kinderstiefel (Grosse Posten) with columns for Grösse and price.

Table for Kinderstiefel (Grosse Posten) with columns for Grösse and price.

Ein grosser Posten Kinder-Stiefel in den Grössen 17-22, schwarz und farbig, zum Schnüren oder Knöpfen, auch warm gefüttert 1 80 Wert bis 4.50 jetzt

Restbestände

von eleganten

Damen-Tanz-Schuhen

sowie grosse Posten

Damen- und Herren-Hausschuhe

zu enorm billigen Preisen.

Kinder-Hausschuhe Baby-Schuhe



Jerusalem Str. 38-39 Potsd' mer Strasse 2 Friedrich - Strasse 75 Tauenzien-Strasse 19a

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

(Siehe Wochen-Spielplan.)
Sonntag, den 19. Januar.
Freie Volkshöhle, Nachmittags 3 Uhr: 4. Abtheilung: im neuen Schauspielhaus: Trogente auf Tauris.
19.30. Abtheilung, nachmittags 3 Uhr: im Berliner Theater: Lebige Leute.
Montag 8 1/2 Uhr: 20. Kunst-abend im Rathaus (Deutsche Romantik).
Neue freie Volkshöhle, Nachmittags 2 1/2 Uhr: Extravortstellung in den Sommerjahren: Frühling's Erwochen.
Nachmittags 2 1/2 Uhr: 1. Abtheilung im Deutschen Theater: Das Wintermärchen.
Nachmittags 3 Uhr: 4. Abtheilung im neuen Theater: Ueber den Wasser.
Nachmittags 3 Uhr: 7. Abtheilung im Schiller-Theater O.: Das Glück im Winkel.
Nachmittags 3 Uhr: 15. Abtheilung im Schiller-Theater Charlottenburg: Der Richter von Zalamea.
Montag, abends 8 Uhr: 20. Abtheilung im Vorhänge-Theater: Die lustigen Weiber von Windsor.

Berliner Theater.
Gastspiel d. neuen Opern-Theaters.
Abends 8 Uhr:

Blaubart

Neues Theater.
Anfang 8 Uhr.

Baccarat.
Hierauf: Wilson der Schone.
Montag und folgende Tage: Dieselbe Vorstellung.

Lortzing-Oper.
Helle-Alliance-Straße 7/8.
Nachm. 3 Uhr: Der Freischütz.
Abends 7 1/2 Uhr:

Die Zauberflöte.
Montag: Die lustigen Weiber von Windsor.
Dienstag: Sar und Zimmermann.

Theater des Westens.
8 Uhr: Ein Walzertraum.
Operette von Oskar Strauß.
Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr halbe Preise:
Die lustige Witwe.

Rixdorfer Theater
Bürgeräle, Bergstraße Nr. 147.
Sonntag, den 19. Januar 1908:
Gastspiel des Leoni-Ensembles (Theater des Westens).

Der Troubadour.
Oper in 4 Akten von Verdi.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Zentral-Theater.
Gastspiel des Herbolz-Theaters.
Abends 8 Uhr:
Frau Warends Gewerbe.
Drama in 4 Akten von Bernh. Scham.

Residenz-Theater.
— Direktion: Richard Alexander. —
Abends 8 Uhr:

Ganz der Papa.
Schwan in 3 Akten von Mars und Deschamps.
Deutsches v. H. Schönan.
Baron des Kubris: Rich. Wiegand.
Sonntag, den 19. Januar, nachm. 3 Uhr: Haben Sie nichts zu verzeihen?
Dienstag, den 21. Januar zum erstenmal: „Sibi.“

Luisen-Theater.
Reichenbergerstr. 31.
Nachmittags 3 Uhr:

Krieg im Frieden.
Abends 8 Uhr zum erstenmal:

Wallensteins Tod.
Montag: Wallensteins Tod.
Dienstag: Geshloffen.
Mittwoch zum erstenmal: Des Mädchens Lebensweg.
Donnerstag: Wallensteins Tod.
Freitag: Erzählung zur Ehe.

Passage-Theater.
Heute:

2 Vorstellungen
Nachm. 8-7 Uhr (kl. Preise)
Abends 8-11 Uhr:
Rudolf Mälzer
15 erstklassige Nummern 15.

Urania

Wissenschaftliches Theater.
Taubenstr. 48/49.
8 Uhr: Eine Nilfahrt bis zum zweiten Katarakt.
Morgen Montag:
Kairo und die Pyramiden.



Neues Programm.
Ruth St. Vincent
Gesangskünstlerin.

Kaufmann-Truppe
reizende Radfahrkünstlerinnen.
Roches Affen

Der Affe als Kapellmeister.
Robert Steidl
der beliebte Humorist,
und viele andere
erstklassige Spezialitäten.

Heute nachmittags 3 Uhr:
Populäres Konzert
VON

Johann Strauß
aus Wien (48 Mann Orchester).
Preise: 0,50, 1,-, 1,50 Mark.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Das Glück im Winkel.
Schauspiel in 3 Akten v. H. Sudermann.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Der Revisor.
Lustspiel in 5 Akten v. Nikolai Gogol.
Deutsch von E. v. Schabertsk.
Montag, abends 8 Uhr:
Die Hermannschlacht.

Dienstag, abends 8 Uhr:
Zum ersten Male:
Der Hexenkessel.
Hierauf:
Jungfer Immergrün.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Sonntag mittags 12 Uhr:
Kammermusik und Gesang.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Der Richter von Zalamea.
Schauspiel in 3 Akten v. Calderon de la Barca.
Deutsch von Adolf Wilbrandt.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Hanna Vanna.
Schauspiel in 3 Akten v. Maurice Maeterlinck.
Deutsch von H. v. Cappel-Bronckhoff.
Montag, abends 8 Uhr:
Der Revisor.
Dienstag, abends 8 Uhr:
Der Richter von Zalamea.

Haben Sie schon
die
Deutschen Konzerthallen,
An der Spandauerbrücke 3, besucht???

Biogr-Theater „Westend“ — Ben! Elegant! Interessant!
Täglich Vorstellung von 5-11 Uhr.
Sonntag von 3-11 Uhr.
Charlottenburg, Potsdamerstr. 11. Steiliger Eingang von Neupfeifen.

Zirkus Schumann

Größe Sonntag, den 19. Januar, nachmittags 3 1/2 und abends 7 1/2 Uhr:
2 gr. brillante Vorstellungen 2
Nachmittags auf allen Plätzen ohne Ausnahme ein Kind frei.
Jedes weitere Kind unter 10 Jahren halbe Preise (außer Galerie).
Nachmittags:
Die lustigen Heidelberger
mit der unbefriedigten Neugierde und komischen Einlagen.
In beiden Vorstellungen gleich reichhaltiges Programm.
Debüt: **The 3 Elrados**, hervorragend in ihren Leistungen. **Klein Family**, beste Radfahrkünstler.
Abends:

Amerika
v. S. der Slaverei u. Trachten von 1861-1863.
Wilde Rausch der Raub-Reiter.

Theater
Folies Caprice
Lilienstr. 132, Ecke Friedrichstraße.
Berlins Tagesgespräch:
Mal was Anderes.
Revue in 3 Bildern.
Dunkle Punkte.
Eine anständige Frau.
Anfang 8 Uhr.

Metropol-Theater
Nachmittags 3 Uhr:
Die Herren von Maxim.
Abends 8 Uhr:
Das muß man seh'n!!

Gr. Revue in 4 Akten (12 Bildern) von J. Freund. Musik von Viktor Hollander. In Szene gesetzt von Direktor Richard Schultz.
G. Thielscher, F. Massary, B. Darmant, Bender, Giampietro, Josephi etc.
Rauchen gestattet.

Geb. Herrnfeld-Theater.
57 Roumanbantenstraße Nr. 57.
Abends 8 Uhr:
Der Gipfel
Herrnfeld'schen Humors
Papa und Genossen.
Nachmittags 3 Uhr bei halben Preisen:
Endlich allein!
und
Der Fall Blumentopi

Brunnen-Theater
Dobstraße 58. Direkt.: Bernh. Ross.
Sonntag, den 19. Januar 1908, nachmittags 3 Uhr:
Giane, die zweite Frau.
Abends 7 Uhr:
Die goldene Spinne.
Nach der Vorstellung: **Gr. Ball.**
Vorverkauf nachmittags 10-11 Uhr.
Montag, den 20. Jan.: Gr. Benefizvorstellung für den Oberbürgermeister Karl Friedau: **Der Richter v. Ravenna.**

Parodie-Theater.
Drebbenerstr. 97. Anfang 8 Uhr.
Zum erstenmal:
Nachtsyl.
Zum 77. Mal:
Tannhäuser, Hanna Vanna
Nachm. 3 1/2 Uhr halbe Preise: **Das Ungeheuer, Jopfenreich, Hanna Vanna.**

Pharus-Säle
Hallerstr. 142.
Sonntag, 19. Januar im Titianen-Saal:
Große Soiree der Viktoria-Sänger.
Im Empire-Saal:
Großer Ball.

Elysium
Landsberger Allee 40-41.
Jeden Sonntag im Riesensaal:
Großer Ball.
2 Balkkapellen. 1548.
Anfang 4 Uhr. Entree frei.
Avis. Sonnabende im April bis September. Saal u. Garten sind an Vereine mit Sängergesellschaft unter beliebiger Bedingung zu vergeben.
Am 7. 2017. **Karl Eisermann.**

XIII. Saison

Zirkus Busch

Sonntag, den 19. Januar 1908:
Große
2 Gala-Vorstellungen 2

Nachmittags 4 Uhr und abends 7 1/2 Uhr. — Nachm. 4 Uhr zahlen Kinder unter 10 Jahren auf allen Sitzplätzen halbe Preise.
In beiden Vorstellungen:
Bros. Clarkians aus Amerika!
In beiden Vorstellungen:
The Kremo Family,
10 Personen.

In beiden Vorstellungen:
Vorführer und Reiter der besten Schul-, Freizeits- u. Springsports.
In beiden Vorstellungen:
Auftritte sämtlicher Clowns mit den neuesten Witzen und Späßen.
Nachmittags 4 Uhr:
Jokel u. Koko.
Große humorist. Balletpantomime in 2 Bildern.
Die aufregenden Affen in der Sommerfische.

Abends 7 1/2 Uhr:
Auf der Hallig!
Große Unschlaff-Pantomime des Zirkus Busch in 4 Bildern.
Kunst d. Herrn Kommissionsrats
Gustav Siensbeck,
Direktor des Berliner Zitterfalls als Gast.

Restaurant
Gewerkschafts-
haus.
Engelstr. 15.
Menu 75 Pf.
Heute Sonntag:
Krebstuppe.

Tellmer Hühner mit Saucelette oder Sander, Sauce hollandais.
Kostbeef, englisch, oder Kalbsbraten mit Sauerkraut.
Kompot oder Salat.

× Reichhaltige Abendkarte. ×
Wochentäglich: Großer bürgerlicher
Mittagstisch Couv. 60 Pf.
Täglich:
Bock-Bier-
Ausschank.
R. Augustin.

Kasino-Theater.
Potsdamerstr. 37. Täglich 8 Uhr:
Hanni weint — Hanni lacht
Operette in 1 Akt v. Jacques Offenbach.
Hierauf das neue bunte Programm:
Die Freuden d. Häuslichkeit.
Lustspiel in 3 Akten v. M. Hennequin.
Sonntag 4 Uhr: Biederleute.

Theater an der Spree
Köpenickerstr. 60, dicht am Bahnhof Jannowitzbrücke
Täglich 8 Uhr:
„Iokuspokus“
Neuere deutscher Genossenschaft.
(Bis Dienstag inkl. ausverkauft.)
Heute nachm. 3 Uhr: Ausgewieson

Happold's
Neuer Konzertsaal.
Sonntag:
Großes Konzert.
Dienstag:
Gesellschaftsabend.

Alhambra
Wallner-Theaterstr. 15.
Jeden Sonntag:
Großer Ball
Großes Orchester. Anfang Sonntag 5 Uhr.
A. Zameit.

Germania-Pracht-Säle
Chausseestr. 110. Karl Richter.
Jeden Sonntag: **Otto Steidel's**
Hamburger
Sänger.
Eines neues
Programm.
Anfang 6 Uhr.
Einstreit 50 Pf.
Nachdem Familien-
Kranzchen. — Von 5 Uhr ab im
weihen Saal: **Großer Ball.**
Jeden Mittwoch: **Otto Steidel's**
Hamburger Sänger mit Freilanz.
Jeden Donnerstag:
Großes Bockbier-Konzert.
Nachdem: Familien-Kranzchen.

Arbeiter-Bildungsschule Berlin.

Sonntag, den 19. Januar 1908, in Freyers Festsälen,
Koppenstraße 29:
Siebzehntes Stiftungsfest.

Sinfonie- u. Orchester-
Konzert
Ausgeführt vom
Berliner Sinfonie-Orchester
Dirigent:
Herr Kapellmeister C. Zimmer.

Und unter gütiger Mitwirkung des Männer-Gesang-Vereins
„Senefelder“ (M. d. A.-S.-B.), Chormeister: E. Ostender.
Programm:

- I. Teil.
1. Hebriden - Ouverture (Die Fingalshöhle) F. Mendelssohn-Bartholdy
2. a) Hymne an die Nacht L. van Beethoven
b) Brautfahrt in Hardanger H. Kjerulf
Vorgetr. vom Männer-Gesang-Verein „Senefelder“
3. Festrede: **Heinrich Ströbel.**
- II. Teil.
4. Sinfonie C-dur (I'ous) mit dem Bärenstanz Franz Josef Haydn
a) Vivace assai
b) Allegretto
c) Menuett
d) Allegro molto (Bärenstanz).
- III. Teil.
5. a) Landsknechtstänchen Orlando di Lasso
b) Sternennacht H. Schalken
Vorgetr. vom Männer-Gesang-Verein „Senefelder“
6. a) Reigen seliger Geister aus „Orpheus“... Ch. W. Gluck
b) Musette aus „Armide“...
7. Ouverture zu „Egmont“ L. van Beethoven

Nach dem Konzert: **Ball.**
Kassenöffnung 6 Uhr. — Anfang 7 Uhr.
Billets im Vorverkauf 60 Pf., an der Kasse 70 Pf. inkl. Programm.
Billets sind zu haben: bei Lehr, Grenadierstraße 37; Horsch, Engel-Ufer 15; Gottfr. Schulz, Kottbusser Tor; Reul, Barnimstraße 42; Vogel, Lortzingstraße 37; Fahrow, Ravenstraße 6; Lorenz, Koppenstraße 29 und an der Kasse 6/6

W. Noacks Theater
Direktion: Rob. Dill. Schwanstr. 16.
Der Sonnenwendhof.
Anf. 7 Uhr. Entree 30 Pf. Tanz.
Montag, Mittwoch: Zu der Jere.
Dienstag Benefiz Karl Reich:
Police H. 24.

DERNHARD ROSE THEATER
Dr. Baumstr. 132
Die arme Mieke.
Anfang 8 Uhr. — Sonntagpreise.
Nachm. 3 Uhr: Die Verlobung im Belt. Die obere Schichtlaufend.
Montag, Dienstag: Die arme Mieke.

Waldhalla

Variete-Theater
Waldbergsweg 19/20, Rosenthal. Tor.
Heute Sonntag:
2 Vorstellungen 2
Nachmittags 3 1/2 U.; Kleine Preise.
Jeder Erwachsene ein Kind frei.
Abends 8 Uhr
Spezialitäten-Programm.
Tanzel: Gockierfest, Regimentskapelle, Erster Schrammeln.
Theaterbesuchern freier Eintritt

Buggenhagen

Montzplatz
im Theatersaal täglich:
Albert Böhme
und das
großartige Januar-Programm.
Entree 50 Pf. Vorverkauf 40 Pf.
Im unteren Konzertsaal täglich die allerersten Militärkapellen: Beder, Pignowarth, Bösch, Neumann, Offenbach, Värtig.

Schwarzer Friedrichsberg  **Adler**
Frankfurter Chaussee 5 (früher 120).
Stadtbahnstation Frankf. Allee. Inh.: **Gebr. Arnhold.** Fernspr. Friedrichsberg No. 8.
Jeden Sonntag im Königsaal: **Großer Ball**
Anfang 4 Uhr, unter Leitung des Herrn O. Bürger. Anfang 4 Uhr.
Jeden Montag: 1518L.
Soiree der Apollo-Sänger.
Anfang 8 Uhr. 666
Nach der Vorstellung: **Tanz-Kränzchen.**

Pharus-Säle
Hallerstr. 142.
Sonntag, 19. Januar im Titianen-Saal:
Große Soiree der Viktoria-Sänger.
Im Empire-Saal:
Großer Ball.

Elysium
Landsberger Allee 40-41.
Jeden Sonntag im Riesensaal:
Großer Ball.
2 Balkkapellen. 1548.
Anfang 4 Uhr. Entree frei.
Avis. Sonnabende im April bis September. Saal u. Garten sind an Vereine mit Sängergesellschaft unter beliebiger Bedingung zu vergeben.
Am 7. 2017. **Karl Eisermann.**

Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr:
Panne.

Kleines Theater.
Nachmittags 3 Uhr:
Ein Puppenheim. (Kora.)

Abends 8 Uhr:
Mandragola.
Montag, Dienstag: Mandragola.

**Friedrich-Wilhelmstädtisches
Schauspielhaus.**
Nachm. 3 Uhr: **Nachtasyl.**
Abends 8 Uhr:

König Heinrich.
Montag, Dienstag: König Heinrich.
Mittwoch: Madame Sans Gêne.

Trianon-Theater. Anfang 8 Uhr.
Fräulein Josette - meine Frau.
Sonntag nachm.: Gastons Frauen.

Apollo Theater.
Nachm. 3/4 Uhr: Kleine Preise:
Familien-Vorstellung.

Abends 8 Uhr:
La belle Alexia, des Tänzer.
Walzerwahn von Mary u. Alfred Marquard.
Siegwart Gentes in seiner Opernprobe.
Hymack.
Der Mann mit den Handschuhen.
Die 3 goldenen Jungfrauen.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
Anfang: Sonntag 8 Uhr.
Sonntag 7 Uhr.
Reichshallen-restaurant:
Bockbierfest mit groß. Militär-Konzert.

Palast-Theater
Burgstraße 24.
Heute 1/2 8 Uhr
Entree 50 Pf.

Einmalige Aufführung:
Linus
Original Sketch.
Spannende Handlung unter Mitwirkung d. seltensten Herodes d. Welt.

Dazu der
Januar - Riesenspielplan.

Sanssouci Kottbuser Straße 6.
Direktion: Wilhelm Reimer.
Neute Sonntag:
Neuere Elitesoiree Tanz- Progr. Kränzh. von Hoffmanns Nordl. Sänger
Morgen Montag:
Extra-Soiree Tanzfrühen.
Dienstag, den 21. Jan.:
3. große Spezialitäten-Vorh. u. d. unter Teil.
Sep. Sonnt. 5. Bochert. 8 U.

Gustav Behrens-Theater.
Berlin W., Goltzstr. 9.
Das glänz. Januar-Programm.
Die berühmte Jahnke-Kompagnie.
3 a b n a t h e n ohne Konkurrenz.
Vater und Sohn.
Vollständ. mit Erfolg.
Aucherem: 16 Spezialitäten.
Jeden Abend: Oskan Kinetograph.
Anfang 8 Uhr, Sonntag 5 1/2 Uhr.
Jeden Sonnabendnachmittag 3 1/2 Uhr:
Große Kinder-Vorstellung.
10. 30 und 30 Pf.

Borussia Variété Theater und Festsäle
Inh.: J. Leschikowski.
Ackerstraße 6-7.
Täglich:
Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
Auftritt v. 15 Künstler-Spezialit.

Masken-Garderobe
Carl Ernst
(Inhaber Willi Ernst)
Radenstr. 126, 1. Etz.
Kant IV, 5062.
Gr. Auswahl! Bill. Preise!
Boranger dieser Annonce
erhält 10% Preisermäßigung.

Parteigenossen! Hausfrauen! Arbeiter!

Achtung! Bäckerliste! Diese Änderungen zu der großen Quartals-Liste vom 12. Januar **Achtung! Bäckerliste!**
bitte in folgendem zu beachten.

In die bewilligte Liste sind nachzutragen:

Adolfstr. 19, Bendi. Wittenheimerstr. 15, Giesl. Friedrichsfelderstr. 17, Eghn. 39, Quandt. Härtenstr. 8, Pfäfen. Heidenfeldstr. 21, Daag. Lanzenstr. 38, Pfäfen. Taubenstr. 46, Bloz. Häckerstr. 8, Kamp. Hilfenortstr. 7, Wuttke.	Stolpischstr. 51, Eißbe. Stonskirchstr. 13, Wobel. Adlershof. Rabitzstr. 37, Rosz. Charlottenburg. Christstr. 18 Gauerstr. 27 Heldstr. 2 Zauroggenstr. 10.	Goldamerstr. 12, Weinmayerstr. 29, Wilmersdorferstr. 27, Konsumverein. Hofstr. 47, Arell. Juchstr. 57, Zimmer.	40/3 Hohen-Schönhausen. Culthofstr. 2, Wehr. Wilmersdorf. Eigmaringenstr. 8, Groß.
--	--	--	--

Als zurückgezogen sind zu betrachten:

Markusstr. 41, Schneberger. Dresdenerstr. 27, Steinborn. Dresdenerstr. 15, Bendi. Grellenbagerstr. 15, Miska. Lorenzstr. 6, Köbner. Kositzstr. 9, Berger.	Wirkbühlstr. 46, Pfeiffer. Stettinerstr. 7, Donke. Lichtenberg. Dorfstr. 82, Wägelmann. (Inhaberin erklärte, froh zu sein, wenn sie nur erst die durch den	Streit gewonnenen Kunden los wäre, da es nun Pumptunden (sein). Rixdorf. Foderstr. 16, Beyer. (Wiederholt durchbrochen).	Reuterstr. 94, Pfen. Weißstr. 28, Wende. Steglitz. Schloßstr. 18, Kramer Nachf. Wilmersdorf. Brandenburgischestr. 9/10, Tannert.
--	---	---	---

Heute Sonntag, 8 Uhr, im Saale Bechstein, Linkstr. 42
zum 2. Male:
Der Weg zum Lachen.
Humorist. Meisterwerke (Busch, Presber, Raabe, Ostini), rezitiert von
Dr. Alfred Daniel.
Karten: 1, 2, 3, 4 M. heute mittags 11-1 u. abends 7-8 an der Kasse.
Nächsten Sonntag z. 3. Male: **Der Weg zum Lachen.**
Karten: Bote u. Bock, Wertheim.

Arbeitergesangverein „Soni-belli“
Sonnabend, den 25. Januar 1908,
in Klems Festsälen, Hasenheide 10/11:
„Ein Sommer-Fest im Grunewald“.
Der Saal ist der Bedeutung d. Festes entsprechend dekoriert.
Billets sind im Vereinslokal, Boeckstr. 7, zu haben.

Arnold Scholz. Neue Welt. Hasenheide No. 108-114.
Großartige, vollständig neue
Riesen-Festsaal-Dekoration.
Täglich! Täglich!
Orig. Bayerisches Bockbierfest.
Baron Muckls Original-Bauernkapelle.
Max vom Heedes Original-Tirolertruppe.
Bedienung durch 30 Original-Madl.
Sonntags drei Kapellen.
Anfang: Sonntag 5 Uhr, Montag 7 Uhr.
Entree: 50 Pf., 30 Pf.
Dienstag, den 21. Januar:
Prämierung der schwersten Dame.
3 Preise: 75 M., 50 M., 25 M.

Restaurant „Kaiserhof“ Inhaber: Karl Müller
Groß-Lichterfelde (Ost), Kranold-Platz.
Mittwoch, den 22. Januar, sojale jedis Mittwoch: 25448
Herren: Charlton, Sandmann, Steinko, Just, Raschdorf, Wehling, Serani, Hardt.
Apollo-Sänger.
Gesellschaft allerersten Ranges!
Zweit. neues Programm! Anfang 8 Uhr. Schläger auf Schläger!
Entree 40 Pf. Im Vorverkauf 30 Pf. Billets im Vorverkauf: Herren Karl Müller, „Kaiserhof“; Karl Vind, Dürerstr. 42; Reinhold Walter, Chausseest. 32.

Berlin O. 98. Markgrafensäle. Telefon: 4277.
Inhaber: Hermann Scholtz.
Jeden Sonntag: **Großer Ball** bei freiem Entree.
Säle von 100 bis 1000 Personen für Vereine, Hochzeiten usw. unter kulantesten Bedingungen einige Sonnabende noch zu vergeben. Vereinszimmer bis 100 Personen fassend. 2 komf. Regelbahnen u. einige Tage frei.

Trapps Fest-Säle.
Tegel, Bahnhöfstr. 1. Anf.: F. Trebesch.
Sonntag, den 19. Januar, sowie jeden Sonntag:
Große humoristische Soiree
der **Apollo-Sänger.**
Herren: Charlton, Sandmann, Steinko, Just, Raschdorf, Wehling, Serani u. Hardt. — Neben Sonntag neues Programm. — Anf. 8 1/2 Uhr. Entree 50 Pf., Gallerie 30 Pf.
Nach der Vorstellung: **Ball.**

Inventur-Ausverkauf
Kostüme, Luchpaleto's, Frauenpaleto's, Abendkleid., Engl. Pareto's, Jacketts, welschschwanz-Paleto's in allen Größen auf Feilfutter 20-50 M., Kindermäntel, Backf.-Paleto's 5-12 M., 8-13 M., Kostüme in Modellkonfektion zu jedem anno mbaran Preis.
Spezialität:
Extrawellen f. starke Dame: Paleto's, Jacketts u. Capes.
Engros-Lager. Kein Laden eine Treppe
Max Mosezytz, Landsberger Str. 59, am Alexander!
Achtung! Sie in Ihrem eigenen Interesse soll die Hausnummer.

Pharus-Säle, Müllerstr. 142.
Sonntag, den 26. Januar 1908:
Kunst-Abend
arrangiert von
Margarete Walkotte.
Mitwirkende:
Margarete Walkotte, Herr Kun Arpad, der jugendliche Violinvirtuos, Herr Will Hagen, Rezitator, Fr. Lucy Bogathy, moderne Sprecherin, Herr Dallmann, Bariton, Herr Bernhard Nitzsche, am Flügel.
Entree 60 Pf., im Vorverkauf. Abendkasse 75 Pf.
Anfang 7 1/2 Uhr. Anschließend Ball.
Vorverkauf bei Herrn Mazanke, Zigarrenhandlung, Pankstraße 13, in der Tabakarbeitergenossenschaft, Kopenhagenerstraße 2, bei Herrn Restaurateur Döje, Müllerstr. 82, bei Hrn. Herich, Engelufer 15, bei Herrn Farrow, Ravenstr. 6, und in den Pharus-Sälen, Müllerstr. 142.

Castan's Panoptikum
165 Friedrichstr. 165
Das Schlangen-Ungeheuer
mit seinen 27 Jungen.
Däumling, der kleinste Mann der Welt!
Swinemünder Gesellschaftshaus,
Swinemünder Straße 42, Inh.: Witwe Reinfarth.
Empfehle Säle von 100-700 Personen. Empfehle Säle zu Versammlungen, Jubiläumsvorlesungen und besonders zu Gesellschaften. Kulant Bedienung, solide Preise. Vorzügliche Küche.
Jeden Sonntag: **Großer Ball.**
Im unteren Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
Saale:
Um geneigten Zuspruch bittend mit Hochachtung
Wwe. Reinfarth.

Wartei-Expeditionen:
Zentrum I: Friz Zinke, Wauerstr. 89.
Zentrum II: Albert Gahnisch, Auguststr. 50, Eingang Kochmeisterstr.
1. Wahlkreis, Westen: Gustav Schmidt, Reichbühlstr. 14, Hochpotters.
Süden und Südwesten: Hermann Berner, Ostendstraße 72, Loden.
2. Wahlkreis: St. Felix, Wilmersstr. 81, Hof rechts part.
3. Wahlkreis: Osten: Robert Engels, Altdorferstr. 9, am Röhrenplatz. — Wilhelm Rann, Petersburgerplatz 4 (Loden).
4. Wahlkreis, Südosten: Paul Böhm, Lanfischerplatz 14/15 (Loden).
5. Wahlkreis: Leo Buch, Hermannsplatzstr. 12 (Hof).
6. Wahlkreis (Nordit und Hansviertel): Karl Anders, Salzweberstr. 8, im Loden.
Wedding: Karl Weigle, Nagerstr. 49.
Rosenthaler und Oranienburger Vorstadt: Hermann Kahlke, Wellerstr. 36, Eingang Anklamerstraße.
Gesundbrunnen: R. Trapp, Stettinerstr. 10.
Schönhäuser Vorstadt: Karl Roes, Spandenerstr. 123.
Alt-Glienleke: Wilhelm Dürck, Radowerstr. 83 II.
Charlottenburg: Gustav Scharnberg, Eisenheimerstraße 1, Ecke Kochstraße, Loden.
Wilmersdorf-Halensee: Georg Geise, Weilerstr. 45, Loden.
Lichtenberg, Friedrichsfelde, Wilhelmsberg: Otto Seifert, Kronprinzenstraße 50, I.
Rummelsburg, Boxhagen: H. Rosenkranz, Alt-Boxhagen 56.
Grünau: Otto Schröder, Köpenickerstr. 1.
Bohnsdorf und Falkenberg: G. Pfeiffer, Bohndorf, Genossenschaftshaus.
Rixdorf: W. Heinrich, Redarstraße 2, im Loden.
Schmargendorf: Gustav Kautsch, Garmosestraße 2.
Schöneberg: Wilhelm Baumler, Martin Lutherstr. 51, im Loden.
Tempelhof: R. Müller, Weilerstr. 41/42.
Ober-Schöneweide: Julius Grunow, Schönstr. 10, I.
Nieder-Schöneweide: Bonafors, Haffelwerderstr. 8.
Johannisthal: Franz Qnald, Kaiser Wilhelmstr. 18 III, Eingang Wackerstraße.
Adlershof: Erich Steiner, Gadenbergstr. 5, II.
Königs-Wusterhausen: Friedrich Saumann, Rudenwalderstr. 4b.
Köpenick: Friedrich Waid, Stecherstr. 6, Loden.
Friedenau-Steglitz-Südende: G. Berner, Schönstr. 119, Hof I, in Steglitz. Bestellungen nehmen entgegen in Steglitz: G. Robt. Duppelstr. 32, und Dr. Schellbasse, Wilmersstr. 10a.
Mariendorf: Hermann Reichardt, Chausseest. 27.
Baumschulenweg: Stof. Ernst, 2, II.
Teglow: Rob. Gromann, Reichbühlstr. 412, Loden.
Neu-Weißensee: Kurt Rudermann, Sedanstr. 105, partiere.
Reinickendorf-Ost, Wilhelmsruh und Schönholz: G. Gursch, Wrodingstraße-Weg Grünenerweg (Eingang Grünenerweg).
Tegel, Borsigwalde, Wittenau, Waldmannslust, Hermsdorf und Reinickendorf-West: Paul Kienast, Brühlstraße, Mühlstraße 10.
Pankow-Niederschönhausen: G. Freiwaldt, Wühlstr. 73.
Herrn-Röntgenal: Heinrich Drosch, Hohenstr. 74, part.
Eichwalde, Zeuthen, Hermsdorf und Hauke's Ablage: Alfons Gräß, Eichwalde, Kronprinzenstr. 82, I.
Teltow: Wilhelm Reiter, Hohenstr. 7.
Nowawes: Wilhelm Gapp, Priesterstr. 45.
Spandau: Ruppen, Sedanstr. 9.
Hahnsdorf und Kaulsdorf: Albert Schmidt, Neuhofstr. 2, Boigtstraße 2.
Sämtliche Parteiliteratur sowie alle wissenschaftlichen Werke werden geliefert.
Annahme von Inseraten für den „Vorwärts“.
Bitte ausschneiden.

Moerners Blumengarten
Ober-Schöneweide a. d. Oberpreze.
Inh.: Alb. Moerner
(Neues Konzepts Haus).
14022*) Gente:
Extra-Reunion
(Leitung: Langlofer Sachs).
Für Vereine und Gewerkschaften im Sommer noch Sonnabends zu vergeben.
Bedingungen in bekannter kulanter Weise.

Anton Boekers Ball-Salon.
Gabe noch Sonnabends und Sonntag Säle zu vergeben, auch sind Vereinszimmer in der Woche frei.
Anton Boeker, Weilerstr. 17,
T.-N.: VII, Nr. 13114.

Dietrichs Festsäle
(Inh. Pusch), Dresdenstr. 116.
Säle für Hochzeiten und Vereine
20-200 Personen. 1906*

W. Hermann Müller,
Wagelstr. 14.
Java-Sumatradecken
mit schönen, hellen Farben
und tollerender Waare
Nr. 5966 & 2,50 / pro Pfund
Nr. 5967 & 2,50 / pro Pfund

Billige Rohabake.
Max Jacoby, Stollitzerstr. 52.

Heinrich Franck
Gerta N., Brunnenstr. 185.
Geschnittene Einlage. Eigene
beste
Wählungen 110, 120, 140 Wfg.

Achtung!!!
Vorstand
zweite Länge Vollblatt,
per Pfd. 1,40 M.
St. Felix Brasil,
hochfeine Qualität, geistreiche
Blätter, reines Umblatt,
per Pfd. 1,30 M. 200/16*
Hamburger Rohabak - Naus
Filiale: Berlin N., Brunnenstr. 190.

Dr. med. W. Fackelmann
Spezial-Institut für
Beinleiden
Auguststr. 93, Ecke Oranien-
burgerstraße.
9-12, 3-6. Sonntag u. Mittw. 9-12.

Haut- u. Harnleiden
Schwächezustände behandelt ohne
Euerfährer od. ähnliche schmerz. Mittel
Dr. med. Wagner, Spezialist,
Schlichterstr. 1, u. Sonnenbühlstr.
Copenstr. 11 - Tu. 6-8, Sonntag 11-1.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am
10-2, 3-7. Sonntags 10-12, 2-1.

Stoppdecken
kann man am preiswertesten
jetzt nur direkt in der Fabrik
Berlin O., Preussenerstr. 11a.
S. Strohmandel.
Alle Stoppdecken werden aufgearbeitet.

Nach besonderer
Inventur
sind die Preise auf
sämtliche Artikel bis zu
33 1/3 %
herabgesetzt:
Teppiche v. M. 4,50 u. 13,50, 24,
36, 45 usw.
Gardinen v. M. 2,40, 2,50, 4, 7,50,
9, 12 usw.
Portieren v. M. 3, 4, 7, 9, 11,50,
14 usw.
sowie Stoppdecken, Tisch- u. Owan-
decken, Läufer- und Möbelstoffe etc.
Teppichhaus
Adler & Co.
Königstrasse 20-21,
a. d. Jüdenstr.

H. Greifenhagen Nachf.

Brunnenstrasse 17-18

Veteranenstrasse 1-2

Montag, Dienstag, Mittwoch:

Ausserordentlich billiger Verkauf Kurzwaren und Schneiderei-Artikeln

Druckknöpfe Vergilmetalllicht Dtsd. 10 Pl.	Mohairbesenlitze . . . Meter 7, 5 Pl.	Nahtband schwarz, weiss, gr. Rolle 18 Pl.
Druckknöpfe „Kob-4-000“ Dtsd. 15 Pl.	Woll-Soutache Meter 1 Pl.	Wäschebandschnallen Coll. Dtsd. 85 Pl.
Nähseide 2 Gramm-Stränge . . . 5 Pl.	Wäschebuchstaben . . . Dtsd. 5 Pl.	Blusennadeln Stck. 3 Pl.
Nähseide 4 1/2 Gramm-Stränge . . 12 Pl.	Gestickte Monogramme Dtsd. 5 Pl.	Lockennadeln 25 Pack 5 Pl.
Nähseide 10 Gramm-Stränge . . . 24 Pl.	Schweizer Buchstaben Dtsd. 40 Pl.	Franz. Lockennadeln 5 Pack 5 Pl.
Gemust. Taillenband Meter 10 Pl.	Schweiz. Monogramme Dtsd. 75 Pl.	Messing-Stecknadeln 4 Briefe 10 Pl.
Satin-Taillenband Stck. . . 65 Pl.	Baumwollband 25 Pl.	Messing-Stecknadeln 100 gr. Carton 35 Pl.
Tailienstäbe Dtsd. 10 Pl.	Halbleinenband Stck. 4 Pl.	Echte Stahlschneidnadeln Brief 4 Pl.
Tailienverschlüsse 7 Pl.	Frauenlob-Nähadeln Brief 3 Pl.	Stahlschneidnadeln 50 gr. Carton 25 Pl.
Perlmutterknöpfe . . . Dtsd. 10, 7 Pl.	Schlangen-Nähadeln Brief 5 Pl.	Stahlschneidnadeln 100 gr. Carton 48 Pl.
Leinen-Wäscheknöpfe Dtsd. 8, 4 Pl.	Blitz-Nähadeln . . . Brief 7 Pl.	Schwarze und graue Haken u. Augen Pack 4 Pl.
Nickelknöpfe Dtsd. 3 Pl.	Echte Bessel-Nähad. Prima 12 Pl.	Versilb. Haken u. Augen Pack 9 Pl.

Ein grosser Posten
Stoff-Reste
hervorragend billig

für Blusen passend 1/2 Meter-Coupon 98 Pl.
für Hauskleider passend 1/2 Meter-Coupon 2 10
für ganze Roben passend 1/2 Meter-Coupon 4 50
für elegante Blusen passend 2 50
für Heuschürzen passend 1/2 Mtr.-Coup. 98 Pl.
für Bettbezüge passend 1/2 Mtr.-Coupes 1 08

Moderne Seidenstoff-Reste ca. 1/2 Mtr. 3 85
Piqué-Barchent-Reste ca. 1/2 Mtr. 2 95 Pl.
Hemdentuch-Reste ca. 1/2 Mtr. 1 50 95 Pl.
Velourbarchent-Reste ca. 1/2 Mtr. 1 50 95 Pl.
Handtuch-Reste ca. 1/2 Mtr. 95 Pl.
Hemdentuch-Reste ca. 1/2 Mtr. 95 Pl.

Um vor Eingang der Frühjahrs-Konfektion unser Lager in Winterwaren gänzlich zu räumen, verkaufen wir sämtliche Bestände zu

Damen-Paletots, Kostüm-Röcken, Blusen, Kinder-Kleidchen bedeutend unter Preis.

Fürstenhof, Köpenicker Str. 137/138 (zwischen Adalbertstr. u. Köpenicker Brücke).
Inhaber: **Amandus Zölln.**

Bekanntmachung.
Heute Sonntag eröffne ich Laufend, jeden Sonntag von 6 Uhr ab, eine regelmäßige Gesellschaftsstunde. Ich lade hiermit zu einem gemütlichen Zusammensein ergebenst ein.
Peter Leisten, Tanzlehrer, Tauferstr. 51.
Säle für Hochzeiten, Stranzchen und Gesellschaften.

Auf Teilzahlung
kaufen Sie bei uns am besten, wöchentlich nur 1 Mk.
Grosse Auswahl in



Erker- u. Damen-Uhren, Regulateure, Broschen, Ringe, Ketten, echte Nonnenhaare, Silber, Phonographen, Platten-Sprechmaschinen, Polyphon, Harmonikas, Mandolinen, Geigen etc.
Verkauft 1. prima Platten, echten Edisonwalzen Stück 1 Mark.
Warschauer-Str. 72, 1. Etg.
Jahre & König
Eisenbahnstr. 101, 1. Etg.

33. Piano 100 R., ev. Zella, Sonnt., Kont. b. 9 abds. 8. verl. Gerichtstrasse 32, Dittich.

Die Harnleiden
Ihre Gefahren, Verhütung und Beseitigung von
Dr. med. Schaper,
BERLIN - Preis 1 Mark.
Zwei Tausend
Verlag Max Richter, Frankfurt (Oder), Buchschmoll-Charakter

Wer - Stoff - hat
fertige Anzüge nach Maß 20 M.
Ladefelder Str., halbbare Futterfächer.
Bei Stofflieferung billige Preise.
Franko, Adickstr. 143,
1502L* Ecke Invalidenstr.



1000 Mark

zahlen wir für die besten Rezepte zur Bereitung von Getränken und Speisen mit **Bio-Malz.**

Ausführt. Prospekt O gratis von der unterzeichneten Firma zu beziehen.
Bio-Malz ist ein vorzügliches Stärkungsmittel für blasse Kinder, die zu schnell wachsen, in der Schule nicht recht vorwärts kommen, appetitlos sind und leicht schlapp werden.
Bio-Malz wird aber auch von Nervösen, angestrengt Arbeitenden, Erholungsbedürftigen, Blutarmen, Bleichfüchtigen, kranken Rittlern, an träger Verdauung Leidenden mit bestem Erfolge anstelle der teuren Eisenpräparate genommen.
Dose 1 R. u. 1,90. Zu haben in Apotheken und Drogeriehandlungen.
Gebrüder Patemann, Chem. Fabrik, Berlin-Friedenau 5.

29 Gartenerhaus Bernhard Schwarz, Bolhr. 29, Zirk-Wing.
Heute und morgen kommen 150 Stück 1907er Hühner, garantiert junge beste Lager, a 2,50 R. u. 60 gewöhnl. Zuchttauben a 80 Pf. zum Verkauf. **W. Wegner, Berlin SO.,** Paradenstr. 34. 101/207

Lachen u. Frohsinn
schafft man sich und seinen Gästen durch **Scherz-Artikel, Masken, Kopfbedeckungen, Schneebälle, Knall-Bomben, Koillonorden, Artikel für Bockbierfeste, Dekorationen usw.,** die zu aussergewöhnlich billig. Preis in hervorragender Ausw. zu haben sind bei **Bernhard Keilich,** Größtes Spielwaren-Geschäft der Welt, 19 Schaufenster nur Spielwaren! Kein Bazar! Gr. Hamburgerstr. 21-23, Eckhaus Oranienburgerstr. 11, b. Hackescher Markt, Bahnh. Börsen, Zirk. Busch.

Schloßbrauerei Schöneberg
amt 6, 9123 Schöneberg b. Berlin W. amt 6, 9122
empfiehlt zur diesjährigen Saison ihr vorzügliches **Kronen - Bockbier** außer in Flaschen auch in Siphons a 5 Liter zu 2,50 M.

Arbeiter-Bildungsschule Berlin.

Schullokale: Grenadierstr. 37, Hof geradezu 1 Tr.

S Lehrplan für das 1. Quartal 1908.

Montag: Naturerkenntnis.
Die chemischen Elemente. Atom- und Elektronen-Theorie. Die Radioaktivität. Die Formen und die Erhaltung der Energie. Die Gravitationsgesetze. Das Weltall. Die Nebular-Hypothese. Sonne, Planeten und Fixsterne. Die Erde im Weltraum. Der Mond. Die Entwicklung der Erdoberfläche. Die Erdzeitalter. Das Lebensproblem und die Entwicklung der Lebewesen. Der Darwinismus. Die Abstammung des Menschen. Die Urzeit des Menschen.
Vortragender: Emanuel Wurm.

Montag: Nationalökonomie (Einführung in die Nationalökonomie II.)
Das geschichtliche Eingreifen des Kapitals in die Produktionsbedingungen. Der Charakter der Wirtschaftsgeschichte seit dem Ausgang des Mittelalters. Die Entwicklung der mittelalterlichen Produktionsweise über Kooperation und Manufaktur hinweg bis zur großen Industrie der Gegenwart. Der Einfluß dieser geschichtlichen Umwälzungen auf die Lage der Arbeiterklasse.
Vortragender: Julian Borchardt. Dieser Kursus findet in Tempelhof bei Mokuly, Berlinerstr. 9, statt.

Montag: Geschichte. (Die neueste deutsche Geschichte, die Geschichte der deutschen Sozialdemokratie.)
Die fünfziger Jahre. Marx und Engels. Lassalle. Der preussische Verfassungskampf. Krieg und Wahlrecht. Die Gründung des Deutschen Reiches. Milliardenkrieg. Lassalleaner und Eisenacher. Das Sozialistengesetz. Nach dem Sozialistengesetz.
Vortragender: Heinrich Schulz. (Dieser Kursus findet in Steglitz bei Scheilhase, Ahornstr. 15a, statt.)

Dienstag: Rednerschule.
1. Wiederholung: Die Bedeutung und Notwendigkeit der freien Rede. Die Grenzen der natürlichen Beredsamkeit. Die Redekunst. Die Rede nach Form und Inhalt. Dispositionslehre. 2. Technische Hilfsmittel: Die Registratur. Die Nachschlagebibliothek. Das Manuskript. 3. Praktische Übungen im Reden und Diskutieren.
Vortragender: Max Grunwald.

Die Teilnehmer dieses Kursus, die den wegen Krankheit des Lehrers unterbrochenen Kursus des letzten Quartals belegen hatten, zahlen nur 50 Pf. nach. Für Neueintretende, wie üblich, 1 M.

Mittwoch: Gesetzeskunde. (Die Entwicklung des deutschen Rechts.)

1. Bis zur Schwelle der Neuzeit. 1. Wesen und Entstehung des Rechts. Privatrecht und öffentliches Recht. Triebkräfte der Entwicklung: Soziale Organisation und Gewalt. Wirtschaft und Recht. 2. Die Rechtsverhältnisse der alten Germanen. a) Sippe und Volk, b) Gemeingut und Privateigentum, c) die Stände, Staat und Monarchie, d) das Strafrecht. 3. Die germanischen Reiche. Grundherrschaft und Hörigkeit. Das Volkengericht. Die Stellung der Kirche im Frankenreich. 4. Die Ausbildung des Feudalsystems. Das deutsche Königtum. Die Rechtsbücher. 5. Der Bauernstand. Freie Bauern und Hörige. Herrenrecht und Volksrecht. 6. Das Städtewesen. Wirtschaftliche Grundlagen. Schutz und Rechtsbildung. Die Leistungen der genossenschaftlichen Organisation. Die Städtebünde. Städtische Verfassungskämpfe. Gilden und Zünfte. 7. Die Gesellensverbände. Die unehrlichen Leute. Die Rechtstellung des Proletariats. 8. Die Kirche und das Kirchenrecht. Das Zinsverbot. Die Juden. 9. Das Strafrecht. Von der Buße zur Folter. Die Ketzerverfolgung. Das Ferngericht. 10. Kaisertum und Landesfürsten. Die Kurfürsten. Der Reichstag. Der Landfriede. Die Kreiseinteilung. Die Landstände. 11. Der Niedergang des Bauernstandes und der Volksfreiheit. Der Sieg des Fürstentums. Das römische Recht. 12. Kirchenrevolution und Bauernkriege. Die Niederlage des deutschen Volkes.
Vortragender: Simon Katzenstein.

Donnerstag: Nationalökonomie. (Einführung in die theoretische Nationalökonomie. Zweiter Teil.)

1. Wiederholung: Kapitalistische Wirtschaftsordnung, Ware, Gebrauchswert, Tauschwert, Geld, Preis. 2. Die Verwandlung von Geld in Kapital. 3. Die Erscheinungsformen des Kapitals. 4. Mehrwert. 5. Arbeitskraft, Arbeitslohn. 6. Die Entwicklungstendenzen der kapitalistischen Weltwirtschaft.
Vortragender: Max Grunwald.

Auch hier gelten dieselben Bedingungen wie für den Dienstagskursus in Redeübung.

Freitag: Literaturgeschichte. (Von der Revolutionsdichtung bis zur neuesten Zeit.)

Berthold Auerbach. Friedrich Bodenstedt. Christian Grabbe. Friedrich Hebbel. Otto Ludwig. Viktor v. Scheffel. Annette v. Droste-Hülshoff. Emanuel Geibel. Julius Wolff. Gottfried Keller. Konrad Ferdinand Meyer. Wilhelm Rasbe.
Vortragende: Frau Regina Ruben.

Sonabend: Geschichte. (Moderne Kolonialgeschichte.)

1. Die Spanier in der neuen Welt. 2. Ostindien und die Portugiesen. 3. Niederländische Kolonialpolitik. 4. Die Anfänge der englischen Kolonialpolitik. 5. England und Amerika. 6. Die Engländer in Ostindien. 7. Französische Kolonialgeschichte. 8. Englische Kolonialgeschichte im 19. Jahrhundert. 9. China und die Großmächte. 10. Anfänge der deutschen Kolonialgeschichte.
Vortragender: Dr. A. Conrady.

In Berlin beginnt der Unterricht in **Naturerkenntnis:** Montag, den 20. Januar; **Rednerschule:** Dienstag, den 21. Januar; **Gesetzeskunde:** Mittwoch, den 22. Januar; **Nationalökonomie:** Donnerstag, den 23. Januar; **Literaturgeschichte:** Freitag, den 24. Januar; **Geschichte:** Sonnabend, den 25. Januar; **Geschichte in Steglitz:** Montag, den 20. Januar; **Nationalökonomie in Tempelhof:** Montag, den 20. Januar.

Jeder Kursus erstreckt sich auf zehn Abende und beginnt pünktlich um 9 Uhr und endet pünktlich um 11 Uhr. Die reichhaltige Bibliothek ist an diesen Abenden von 8-9 Uhr geöffnet.
Der Mitgliedsbeitrag beträgt pro Monat 25 Pf.; das Unterrichtsgeld für jedes Fach beträgt pro Kursus 1 Mark und ist spätestens am zweiten Abend zu zahlen.

Die Aufnahme neuer Mitglieder und Schüler erfolgt am besten bei Beginn jedes Kursus im Schullokal **Grenadierstr. 37, Hof geradezu 1 Treppe**, und in nachstehenden Zahlstellen: **Gottfr. Schulz, Admiralstr. 40a; Reul, Barnimstr. 43; Vogel, Lortzingerstr. 37; Fahrow, Ravenstr. 6; Horsch, Engelauerstr. 15; Scheilhase, Steglitz, Ahornstr. 15a.**

Alle Zuschriften sind an den Vorsitzenden **Otto Geithner, Berlin NO. 18, Friedenstraße 70 III, rechts**, Goldsendungen an den Kassierer **H. Königs, Berlin S. 59, Hasenheide 56**, zu senden.
Der Vorstand.

Spandauerberg-Brauerei
Westend bei Charlottenburg Tel. Charlottenburg 320
66. Bockbier-Saison.
Der Ausstoß hat begonnen. 1908

Wirliche Kenner
haben stets das richtige Verständnis und bereiten sich auch ihren Bedarf an **Cognac, Rum, Likören etc.** selbst, jedoch mit feinen, anderen, als den millionenfach bewährten

„Original-Reichel-Essenzen“ und begnügen sich nicht mit den durchaus minderwertigen Nachahmungen derselben, sondern beziehen mit Recht auf die berühmte Marke „Lichterz“, die allein für Echtheit und Güte bürgt. **Original-Reichel-Essenzen** sind bis auf die feinste Nuancierung gestimmt und geben auch die feinsten und edelsten in- und ausländischen Likör- (Spezialitäten) auf das genaueste und vollkommenste wieder.
Jeder Versuch wird ein Beweis dafür sein! Von Autoritäten der Wissenschaft rückhaltlos als das Beste anerkannt und von keiner Nachahmung erreichbar.

Otto Reichel, Berlin SO., Eisenbahnstr. 4.
Fernsprech-Anschlüsse Amt IV, 4751, 4752, 4753.
Niederlagen in den durch meine Schilder kenntlichen Drogerien etc., wo nicht erhältlich, Versand ab Fabrik.
Man best. **sofort!** „Die Destillierung im Haushalt“ **kostenfrei!** wertvoll. Rezeptbuch in Anleitung.
Reichel-Spiritus Feinst. Weingeist 96 Vol.-%. Originalm. 1,60 Mk. von höchster Reinheit, gar. Originalm. 1,60 Mk. nur in Originalfüllungen mit unverletztem Verschlussstreifen.

Sozialistische Presse Deutschlands.

I. Quartal 1908.

Zentral-Organ.

„Vorwärts“ Berliner Volksblatt, SW. 68, Lindenstraße 69. Täglich erscheinend.

Wissenschaftliche Zeitschrift.

„Die Neue Zeit“, Zeitschrift der deutschen Sozialdemokratie. Stuttgart, Kirchbachstr. 12. Redaktion: Berlin-Friedenau, Niedstr. 14.

Kommunalpolitische Zeitschrift.

„Kommunale Praxis“, Zeitschrift für Kommunalpolitik und Gemeindeverwaltung. Berlin SW. 68, Lindenstraße 69. Redaktion: Berlin W. 10, Kaiserin-Augustastr. 58.

Täglich erscheinende Zeitungen.

Mitteleuropa „Mitteldeutsche Volkszeitung“ Kunstgasse 12. Augsburg „Schwäbische Volkszeitung“ Maximilianstraße 31. Bant „Norddeutsches Volksblatt“ Peterstraße 20/22. Bayreuth „Fränkische Volksblätter“ Kulmbacherstr. 20. Bielefeld „Volksrecht“ Schulstr. 20. Bochum „Volksblatt“ Südwallweg 1. Brandenburg „Brandenburger Zeitung“ Märkisches Volksblatt Kurstr. 73. Braunschweig „Braunschweiger Volksfreund“ Schloßstraße 2, Ecke Deichschläger. Bremen „Bremser Bürger-Zeitung“ Hansestr. 21-22. Bremerhaven „Norddeutsche Volksstimme“ Am Hafen 49. Breslau „Volksmacht“ Neue Graupenstr. 6. Cassel „Volksblatt für Hessen und Waldeck“ Wolfhogerstr. 7. Chemnitz „Volksstimme“ Uferstr. 14. Cottbus „Märkische Volksstimme“ Am Markt 18. Crefeld „Niederheinische Volksblätter“ Breitestr. 62. Darmstadt „Hessische Volksfreund“ Bismarckstr. 19. Dessau „Volksblatt für Anhalt“ Köhlerstr. 107. Dortmund „Arbeiter-Zeitung“ Kiehlstr. 5. Dresden „Sächsische Arbeiter-Zeitung“ Zwingerstr. 22. „Sächsischer Volksfreund“ Zwingerstr. 22. Düsseldorf „Volks-Zeitung“ Vennerstr. 6. Duisburg „Niederheinische Arbeiter-Zeitung“ Friedrich-Wilhelmstr. 76. Elberfeld-Barmen „Freie Presse“ Robertstr. 8a. Erfurt „Arbeiter“ Kleine Arde 1. „Thüringer“ Kleine Arde 1. Frankfurt a. M. „Volksstimme“ Großer Hirschgraben 17. Götting „Häufiger Bürger-Zeitung“ Nothstr. 7. Gera „Reichliche Arbeiter“ Alte Schloßgasse 11. Gießen „Oberhessische Volkszeitung“ Reustadt 14. Götting „Häufiger Bürger-Zeitung“ Nothstr. 7. Greis „Reichliche Arbeiter“ Untere Silberstr. 2. Gotha „Volksblatt für die Herzogtümer Coburg und Gotha“ Mohrenberg 7. Halle a. S. „Volksblatt für Halle“ Herz 42/43. Hamburg „Hamburger Echo“, Hamburg I, Fehlandstr. 11. Harburg „Volksblatt“ Großer Schiffspegel 4, part. Hannover „Volksstimme“ Münzstr. 5. Hof „Oberfränkische Volkszeitung“ Karolinenstr. 39. Jena „Weimariische Volkszeitung“, Schloßgasse 12. Karlsruhe „Volkszeitung“, Mühlengasse 15. Karlsruhe „Volksfreund“ Luffenstr. 24. Kiel „Schleswig-Holsteinische Volks-Zeitung“ Bergstr. 11. Köln „Rheinische Zeitung“ Ursulaplatz 6. Königsberg i. Pr. „Königsberger Volks-Zeitung“ Vorder-Kohgärten 50.

Leipzig „Leipziger Volkszeitung“ Landwehrstr. 19-21. „Volkszeitung für das Ausland“ Landwehrstraße 19-21.

Lüdenscheid „Volksstimme“, Lützenstr. 19. Ludwigshafen „Rheinische Post“ Hauptstr. 65. Lübeck „Lübeker Volksbote“ Johannisstr. 50. Lüneburg „Lüneburger Volksblatt“ Schröderstr. 11. Magdeburg „Volksstimme“ Große Mühlstr. 3. Mainz „Volkszeitung“ Junggasse 13. Mannheim „Volksstimme“ R. 3, 14. Mülhausen i. G. „Mülhauser Volkszeitung“ Dreikönigsstr. 37. Mülhausen i. F. „Volks-Blatt“ Händelstraße 3. München „Münchener Post“ Bismarckplatz 2. Nordhausen „Nordhäuser Volkszeitung“ Poststr. 14. Nürnberg „Fränkische Tagespost“ Hauptplatz 9. Offenbach „Offenbacher Abendblatt“ Große Marktstr. 25. Pforzheim „Pforzheimer Freie Presse“ Deutsche Reichsstraße 37 L. Remscheid „Remscheider Arbeiterzeitung“ Neustraße 2. Rostock „Rostocker Volkszeitung“ Döberanerstr. 6. Saalfeld „Volksblatt“ Rosmaringasse 15. St. Johann „Saarwälder“ Hofenstr. 7-9. Zollingen „Bergische Arbeiterstimme“ Hobergasse 7. Sonneberg „Thüringer Volksfreund“ Coburger Allee 70. Stettin „Volks-Vote“ Schillerstr. 10. Strahburg i. G. „Freie Presse für Elb-Lothringen“ Finkenmattstr. 2. Stuttgart „Schwäbische Tagwacht“ Kirchbachstr. 12. Zwickau i. G. „Sächsisches Volksblatt“ Besenstr. 16.

Wöchentlich dreimal erscheinend.

Kattowitz „Gazeta Robotnicza (Polnisch)“, Rathausstr. 12.

Wöchentlich zweimal erscheinende Blätter.

Langenbielau „Der Proletarier aus dem Eulengebirge“ und „Gründer Volksstimme“, Ober-Langenbielau, 2. Bezirk.

Wöchentlich einmal erscheinende Blätter.

Cassel „Der Wegweiser“ Hohenhorststr. 2. Dresden „Der arme Teufel“ Jellenstr. 10. Köln „Rheinische Zeitung“ (Wochenausgabe) Ursulaplatz 6. Korrach, Baden „Arbeiterzeitung“ Hauptstraße. Offenbach „Volksblatt“ Gerberstr. 3. Stuttgart „Schwäbischer Volksfreund“ Kirchbachstr. 12.

Aller 14 Tage erscheinend.

Stuttgart „Die Gleichheit“ Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen, Kirchbachstr. 12.

Monatlich zweimal erscheinend.

Königsberg „Der Ostpreussische Landbote“ Vorder-Kohgärten 50.

Monatlich einmal erscheinend.

Berlin „Die Fackel“ SO. 36 Reichenbergerstr. 123. Dessau „Vollparole für Anhalt“ Köhlerstr. 107. Dortmund „Die Wahrheit“ Kiehlstr. 5. Elberfeld „Das Morgenrot“ Robertstr. 8a. Hamburg „Hamburger Landbote“ Fehlandstr. 46. Jettin „Der Völkner“ Gutenbergstr. 11. Wiesbaden „Wiesbadener Volksbote“ Delmenstr. 2.

Wochenblätter (Erscheinen aller 14 Tage).

München „Süddeutscher Postillon“ Senefelderstr. 4. Stuttgart „Der wahre Jacob“ Kirchbachstr. 12.

Illustrierte Unterhaltungsblätter.

Berlin „In freien Stunden“ SW. 68, Lindenstr. 69. Erscheint in Wochenheften. Hamburg „Die Neue Welt“ Hamburg I, Fehlandstr. 11. Erscheint wöchentlich einmal. Redaktion: Berlin SW. 68, Lindenstr. 69.

Gewerkschaftspresse Deutschlands.

I. Quartal 1908.

Zentral-Organ:

„Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands“, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 15.

A. Presse der Zentralorganisationen:

Abholer. „Der Abholer“. Berlin SO. 16, Engel-Ufer 15 I. Bäcker und Konditoren. „Deutsche Bäcker- und Konditoren-Zeitung“. Hamburg I, Befendenderhof 57/58. Für Lederarbeiter Berlins „Der Bednar“. Berlin O. 54, Auguststr. 36. Barbier und Friseur. „Friseur-Gesellen-Zeitung“. Hamburg 19, Dierstraße 166. Bankhilfsarbeiter. „Der Bankhilfsarbeiter“. Hamburg I, Klosterstr. 8 I. Bergarbeiter. „Bergarbeiter-Zeitung“. Bochum, Bismarckstr. 38/40. Bildhauer. „Bildhauer-Zeitung“. Berlin S. 53, Bergmannstr. 68. Blumenarbeiter. „Der Blumen-Arbeiter“. Nieder-Schönhausen-Berlin, Markthof 10. Böttcher. „Deutsche Böttcher-Zeitung“. Bremen, Bantelstr. 58/60. Brauereiarbeiter. „Brauereiarbeiter-Zeitung“. Hannover, Münzstr. 5. Buchbinder. „Buchbinder-Zeitung“. Berlin S. 59, Rotenbinderdamm 23 I. Buchdrucker. „Korrespondent“. Leipzig, Salomonstr. 8. Buchdrucker-Hilfsarbeiter. „Solidarität“. Berlin S. 59, Bismarckstr. 20. Bureauangehörige. „Der Bureau-Angestellte“. Berlin SO. 16, Schindlerstr. 33 pt. Dachdecker. „Dachdecker-Zeitung“. Hanau, Mühlberg 14. Eisenbahner. „Bedarf der Eisenbahner“. Redaktion: Dresden-Alt, Al-Abt. 3. Expedition: Hamburg 15, Spaldingstr. 150 a. Fabrikarbeiter. „Der Proletarier“. Hannover, Münzstr. 5 III. Fleischer. „Der Fleischer“. Berlin SO. 16, Dusterhausenerstr. 19/19, part. Gärtner. „Allgemeine deutsche Gärtner-Zeitung“. Berlin, N. 37, Wehrstr. 3. Gastwirtsgehilfen. „Der Gastwirtsgehilfe“. Berlin NO. 18, Ullingerstr. 21. Gemeindegeldarbeiter. „Die Gewerkschaft“ und „Die Sanitätskarte“. Berlin W. 30, Dusterhausenerstr. 21. Glasarbeiter. „Der Jaggenosse“. Berlin O. 17, Cöhlstraße 29. Glaser. „Glaser-Zeitung“. Karlsruhe i. B., Wilhelmstr. 47. Hafnarbeiter. „Der Hafnarbeiter“. Hamburg I, Befendenderhof 57-66. Handlungsgehilfen. „Handlungsgehilfen-Blatt“, Hamburg I, Befendenderhof 57-66. Handschuhmacher. „Der Handschuhmacher“, Berlin N. 58, Waldenstr. 24 I. Holzarbeiter. „Holzarbeiter-Zeitung“. Stuttgart, Adlerstraße 47. Hotelbediener. „Der Hotelbediener“. Berlin NW. 7, Am Seidenbamm 1a. Gutsmacher. „Korrespondent“. Ullenburg, S.-A., Nordstraße 57. Kürschner. „Der Kürschner“. Hamburg 22, Post-Ramp 30a I. Kupferschmiede. „Der Kupferschmied“. Berlin N. 4, Gartenstr. 101, Seitenstr. 1. Lagerarbeiter. „Monats-Blätter“. Leipzig, Beilstr. 32 II. Lederarbeiter. „Lederarbeiter-Zeitung“. Berlin SO. 16, Ulländerstr. 56 II. Lithographen und Steinbrücker. „Graphische Presse“. Berlin S. 59, Hagenstraße 92. Maler. „Berliner-Anzeiger“. Hamburg 22, Schmalenbenderstr. 17 I. Maschinenisten und Helfer. „Deutscher Maschinen- und Helfer“. Berlin SO. 33, Fährstr. 45. Maurer. „Der Grundstein“. Hamburg I, Befendenderhof 56. Metallarbeiter. „Metallarbeiter-Zeitung“. Stuttgart, Kötterstr. 16b. Mühlenarbeiter. „Mühlenarbeiter-Zeitung“. Ullenburg S.-A., Bismarckstr. 12. Rotenbacher. „Der Rotenbacher“. Leipzig, Talstr. 27 I.

Photographengehilfen. „Photographischer Mitarbeiter“. Berlin SO. 16, Köpckestr. 7 I. Portefeiniker. „Portefeiniker-Zeitung“. Offenbach a. M., Waldstr. 8 I. Porzellanarbeiter. „Die Ameise“. Charlottenburg, Charlottenburger Ufer 56 IV. Sattler. „Sattler-Zeitung“. Berlin SO. 16, Kollwitzstraße 56. Schiffszimmerer. „Der Schiffszimmerer“. Hamburg 7, Bantelstr. 144. Schirmmacher. „Correspondenzblatt“. Hamburg 6, Kompoststraße 6. Schmiede. „Schmiede-Zeitung“. Hamburg I, Befendenderhof 57-66. Schneider. „Nachzeitung für Schneider“. Berlin SO. 16, Hagenstraße 123. Schuhmacher. „Schuhmacher-Nachblatt“. Gotha, B. Post-Seelente. „Der Seemann“. Hamburg I, Befendenderhof 57-66. Steinarbeiter. „Der Steinarbeiter“. Leipzig, Seifertstraße 32. Steinseher. „Allgemeine Steinseher-Zeitung“. Berlin NW. 21, Bielestr. 15 I. Stukkateure. „Der Stukkateur“. Hamburg 22, Fehlandstraße 9 II. Tabakarbeiter. „Der Tabakarbeiter“. Leipzig, Landwehrstraße 19/21. Tapeziere. „Correspondenzblatt für Tapeziere“. Berlin SO. 16, Michaelisplatz 1. Textilarbeiter. „Der Textilarbeiter“. Berlin O. 27, Lindendamm 61. Töpfer. „Der Töpfer“. Berlin SO. 16, Engel-Ufer 15 III. Transportarbeiter. „Der Courier“. Berlin SO. 16, Engel-Ufer 21. „Der Straßenbahner“, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 21. Xylographen. „Zeitschrift für Xylographen“. Leipzig, Brandenburgerstr. 35 I. Zigarrenfortzeiler. „Der Organistator“. Hamburg I, Befendenderhof 57-66. Zimmerer. „Der Zimmerer“. Hamburg I, Befendenderhof 57-66. Zivillisten. „Nachzeitung für Zivillisten“. Berlin N. 81, Stralunderstr. 86. für die in Zentralverbänden Organisierten erscheinen ferner in italienischer Sprache „L'Operaio Italiano“, Hamburg I, Befendenderhof 56, und in polnischer Sprache „Dziennik“, Posen, Schlegelstr. 3.

B. Blätter anderer Gewerkschaften und sonstiger Organisationen.

Berlin. „Der arbeitende Arbeiter“, Organ des deutschen Arbeiter-Kontaktenbundes, O. 17, Langestr. 11. Redaktion: NO. 55, Bantelstr. 13. „Der Bühnenarbeiter“, Organ des Verbandes des technischen Bühnenpersonals, O. 34, Bismarckstr. 68. „Die Einigkeit“, Organ der freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften, O. 54, Alte Schloßhauerstraße 39 I. „Die arbeitende Jugend“, SO. 26, Waldemarstraße 75. „Der freie Gastwirt“, N. 58, Dunderstr. 10. „Rückwärts“, NO. 48, Goltzstr. 5. „Deutscher Seidner“, NO. 58, Braunsbergerstr. 12 III. „Vollständige Zeitschrift für praktische Arbeiterverhinderung“, Organ des Verbandes der Verwaltungsverbeamten der Krankenkassen, Berufsvereinigungen u. m. N. 58, Schönhauser Allee 27. Redaktion: Magdeburg, Bismarckstr. 30. Elberfeld. „Reichsblatt für Gewerkschaften der Stoffdruck-Industrie“, Neue Gartenstr. 20. Leipzig. „Der Lithograph“, 2. Neustadt, Marktstr. 1 b. Wanneheim. „Die junge Garde“, Organ des Verbandes junger Arbeiter, Q. 5, I. Redaktion O. 2, 4. Nürnberg. „Süddeutsche Eisenbahner-Zeitung“, Kollwitzstraße 8 II. Wilmersdorf. „Monatsblatt des Vereins für die Interessen der Hausangestellten“, Kaiserplatz 17. Obige Zusammenstellung veröffentlichte ich zu Beginn jedes Quartals. In der Zwischenzeit sich ergebende Über- oder sonstige Veränderungen bitten wir uns zu Vermerkung mitteilen zu wollen. Berlin, den 7. Januar 1908. Der Parteivorstand.

Beachtenswert für die Konfirmation!

Schwarze und weiße Kleiderstoffe

in Wolle und Seide. Ueberraschend reiche Auswahl! Bekannte Preiswürdigkeit! 126 Gr. Frankfurter Str. 126. S. Weissenberg. Eckhaus Koppen-Strasse.

Märkischer Hof, Admiral-Str. 18 c. Otto Graßhoff. Per kleine Saal ist an Sonnabenden u. Sonntagen zu vergeben. Im großen Saal jeden Sonntag: Großer Ball. Anfang 4 Uhr.

Künstliche Zähne von 1,50 M. an. Zahnabdruck, Vorbehandlung umsonst. Langjährige Garantie. Plomben von 1 M. an. Zahnziehen schmerzlos von 1 M. an. Umarbeitung (nicht stehender Gebisse von 1 M. pro Zahn an. 140022) (Verein-Zahnarzt) Friedrichstr. 23, 1. Sprechzeit 9-1, 3-7 Uhr. Sonnt. 9-2 1/2

Schreibmaschinen, rotierende Vervielfältigungs-Apparate mit selbsttätigem Papiereinleger. Friedrich Fischer Bethanien-Ufer 8 • BERLIN • Bethanien-Ufer 8. Telefon Amt IV, 4543. Ständiges Lager in Kontor-Möbeln, Rolljalousie-Schränken, Selbstöffner-Schränken, Schreibtischen etc. Auf Wunsch Extra-Anfertigung. Lieferant der meisten Gewerkschaften Deutschlands.

4 neue Säle zu Versammlungen und Festlichkeiten. Armin-Kallen Kommandantenstr. 58/59. Fernsprecher Amt IV 10155. (bis 1000 Personen fassend).

Zahnärztliche Klinik SW., Belle-Alliancestraße 106 I, und N., Brunnenstraße 155 I, gegenüber Warenhaus Jandoch, am Rosenthaler Tor. Zahnziehen unentgeltlich. Bei künstl. Zähnen u. Plomben u. d. Unkosten berechnet. - Gedruckt von 9-6 Uhr. Sonntags 9-12 Uhr. 14212*

Extra billiges Angebot nur diese Woche Große Konzert-Platten 25 cm 95 Pf. Beste Aufnahmen, keine Fäpse, Tross des enorm billigen Preises wird jede dieser Platten, wenn abgewickelt, bei Kauf einer besseren Platte noch mit 50 Pf. in Zahlung genommen.

Hochelegante Platten-Sprechmaschine mit guter Konzert-Hochdruck, eleg. Tonarm u. Resonanzkörper nur 16.50 Mk Für jeden Apparat leierte weitgehende Garantie.

Phonographen-Katz Alexander-Platz, gegenüber d. Bahnhof, Andreasstrasse, Ecke der Blumenstr. Echte Grammophon-Fabrikate sind unerreicht und beste naturgetreue Wiedergabe. Ständiges Lager von 25 000 Walzen und 10 000 Platten. Nur so lange Vorrat! 3 Stück Harigusswalzen nach Wahl 95 Pf. Sonntags bis 2 Uhr geöffnet. Neuaufnahmen „Walzertraum“ soeben erschienen.

Konzert-Phonograph Nur Mk. 1.95 Diese Phonographen werden nicht an Wiederverkäufer abgegeben und nur mit 4 Walzen verkauft.

GEHEIMNIS VON STRASSMANN Für 3 alte, abgenutzte, auch einseitige Zonophon-Platten gebe ich eine neue, grosse, doppelseitige Zonophon-Platte. Für drei alte Grammophon-Platten eine neue bei Einkauf neuer Platten.

Dienstag, den 23. Januar,

vormittags 10 1/2 Uhr:

Arbeitslosenversammlungen

in folgenden Lokalen:

Moabiter Gesellschaftshaus, Wickestr. 24 (großer und kleiner Saal).

Gesellschaftshaus Berliner Musiker, Kaiser-Wilhelm-Strasse.

Freyer (früher Keller) Koppenstr. 29 (großer und kleiner Saal).

Kliem's Festsäle, Hasenheide 13/15 (großer und Garten-Saal).

Gewerkshaus, Engelufer 15 (großer Saal und Saal D).

Tagesordnung in allen Versammlungen:

Die Pflichten von Staat und Gemeinden gegenüber der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit.

Referenten: Reichstags-Abgeordneten Albrecht, Brühne, Emmel, Frank, Lehmann, Scheidemann, Singer, Stücklen, Zubeil.

Alle Arbeitslosen in Groß-Berlin werden gebeten, an diesen Versammlungen teilzunehmen!

Teilersammlung findet nicht statt.

Die Berliner Gewerkschaftskommission.

Verband sozialdemokratischer Wahlvereine.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungshalle Berlin. Hauptbureau: Spf. I. Amt 3, 1239. Charitéstraße 3. Spf. III. Amt 3, 1987.

Dienstag, den 21. Januar 1908, abends 8 1/2 Uhr:

Allgemeine Versammlung der Elektromonteur und Hülfsmonteur Berlins und Umgegend

in Meiers Festsälen, Sebastianstraße 39.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Kollegen O. Handke über: „Emanzipationsbestrebungen der Arbeiterschaft“. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten und Ergänzungswahl des Kassationskomitees. 4. Die Ortsverwaltung.

Verband der Sattler.

Ortsverwaltung Berlin.

Donnerstag, den 23. Januar, abends 8 1/2 Uhr,

in den neuen Armin-Hallen, Kommandantenstr. 58/59:

Generalversammlung

Tages-Ordnung:

1. Geschäftliches. 2. Abrechnung vom IV. Quartal 1907. 3. Vortrag des Kollegen Müntner über die Frage: „Die Stellen wir uns zur Schaffung eines Lederindustrie-Verbandes.“ 4. Diskussion. 5. Abschlussantrag gegen den Kollegen Peter Path. 6. Verschiedenes.

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt. Kollegen! Der hochwichtigen Tagesordnung wegen erwarten wir, daß kein Mitglied in dieser Versammlung fehlen wird.

Die Ortsverwaltung.

NB. Am Sonnabend, den 8. Februar, findet bei L. Keller, Koppenstr. 29, unser Maskenball statt. Billets sind im Bureau und bei den Vertrauensleuten zu haben. Das Vergnügungskomitee.

Verband der Tapezierer.

Filliale Berlin.

Mittwoch, den 22. Januar, abends 8 1/2 Uhr, bei Wendt, Deuthstr. 21:

Quartals-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Bericht der Ortsverwaltung und des Kassierers. 2. Neuwahl der Ortsverwaltung. 3. Antrag der Innung, den Abschluß eines neuen Arbeitsvertrages betreffend. 4. Verbandsangelegenheiten. 5. Mitgliedsbuch legitimiert.

Um zahlreichen Besuch ersucht Die Ortsverwaltung.

Krankenunterstützungs- und Begräbnisverein gewerblicher Arbeiter.

Sonnabend, den 25. Jan., abds. 8 1/2 Uhr, in d. Industrie-Festsälen, Bouthstr. 20:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen Davidsohn. 2. Kasienbericht pro viertes Quartal 1907. 3. Jahresbericht pro 1907. 4. Verschiedenes. 5. Gäste, auch Frauen willkommen.

Der Vorstand. V. V.: Fr. Freudensreich, Vorl.; S. 59, Bismarckstr. 17, IV.

General-Versammlung der Sterbekasse ehemaliger Pflugscher Arbeiter

(Deutsche Kasse)

am Sonntag, den 26. Januar 1908, vormittags 10 Uhr, im Wilkes Saal, Brunnenstr. 188.

Tages-Ordnung: 1. Berichterstattung des Protokollführers der Generalversammlung vom 23. Juli 1907. 2. Kasienbericht der Rentanten pro 1907 und Bericht der Neuloren. 3. Verschiedene Kasienangelegenheiten. 4. Wahl des ersten Schriftführers und des stellvertretenden Vorsitzenden. 5. Wahl von drei Neuloren. — Mitgliedsbuch legitimiert. Der Vorstand. V. V.: Otto Binler.

Verband der Verwaltungsbeamten

der Krankenkassen u. Berufsgenossenschaften Deutschl.

Bezirksgruppe: Berlin-Brandenburg und Mecklenburg.

Heute Sonntag, den 19. Januar, vormittags 10 Uhr:

Bezirkstag in Berlin

in den Musiker-Sälen, Kaiser-Wilhelm-Strasse 18m.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Herrn Dr. Silberstein über „Hygiene der Jugend“. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten.

Um recht zahlreichen und pünktlichen Besuch, besonders auch der auswärtigen Kollegen wird ersucht.

Die Kollegen der O.-K.-K. der Schlächter zu Berlin sind ganz besonders eingeladen.

Die Kollegen, welche die Billets vom Herbstvergängen noch nicht abgerechnet haben, werden nochmals dringend darum ersucht. Der Vorstand.

Maler

und sämtliche im Malergewerbe beschäftigten Personen!

Erfüllt Eure Pflicht und übt Euer Wahlrecht aus!

Dienstag, 21. Januar, abends 1/9 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15 (großer Saal):

Öffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung: Neuwahl für die auscheidenden Mitglieder des Geschäftsausschusses gemäß § 41 des Innungsstatuts.

Wahlberechtigt sind die volljährigen Gehäfen usw., welche sich im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte befinden.

Der Innungsvorstand: F. Rottig, Obermeister, O., Joadymstr. 13. Der Geschäftsausschuh: Wilh. Wendel, Altgebäude, S.W. 47, Monumentenstr. 19, I.

Zentralverband deutscher Brauereiarbeiter

Zweigverein Berlin, Sektion II.

Geschäftsstelle Berlin C. 54, Radackstr. 10, I. — Fernsprecher Amt 3 4518.

Sonntag, den 19. Januar 1908, vormittags 9 1/2 Uhr:

General-Versammlung

im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Engelufer 15.

Tages-Ordnung: 1. Bericht des Vorstandes. 2. Neuwahl des Vorstandes und der Kommissionen. 3. Rechenschaftsbericht vom 4. Quartal 1907. 4. Statutenberatung. 5. Verschiedenes. 6. Mitgliedsbuch legitimiert! Der Vorstand.

Kranken- und Sterbekasse aller gewerblichen Arbeiter für Berlin und Schöneberg.

(E. H. K. 115.)

Sonntag, den 26. Januar 1908, vormittags 9 Uhr:

General-Versammlung

im Lokal von O b s t, Reiningersstr. 8, Tunnel.

Tages-Ordnung: 1. Bericht des Vorstandes. 2. Jährlicher Kasienbericht. 3. Neuwahl des gesamten Vorstandes. 4. Statutenberatung. 5. Verschiedenes. 6. Mitgliedsbuch legitimiert!

Um zahlreichen und pünktliches Erscheinen der Mitglieder ersucht Der Vorstand.

Verein für Frauen u. Mädchen der Arbeiterklasse.

Montag, den 20. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im Neuen Klubhause, Kommandantenstraße 72: 55/1

Zweiter Vortrag aus dem Vortragzyklus:

„Zur Geschichte der Frau“. Referentin: Wally Zeppler.

Gäste willkommen. Der Vorstand.

Charlottenburg.

Sozialdemokratisch-Wahlverein Charlottenburg

Dienstag, den 21. Januar, pünktl. 8 1/2 Uhr abends,

im großen Saale des „Volkshauses“, Rosinenstr. 3:

Generalversammlung.

Tages-Ordnung: 1. Kasien- und Rechenschaftsbericht. 2. Neuwahl des Vorstandes und der Funktionäre. 3. Verschiedenes. 250/1

Schöneberg.

Dienstag, den 21. Januar, abends 8 Uhr, im Saale des Herrn

O b s t, Reiningersstr. 8:

Öffentl. Gewerkschafts-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Die bevorstehenden Gewerbegerichtsahlen. Referent: Stadlverordneter Adolf Ritter. 2. Aufstellung der Kandidaten. Die Schöneberger Gewerkschaftskommission. V. V.: Karl Gentel. 202/5

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Vergolder.

Montag, den 20. Januar 1908, abends präzise 8 Uhr,

Branchen-General-Versammlung

in den Arminhallen, Kommandantenstr. 58/59.

Tages-Ordnung:

1. Bericht der Branchenleitung. 2. Neuwahl des Branchenleiters und der Kommission. 3. Bericht der Zentralkommission und Neuwahl derselben. 4. Verschiedenes. 78/2

Eintritt nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuchs, Pflicht eines jeden Kollegen ist es, pünktlich zu erscheinen. Der Branchenleiter.

Achtung! Drechsler! Achtung!

Montag, den 20. Januar 1908, abends 8 1/2 Uhr:

Branchen-Versammlung für Berlin und Vororte

im „Englischen Garten“, Alexanderstraße 27c.

Tages-Ordnung:

1. Die Differenzen bei der Firma Wegeleben. 2. Bericht von der Drechsler-Konferenz. 3. Diskussion. 4. Verbands- und Branchen-Angelegenheiten. Kollegen! Wir ersuchen um zahlreiches Erscheinen. Besonders die Kollegen, welche in den Vororten Kitzdorf und Welchensee wohnen oder arbeiten, sind zu dieser Versammlung eingeladen.

Die Branchenkommission.

Korbmacher.

Montag, den 20. Januar 1908, abends 8 1/2 Uhr:

Versammlung

im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15.

Die Tages-Ordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben.

Pflicht eines jeden Kollegen ist es zu erscheinen. Die Kommission.

Mittwoch, den 22. Januar 1908, abends 8 1/2 Uhr:

Branchenversammlung der Jalousienarbeiter

bei Anton Doerfer, Weberstraße 17.

Tages-Ordnung:

1. Bericht der Kommission. 2. Neuwahl. 3. Branchen-Angelegenheiten. 4. Verschiedenes. Der wichtigsten Tagesordnung halber muß jeder erscheinen. Mitgliedsbuch legitimiert. Die Kommission.

Maschinen-Arbeiter.

Mittwoch, den 22. Januar, abends 8 1/2 Uhr:

Branchen-Versammlung

in den Andreas-Festsälen, Andreasstraße 21.

Tagesordnung siehe Dienstag-Zusatz.

Mitgliedsbuch legitimiert. Die Branchenkommission.

Modell- und Fabrik-Tischler sowie Modell-Drechsler.

Donnerstag, den 23. Januar, abends 8 1/2 Uhr, bei

Schmidt, Gartenstraße 6:

Branchen-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Jahresbericht. 2. Neuwahl der Kommission. 3. Verschiedenes. Die Branchenkommission.

6. Wahlkreis (Schönhauser Vorstadt).

Sonntag, den 19. Januar, abends 6 Uhr, in Arnolds Festsälen, Belforter Straße 15:

Volkversammlung.

Tages-Ordnung: Vortrag des Genossen Redakteur Wermuth.

Nach der Versammlung: Gemütliches Beisammensein mit Tanz.

Schmerzlichen Besuch erwarten

[224/8]

Die Abteilungsleiter.

Genossinnen! Genossen!

Dienstag, den 21. Januar, abends 8 Uhr, in Freyers Festsälen (früher Keller), Koppenstr. 29:

Volks-Versammlung.

Tagesordnung: Die Wahlrechtsfrage und die Frauen. Referentin: Genossin Klara Zetkin-Stuttgart.

Wir erfordern die Parteigenossen, ihre Frauen auf die Wichtigkeit der Versammlung für das weibliche Proletariat aufmerksam zu machen.

Die Einberuferin.

Schöneberg.

Mittwoch, den 22. Januar, abends 8 1/2 Uhr:

Kreis-Versammlung

Weininger-Straße 8.

im großen Saale von E. Obst.

Martin-Luther-Straße 51.

Tages-Ordnung: 1. Jahresbericht und Neuwahl der Kreisvertrauensperson. 2. Jahresbericht und Neuwahl der örtlichen Vertrauensperson. 3. Vortrag des Reichstagsabgeordneten Fritz Zobel. 4. Diskussion. Die Kreisvertrauensperson.

Freie Vereinigung der Maurer Deutschlands

Ortsverein Berlin.

130/3*

Dienstag, den 21. Januar, abends 8 Uhr, bei Böker, Weberstr. 17:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung: Berichterstattung der Delegierten von der Konferenz bezw. Beschlussfassung über die Auflösung des Ortsvereins Berlin. Die Versammlung wird pünktlich eröffnet. Ohne Legitimationskarte kein Zutritt. - Die Zutrittskontrollen sind angewiesen, ohne Legitimation niemand zuzulassen.

Orts-Krankenkasse für das Gewerbe der Verfertigung von Musikinstrumenten.

Am Sonntag, den 26. Januar 1908, vormittags 9 1/2 Uhr, findet im Restaurant Wohlfahrt, Rosenfelderstr. 57, Hof part., eine

Außerordentliche General-Versammlung sämtlicher Arbeitnehmervertreter statt.

Tagesordnung: 1. Wahl eines Vorstandsmitgliedes für 1908/09 und eines Vorstandsmitgliedes für 1908 (Arbeitnehmer). 2. Wahl einer Kommission zur Prüfung der Rechnungen pro 1907. 3. Verschiedenes. Um vollständiges und pünktliches Erscheinen ersucht Der Vorstand.

1000 chinesische Nachtigallen alles abgebildet, garantierte Sänger **a 2.95 M.** Bestellen dazu a 65 Pf. Wellensittiche, Buchsenaare 4.95 M., Prachtfinken, häufig im Gefieder, Paar 1.55 M., Lachtauben Paar 2.95 M., Zwergpapageien a 1.15 M. H. Fockelmann, Hamburg 8. Auf Wunsch lege passendes Futter und Berechn. bei. [295/17]

Weißensee. Dienstag, 21. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im Prälaten, Weißensee, Lehderstraße 122:

Öffentliche Versammlung der sozialdemokratischen Frauen Niederbarnims.

Tagesordnung: 1. Vortrag der Genossin E. Ihler über: „Der Vereinigungsentwurf, ein neues Mittel zur Rechtslosmachung der Arbeiterklasse.“ 2. Diskussion. 3. Bericht und Neuwahl der Kreisvertrauensperson. 4. Bericht und Neuwahl der Vertrauensperson für Weißensee. Die Kreisvertrauensperson.

Homokord Musikschallplatten Doppelseitig bespielt. Passend für jede Platten-Sprechmaschine. Detailpreis M. 3. Größtes Repertoire. Jeden Monat Neuauflagen. Überall erhältlich. Kataloge gratis u. franko durch die Fabrik. Homophon Company GmbH. Berlin C. Klosterstr. 5/6.

Leipzigerstr. 50 a Oranienstr. 48

Esders & Dyckhoff

Spezialhaus für Herren- und Knaben-Kleidung
Eigene Betriebswerkstätten im Hause

25% Inventur-25% Verkauf

Ermäßigung **Verkauf** Ermäßigung

auf Rest-Bestände sämtlicher Abteilungen

Winter- und Sommer-Paletots,	früher	28 M.,	jetzt	17,25 M.
„ „ „ „	„	28 „	„	21 „
„ „ „ „	„	36 „	„	27 „
„ „ „ „	„	42 „	„	31,50 „
„ „ „ „	„	52 „	„	39 „
„ „ „ „	„	60 „	„	45 „
Winter- und Sommer-Joppen,	früher	9,90 M.,	jetzt	7,45 M.
„ „ „ „	„	12,50 „	„	9,40 „
„ „ „ „	„	17 „	„	12,75 „
„ „ „ „	„	28 „	„	17,25 „
„ „ „ „	„	29 „	„	21,75 „
„ „ „ „	„	33 „	„	24,75 „
Sacco- und Rock-Anzüge,	früher	19 M.,	jetzt	14,25 M.
„ „ „ „	„	23 „	„	17,25 „
„ „ „ „	„	27 „	„	21,25 „
„ „ „ „	„	32 „	„	24 „
„ „ „ „	„	39 „	„	29,25 „
„ „ „ „	„	45 „	„	34,75 „
„ „ „ „	„	52 „	„	39 „

Gleiche Vergünstigungen auf einzelne Hosen, Westen u. Kinder-Anzüge

Oskar Wollburg BERLIN N. 

61 Brunnenstraße 61

Christliches Maßanfertigung binnen 24 Stunden. Großes Stofflager.

Spezialhaus für Damen- u. Mädchen-Konfektion

Winter-Schluß- und Inventur-Verkauf weit unter dem Herstellungspreis

Direkt aus der Fabrik, kein Zwischenhandel, daher konkurrenzlos. **Christliches Spezialhaus** für Damen- u. Mädchen-Konfektion. Maßanfertigung binnen 24 Stunden. Großes Stofflager.

Jedes Wort 10 Pfennig. Das erste Wort (fettgedruckt) 20 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN
für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-E. redaktion, Lindenstraße 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.
Tepiche mit Farbenschildern, Korbwaren, niedrige Preise, Anfertigung 9. part. kein Laden. Kauerhoff. *
Gardinenhaus, große Anfertigung, 9. part. kein Laden. Kauerhoff. *
Stoppdecken billig, große Anfertigung, 9. part. kein Laden. Kauerhoff. *
Nähmaschinen, Vergütung bis 20,00 mer Teilzahlung kauft oder nachweist. Sämtliche Systeme. Vollkarte genügt. Wauker, Frankfurter Allee 101. Laden. 29708*

Tepiche! (Sehlerbaste) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brunn, Oederstr. Markt 4, Bahndorf Börje. 264/11*
Gadronzefronen, dreifachmig 6,00, Calongastronen 15,00, Waschbretten 1,50, Waschwandarme 0,65, Schausensterbeleuchtung, Waschwandlampen, Gasparalocher 1,00, Jweilich 3,00, Schröder, Hochstraße 43.
Eisenfenster, neue, gebrauchte, 2,00 an, Dauerbrandöfen 11,00, Kochmaschinen 15,00, Cadeöfen, Germanenöfen, Schröder, Hochstraße 43.
Bettfedern, Gänsefedern, sehr schön, ist die beste Bettenfüllung. Schönhauser Allee 57, Gefäßgehandlung, Wohlmann. 448*

Bilder, Spiegel ohne Anzahlung, Uhren, Steppdecken, Tischdecken, Portieren, Gardinen, Teppiche, Vorhänge, Waschkronen, Herren-Konfektion, Teilzahlung von 0,50 pro Woche an, liefert Reber, Brenzlauerstraße 49. *
Leihhaus Feingüterstr. 28, I. Ude Ritterstraße: verfallene Pfänder, Brillanten, Goldschmuck, Uhren, Ketten (sofortlich zu jeder Gelegenheit). [28008*

Pianos, hohes, kreuzfallig, 100 Mark (Garantiefchein) Zuercherstr. 8 I. 101/17*
Herren-Garderobe nach Maß, saubere Arbeit, großes Stofflager, Paletot, Anzug 36 Mark an. Kauti beim Handwerker, liefert den Handwerker verdienen Teilzahlung gestattet. J. Dörge, Dresdenerstraße 109. *

10,00, Doppel, Unterbett, Kissen, rote Anz. Handliche Andressstr. 38. 748*
Doppelbett, zwei Doppelbetten, zwei Kissen, weißschlief 18,00, große Laten 1,00, Handliche Andressstr. 38. 758*

Winterpaleto's, Gehrockdampfe, Jackettauge, Bettensverkauf, Gardinenverkauf, Wäscheverkauf, Pfänderverkauf, verschiedenes (sofortlich), Pfänderhaus, Weidenweg neunzehn. 992*
Wohlfühliger Drinnenstr. 182 Gelegenheitskäufe ganzer Wohnungseinrichtungen wie einzelner Stücke, Säulenarmen, Tischlampen, Tischdecken, Teppiche, Kuchenschrank 23.-, Spiegel, Spiegelspindeln, Kommoden, moderne Küchen, Karmortolletten, Ausziehbische, Sofa's etc. usw. alles (sofortlich). 992*

